

Glorius, Birgit

Working Paper

Lokale Diskurse zur Aufnahme von Geflüchteten: Eine vergleichende Analyse von acht Landkreisen in Deutschland

Thünen Working Paper, No. 205

Provided in Cooperation with:

Johann Heinrich von Thünen Institute, Federal Research Institute for Rural Areas, Forestry and Fisheries

Suggested Citation: Glorius, Birgit (2022) : Lokale Diskurse zur Aufnahme von Geflüchteten: Eine vergleichende Analyse von acht Landkreisen in Deutschland, Thünen Working Paper, No. 205, Johann Heinrich von Thünen-Institut, Braunschweig,
<https://doi.org/10.3220/WP1671100450000>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/268643>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Lokale Diskurse zur Aufnahme von Geflüchteten – eine vergleichende Analyse von acht Landkreisen in Deutschland

Birgit Glorius

Thünen Working Paper 205

Das Verbundprojekt „Zukunft für Geflüchtete in ländlichen Regionen Deutschlands“ (ZukunftGeflüchtete) wurde von der Universität Hildesheim, der Technischen Universität Chemnitz, der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg und dem Thünen-Institut für Ländliche Räume (seit 12/2021: Thünen-Institut für Lebensverhältnisse in ländlichen Räumen) durchgeführt. Prof. Dr. Birgit Glorius von der TU Chemnitz verantwortete das Teilprojekt „Rolle der Zivilgesellschaft und Einstellung der Aufnahmegesellschaft“. Das Thünen-Institut koordinierte das Verbundprojekt. Gefördert wurde das Verbundprojekt durch das Bundesprogramm Ländliche Entwicklung aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages (FKZ 2817LE036, Projektlaufzeit 01.01.2018–31.05.2021).

Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Prof. Dr. Birgit Glorius
Institut für Europäische Studien und Geschichtswissenschaften (Europainstitut)
Technische Universität Chemnitz
Thüringer Weg 9
09126 Chemnitz

Telefon: +49 0371 53133435
E-Mail: birgit.glorius@phil.tu-chemnitz.de

Thünen Working Paper 205

Braunschweig/Germany, Dezember 2022

Zusammenfassung

Die zahlreiche Ankunft von asylsuchenden Migrant*innen in Deutschland in den Jahren 2015 und 2016 wurde intensiv durch lokale, regionale und überregionale Medien begleitet. Über die Zeit veränderten sich die Schwerpunkte der Berichterstattung, was den allgemeinen gesellschaftlichen Aushandlungsprozess um die Aufnahme von Geflüchteten und damit einhergehende Herausforderungen reflektiert. Während die zeitliche Entwicklung von überregionalen Diskursen bereits intensiv beforscht wurde, konzentriert sich dieses Working Paper auf die lokale Repräsentation des Themas. In einem regional vergleichenden Setting werden Gemeinsamkeiten und Unterschiede in der Repräsentation von Geflüchteten durch lokale Medien aufgespürt, um damit zusammenhängend lokale und regionale Unterschiede in den gesamtgesellschaftlichen Aushandlungsprozessen der Geflüchtetenaufnahme zu verstehen. Die Studie ist eingebettet in das Forschungsprojekt „Zukunft für Geflüchtete in ländlichen Regionen Deutschlands“, in dem die Autorin verantwortlich für das Teilprojekt „Rolle der Zivilgesellschaft und Einstellung der Aufnahmegesellschaft“ ist.

JEL: I30, J15, J18, R5, Z13, Z18

Schlüsselwörter: Geflüchtete, Integration, Medien, Migration, Deutungsmuster, Diskurse

Summary

National, but also regional and local media intensively covered the numerous arrivals of asylum-seeking migrants in Germany in 2015 and 2016. The focus of media reporting changed over time, reflecting the general social negotiation process around the reception of refugees and the challenges for the larger society. While those media discourses, their temporal dimensions and changing foci have already been intensively analysed on the national level, research on the local representation of the topic are missing so far. This working paper uses a regional comparative setting in order to identify similarities and differences in the representation of refugees by local media. The main aim of this endeavor is to understand differences in local and regional discourses on refugee reception. The study is embedded in the research project "Future for Refugees in Rural Regions in Germany", where the author is responsible for the work package "Role of Civil Society and Attitudes of the Host Society".

Keywords: integration, refugees, media, migration, discourses, framing

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung und Summary	i
Inhaltsverzeichnis	I
Abbildungsverzeichnis	II
Tabellenverzeichnis	II
1 Einleitung	1
2 Analyse lokaler Mediendiskurse: Konzeptionelle Überlegungen	3
3 Vorgehensweise	5
4 Lokale Diskurse zur Aufnahme von Geflüchteten in Deutschland	8
4.1 Intensität der Berichterstattung im regionalen Vergleich	8
4.2 Regionale Schwerpunkte der Berichterstattung	11
4.2.1 Lokale Diskurse im Landkreis Neustadt/Aisch-Bad Windsheim	12
4.2.2 Lokale Diskurse im Landkreis Regen	16
4.2.3 Lokale Diskurse im Landkreis Waldeck-Frankenberg	26
4.2.4 Lokale Diskurse im Landkreis Werra-Meißner-Kreis	27
4.2.5 Lokale Diskurse im Landkreis Northeim	29
4.2.6 Lokale Diskurse im Landkreis Vechta	33
4.2.7 Lokale Diskurse im Landkreis Bautzen	36
4.2.8 Lokale Diskurse im Landkreis Nordsachsen	45
5 Fazit und Ausblick	59
5.1 Gruppenbezogene Berichterstattung	59
5.1.1 Geflüchtete in der Berichterstattung	59
5.1.2 Haltung der Aufnahmegesellschaft in der Berichterstattung	60
5.2 Diskursive Rahmungen und Koppelstellen	60
5.2.1 Verknüpfung: Arbeit/Ausbildung – Fachkräftesicherung – Aufenthaltsstatus	60
5.2.2 Verknüpfung: Arbeit/Integration/Abbau von Vorurteilen	61
5.2.3 Verknüpfung: Ehrenamt – Politik/Verwaltung – Verantwortungsteilung	61
5.3 Ausblick	62
Literaturverzeichnis	63
Anhang 1: Codebuch	65

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Intensität der Berichterstattung im Zeitverlauf: Anteile der Berichte an der Gesamtberichterstattung, 2015–2019	8
Abbildung 2:	Intensität der Berichterstattung je Fallstudienregion im Zeitverlauf: Anteile der Berichte an der Gesamtberichterstattung, 2015–2019	9
Abbildung 3:	Relative Häufigkeit der Codes 2015–2019, abgeleitet aus den Relationen je Landkreis	9
Abbildung 4:	Salienz nach ausgewählten Themen, alle Landkreise, Anteil thematischer Codes an allen Codes je Landkreis, in Prozent	10

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Überblick über die ausgewählten Lokalzeitungen	5
Tabelle 2:	Datenkorpus	6
Tabelle 3:	Bedeutsamste Themen je Untersuchungsregion	12

1 Einleitung

Zuwanderungsprozesse und damit verbundene Fragen der Formung einer diverseren Gesellschaft sind in Deutschland nicht erst seit dem starken Anstieg der Geflüchtetenzahlen 2015 ein stark politisiertes Thema (vgl. Goebel 2017). Die anfänglich sehr positive Stimmung und die große Anteilnahme, die den Geflüchteten im Spätsommer 2015 entgegengebracht wurde, kippte bereits zum Jahreswechsel 2015/2016 durch mehrere diskursprägende Ereignisse, wie etwa die sexuellen Übergriffe in der Silvesternacht in Köln, an der auch Männer aus typischen Asylyangangsländern beteiligt waren. Infolge dieser Ereignisse wurde in den öffentlichen Diskursen vor allem die große Zahl der Asylsuchenden, die überproportionalen Anteile junger Männer sowie ihre Herkunft aus häufig muslimisch geprägten Ländern des Nahen Ostens thematisiert und problematisiert (vgl. Jäger und Wamper 2017b; Neuhauser et al. 2017). Damit zusammenhängend wurden die antizipierten Probleme der Integration dieser als „fremd“ wahrgenommenen Menschen in den Vordergrund geschoben, oder die Legitimität ihrer Fluchtgründe pauschal angezweifelt. Nicht zuletzt durch diese Gemengelage erhielten rechtsextremistische Bewegungen und Parteien wie PEGIDA oder AfD in den Folgejahren starken Zulauf. Bei der Bundestagswahl 2017 gelangte die AfD erstmals mit 12,6 % der Stimmen in den Bundestag und etablierte sich in den meisten Landtagen und auch in vielen kommunalen Parlamenten in Deutschland.

Verschiedene Studien haben seither die Diskurse zu Flucht, Aufnahme und Asyl in den Jahren 2015 und 2016 untersucht, vorwiegend mit Blick auf die nationalstaatliche Ebene (Hafez 2019: 491; Gouma 2017: 163; Jäger und Wamper 2017a; Rheindorf und Wodak 2019: 123). Das vorliegende Working Paper fokussiert demgegenüber auf lokale Diskurse zur Aufnahme von Geflüchteten. Es geht hier darum, in einem regional vergleichenden Setting Gemeinsamkeiten und Unterschiede in der lokalen Repräsentation von Geflüchteten durch lokale Medien aufzuspüren und damit zusammenhängend lokale und regionale Unterschiede in den gesamtgesellschaftlichen Aushandlungsprozessen der Geflüchtetenaufnahme zu verstehen. Denn wie Goebel (2023) betont, tragen Mediendiskurse aktiv zu gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen bei, „indem sie Wissen tradieren, transformieren und distribuieren und so als Institution der Sinnerzeugung fungieren“ (Goebel 2023, vgl. auch Berger und Luckmann 1966/2016).

Dieses Working Paper ist im Rahmen des Projektes „Zukunft für Geflüchtete in ländlichen Regionen“ entstanden, und zwar in dem Teilprojekt „Rolle der Zivilgesellschaft und Einstellung der Aufnahmegesellschaft“.¹ Dabei beschäftigte sich die Autorin dieses Berichts zusammen mit ihrem Team mit der Frage, welchen Einfluss kollektive Einstellungen der lokalen Bevölkerung auf Aufnahme- und Integrationsprozesse von Geflüchteten haben können. Neben einer Bevölkerungsbefragung und einer Serie qualitativer Interviews mit lokalen zivilgesellschaftlichen Akteur*innen wurden dafür auch lokale Medien untersucht. Die Medienauswahl betraf jene Lokalzeitungen, die in den acht im Rahmen des Projektes untersuchten Fallstudienregionen die größte Verbreitung finden. Hierbei handelte es sich um acht Landkreise in den Bundesländern Bayern, Hessen, Niedersachsen und Sachsen, in denen nach den Kriterien Siedlungsdichte und ökonomische Lage eine systematische Auswahl von jeweils vier Kleinstädten, Mittelstädten bzw. Landgemeinden vorgenommen wurde.

Eine regional vergleichende Untersuchung der medialen Diskurse zur Aufnahme und Integration von Geflüchteten ist dazu geeignet, regional spezifische Gemeinsamkeiten und Unterschiede in Diskursverläufen, in der Rahmung von Diskursen, der Problemartikulation und der Identifikation bzw. Konstruktion von (subjektiv wahrgenommenen) „Ursache-Wirkung“-Zusammenhängen herauszuarbeiten. Die Analyse trägt dazu bei, den Herstellungsprozess von öffentlichen Diskursen und darin verwobene (lokale) Kämpfe um Deutungshoheiten auf lokaler Ebene zu beleuchten und eröffnet damit ein vertiefendes Verständnis zur Entwicklung der lokalen Rezeptivität in den untersuchten Regionen und Gründen für unterschiedliche Ausprägungsformen von Rezeptivität (vgl. Glorius et al. 2019: 3 f.).

¹ Die weiteren drei Teilprojekte befassen sich mit integrationsrelevanten Rahmenbedingungen, der Perspektive Geflüchteter sowie der lokalen Integrationspolitik (vgl. <https://www.gefluechtete-in-laendlichen-raeumen.de/>).

Dieser Beitrag stellt den Verlauf und die wesentlichen Inhalte lokaler Diskurse zur Aufnahme von Geflüchteten dar, so wie sie sich anhand einer Analyse lokaler Printmedien offenbaren. Das Working Paper stellt zunächst Vorüberlegungen zur Methodik an (Kapitel 2) und schildert die Vorgehensweise bei der Analyse lokaler Diskurse im Kontext des Projekts (Kapitel 3). Kapitel 4 geht auf die Ergebnisse ein: In Abschnitt 4.1 wird ein eher quantitativer Blick auf die Intensität der Berichterstattung im regionalen Vergleich geworfen, Abschnitt 4.2 ergänzt dies mit einer strukturellen Inhaltsbeschreibung der regionalen Schwerpunkte der Berichterstattung. Kapitel 5 diskutiert die Befunde regional übergreifend und schließt mit einem Ausblick.

2 Analyse lokaler Mediendiskurse: Konzeptionelle Überlegungen

Die Diskursanalyse untersucht den Zusammenhang von sprachlichem Handeln und sprachlicher Form sowie zwischen sprachlichem Handeln und gesellschaftlichen bzw. institutionellen Strukturen. Die Methodologie der Diskursanalyse wurde unter anderem von Michel Foucault (1974) begründet, der erstmals nicht das erkennende Subjekt in den Mittelpunkt der Analyse stellte, sondern Diskurse. Der Begriff „Diskurs“ bezeichnet dabei eine nach unterschiedlichen Kriterien abgrenzbare Aussagepraxis bzw. Gesamtheit von Aussageereignissen, die im Hinblick auf Strukturmuster, Praktiken, Regeln und Ressourcen der Bedeutungserzeugung untersucht werden (Keller 2011).

In den vergangenen Jahrzehnten hat sich die Diskursanalyse methodisch stark ausdifferenziert und kommt in den verschiedensten Disziplinen zum Einsatz, wie zum Beispiel Geschichtswissenschaften, Politikwissenschaften, Kulturwissenschaften oder Sozialwissenschaften. Wenngleich alle methodischen Ansätze auf der Basis des Konstruktivismus arbeiten, ist ihre weiterführende theoretische Fundierung und methodische Operationalisierung durchaus unterschiedlich. Für die Bearbeitung des hier dargestellten Forschungsvorhabens wurde eine Form der wissenssoziologischen Diskursanalyse gewählt. Diese basiert auf soziologischen Wissenstheorien (Berger und Luckmann 1966/2016) sowie dem interpretativen Paradigma. Grundannahme ist, dass jegliche Form von individuellem Wissen gesellschaftlich konstruiert ist, basierend auf symbolischen Systemen und Ordnungen, die durch Diskurse produziert werden (Keller 2011: 59).

Ziel einer wissenssoziologischen Diskursanalyse ist es, „Prozesse der sozialen Konstruktion, Objektivation, Kommunikation und Legitimation von Sinn, das heißt Deutungs- und Handlungsstrukturen auf der Ebene von Institutionen, Organisationen bzw. sozialen Akteuren zu rekonstruieren und die gesellschaftlichen Wirkungen dieser Prozesse zu analysieren“ (ebd.). Die wissenssoziologische Diskursanalyse, angewandt im Rahmen sozialwissenschaftlicher Diskursforschung, ist beispielsweise daran interessiert, wann ein spezifischer Diskurs auftaucht, verläuft oder wieder verschwindet; wie, wo, mit welchen Praktiken und Ressourcen ein Diskurs produziert wird; welche sprachlichen und symbolischen Mittel und Strategien eingesetzt und welche Phänomenbereiche dadurch wie konstituiert werden, welche Diskurspositionen existieren, welche Bezüge ein Diskurs zu anderen Diskursen ausweist, oder wie sich ein Diskurs auf raum-zeitliche soziale Kontexte bezieht.

Forschungen zu Migrationsdiskursen in lokalen Medien betonen, dass lokale Medien oftmals weniger polarisierend berichten als nationale Medien, da sie sich stärker dem lokalen Kontext verpflichtet fühlen. Zugleich spiegeln sich lokale Konstellationen und Narrative, zum Beispiel die Existenz einer Erstaufnahmeeinrichtung oder die Betonung der Migrationsgeschichte einer Gemeinde, in der Berichterstattung zu Migration und der Aufnahme von Geflüchteten und ihrer diskursiven Einordnung wider (Berg-Nordlie 2018). Ein Anwendungsbeispiel ist die Diskursanalyse von Berg-Nordlie (2018), der den Immigrations-Diskurs der Lokalzeitungen in drei norwegischen Distrikten verglich. Er fand einen überwiegend positiven Einwanderungsdiskurs, der vor allem an die ökonomische Aktivität der Einwander*innen gekoppelt war, aber auch an kulturelle oder praktische Aktivitäten von Einwander*innen, durch die die Gemeinde profitierte. Skeptischer war die Berichterstattung hinsichtlich Geflüchteten, und insbesondere Muslim*innen, die häufiger in Verbindung mit ökonomischer Belastung, Sicherheitsrisiken und unüberwindbaren kulturellen Unterschieden gebracht wurden. Die Berichterstattung variierte nicht hinsichtlich der politischen Couleur der verschiedenen Regionen. Jedoch gab es Unterschiede in Bezug auf lokale Konstellationen, wie etwa die Bedeutung von Einwanderung und Multikulturalismus für die lokale Selbstrepräsentation, was einen eher positiven medialen Diskurs förderte, oder die Ansiedlung einer größeren Asylunterkunft am Ort, was mit einer größeren Zahl migrationskritischer Texte verbunden war.

Als Untersuchungseinheit für die Untersuchung lokaler Diskurse zur Aufnahme und Integration von Geflüchteten dient in der vorliegenden Forschung die lokale Presse. Lokalzeitungen dokumentieren lokal bedeutsame Ereignisse, Themen und Problemstellungen und ordnen diese in einen diskursiven Rahmen ein (vgl. Lüter

2008: 78). Sie lassen unterschiedliche Akteur*innen in unterschiedlicher Intensität zu Wort kommen (zum Beispiel Leserbriefe, Interviews) und setzen durch die Kommentierung und Einordnung des Geschehens eigene Akzente im öffentlichen Diskurs. Die Analyse von Mediendiskursen ermöglicht somit die regional differenzierte Erfassung von gesellschaftlich relevanten Bedeutungen, symbolischen Ordnungen und Aushandlungsprozessen, Ideologien und Hegemonieprojekten in der aufnehmenden Gesellschaft (vgl. Hall 1989/2012: 150 f.). Gerade in einem vergleichenden Setting wie in dem vorliegenden Forschungsprojekt können auf diese Weise Gemeinsamkeiten und Unterschiede in den öffentlichen Diskursen identifiziert werden.

Für die Analyse des Datenkorpus spielt der Begriff der „Salienz“ eine besondere Rolle. „Salienz“ bedeutet im Allgemeinen „Auffälligkeit“. Die Sozialpsychologie versteht unter Salienz „Aufmerksamkeit erzeugende Eigenschaft von Objekten oder Ereignissen, abhängig von wahrnehmungsbezogenen Aspekten wie der Anschaulichkeit des Ereignisses, der Sensibilität des Betrachters oder einer Kombination aus beidem“ (Parkinson 2014: 92). Sozialpsychologische Arbeiten auf der Basis der Attributionstheorie belegen, dass Salienz ein wichtiger Faktor für Ursachenzuschreibungen ist. Wenn zum Beispiel die Attribute einer sozialen Gruppe in den Augen der übrigen Menschen eine hohe Salienz aufweisen (zum Beispiel das Tragen eines Kopftuchs bei muslimischen Frauen), dann sorgt die hervorgehobene Wahrnehmung von gruppenbezogenen Attributen dafür, dass individuelle Verhaltensweisen von Angehörigen der sozialen Gruppe mit höherer Wahrscheinlichkeit auf die Gruppenzugehörigkeit zurückgeführt wird, als das bei Angehörigen der Mehrheit der Fall wäre (Spears und Tausch 2014: 553).

Auch in der politikwissenschaftlichen Forschung wird der Salienz-Begriff verwendet, insbesondere in der Wahlforschung oder der Erforschung von Politisierungsprozessen. Hier spricht man von Salienz, wenn gesellschaftliche Akteur*innen wie politische Parteien, Interessensgruppen und Massenmedien einem spezifischen Thema erhöhte Aufmerksamkeit zuwenden. Dies kann ein erstes Indiz für Politisierungsprozesse sein; weitere Indizien wären eine Diversifizierung von Meinungen über ein gesellschaftliches Thema, das schließlich zur Meinungspolarisierung führt, sowie eine Ausweitung von Diskursakteur*innen und Empfänger*innen von Diskursen, die sich am Meinungsbildungsprozess beteiligen (vgl. de Wilde et al. 2016). Forschungen zu Politisierungsprozessen im Kontext der Aufnahme von Asylsuchenden zeigen unter anderem die starke Bedeutung des Verhaltens einflussreicher Akteur*innen für den öffentlichen Diskurs sowie den Einfluss von Politisierungsprozessen auf das Wahlverhalten der Bevölkerung (vgl. zum Beispiel Barlai und Sik 2017; Pogliano und Ponzo 2020; Simonovits 2020, Triandafyllidou 2018).

Wichtig bei der Analyse der „Salienz“ ist es, zwischen der Bedeutung eines Themas und seiner Problematisierung zu unterscheiden. Übertragen auf die Berichterstattung in Lokalzeitungen muss demnach differenziert werden zwischen der Intensität, mit der über ein Thema berichtet wird, und der Art und Weise, wie über das Thema berichtet wird, zum Beispiel ob eine Problematisierung des Themas stattfindet, bzw. wie die Problematisierung begründet wird.

3 Vorgehensweise

Für unsere Forschungsfrage, wie sich lokaler Diskurse zur Aufnahme und Integration von Geflüchteten abbilden, schienen vor allem Lokalzeitungen bzw. die lokalen Ausgaben von überregionalen Tageszeitungen geeignet. Daher wurde zunächst eine Auswahl an Tageszeitungen getroffen, die die Untersuchungsregion durch ihre Lokalberichterstattung abdecken (vgl. Tabelle 1).

Tabelle 1: Überblick über die ausgewählten Lokalzeitungen

Landkreis	Medium	Regionales Verbreitungsgebiet
Neustadt/Aisch-Bad Windsheim (Bayern)	Windsheimer Zeitung	Bad Windsheim, Burgbernheim
	Fränkische Landeszeitung	Dinkelsbühl/Feuchtwangen, Ansbach, Rothenburg, Neustadt/Scheinfeld/Uffenheim
Regen (Bayern)	Passauer Neue Presse, mit Lokalausgabe <i>Der Bayerwald-Bote</i> bzw. <i>Der Viechtacher Bote</i>	(Süd-)Östliches Niederbayern Regen, Zwiesel, Viechtach
Waldeck-Frankenberg (Hessen)	Waldeckische Landeszeitung	Bad Arolsen, Bad Wildungen, Diemelsee, Diemelstadt, Edertal, Korbach, Lichtenfels, Twistetal, Vöhl, Volkmarsen, Waldeck, Willingen
Werra-Meißner (Hessen)	Werra Rundschau	Witzenhausen, Berkatal, Herleshausen, Meinhard, Meißner, Ringgau, Sontra, Waldkappel, Wanfried, Wehretal, Weißenborn
Northeim (Niedersachsen)	Hessische Niedersächsische Allgemeine	Nordhessen (Kassel, Waldeck-Frankenberg, Schwalm-Eder, Werra-Meißner, Hersfeld-Rotenburg) und Südniedersachsen (Redaktionen in Göttingen, Hann. Münden, Northeim und im Solling Uslar), es gibt 16 Lokalausgaben
Vechta (Niedersachsen)	Nordwest-Zeitung	Nordwestliches Niedersachsen: Wilhelmshaven, Friesland, Wesermarsch, Ammerland, Stadt Oldenburg, Bremen, Delmenhorst, Kreis Oldenburg, Cloppenburg, Vechta; Stammsitz Oldenburg. Im Kerngebiet (um Oldenburg): Reichweite über 70 %; im gesamten Verbreitungsgebiet durchschnittlich 50 %,
Bautzen (Sachsen)	Sächsische Zeitung	Dresden, Bautzen, Bischofswerda, Chemnitz, Dippoldiswalde, Döbeln, Freital, Großenhain, Görlitz, Hoyerswerda, Kamenz, Leipzig, Löbau, Meißen, Niesky, Pirna, Radeberg, Radebeul, Riesa, Sebnitz, Weißwasser, Zittau)
	Bautzner Bote (online)	Bautzen, Oberlausitz
Nordsachsen (Sachsen)	Leipziger Volkszeitung (Delitzsch-Eilenburger Kreiszeitung)	Nord- und Mittelsachsen (Altkreise Delitzsch und Eilenburg)
	Torgauer Zeitung	Torgau und Umgebung

Quelle: Eigene Recherchen und Darstellung

Bei der Auswahl war nicht nur das Verbreitungsgebiet entscheidend, sondern auch die Möglichkeit des Archivzugangs. Aus forschungspragmatischen Gründen fielen die Entscheidungen zugunsten von Zeitungen, bei denen der Zugriff auf ein Onlinearchiv möglich war. Als Beobachtungszeitraum wurden die Jahre 2015–2019 ausgewählt. Nach mehreren Pretests wurde die Stichwortkombination „Integration“ / „Flüchtlinge“ gewählt.

Für die Lokalzeitungen Waldeckische Landeszeitung, Werra-Zeitung sowie die Windsheimer Zeitung und die Fränkische Landeszeitung war leider kein Onlinearchiv vorhanden. Hier wurden individuelle Lösungen gesucht, zum Beispiel über Mitarbeitende eines Stadtarchivs oder einer Lokalredaktion, die händisch die entsprechenden Ausgaben durchblättern und nach Artikeln mit der Schlagwortkombination suchten – allerdings nur durch Sichtung der Überschriften. Dies erklärt die geringere Anzahl an Artikeln für die drei Landkreise Werra-Meißner-Kreis, Landkreis Waldeck-Frankenberg, Landkreis Neustadt/Aisch-Bad Windsheim (vgl. Tabelle 2).

Die durch die beschriebene Vorgehensweise generierte Auswahl an Artikeln wurde nochmals einer Prüfung auf regionale bzw. lokale Relevanz (Bezug zu Landkreis bzw. Untersuchungsgemeinden) unterzogen. Die so gefilterten Suchergebnisse wurden in die Literaturdatenbank citavi eingepflegt und nach zwei Kategoriensystemen (einem geografischen und einem thematischen) verschlagwortet: Zunächst wurden die Fundstellen nach Untersuchungslandkreis und Untersuchungsgemeinde codiert, um Befunde auch in regionaler Differenzierung darstellen zu können. In einem zweiten Schritt wurde ein Kategoriensystem (vgl. Anhang 1) gebildet, mit dem die wichtigsten Themen, die in den Artikeln zur Sprache kamen, verschlagwortet wurden, sodass eine vergleichende Auswertung nach thematischer Salienz möglich wurde. Insgesamt enthält der Datenkorpus somit 1.291 Artikel, die mit insgesamt 2.645 Codes verschlagwortet wurden. Für die nachfolgenden Auswertungen wurde jeweils die relative Anzahl an Codes im Vergleich zur Gesamtzahl der Codes je Landkreis zugrunde gelegt. Auf diese Weise können die Unterschiede in der Größe der landkreisspezifischen Korpora ausgeglichen werden.

Tabelle 2: Datenkorpus

Bundesland	Landkreis	Artikel	Thematische Codes	Mittelwert
Bayern	Neustadt/Aisch-Bad Windsheim	70	288	4,1
	Regen	194	534	2,7
Hessen	Waldeck-Frankenberg	19	32	1,9
	Werra-Meißner	88	165	1,9
Niedersachsen	Northeim	132	196	1,5
	Vechta	137	193	1,4
Sachsen	Bautzen	127	335	2,6
	Nordsachsen	523	902	2,1
		1.291	2.645	2,0

Quelle: Eigene Zusammenstellung

Die Analyse wurde in drei Schritten durchgeführt: 1) Zunächst wurde das Material einer strukturellen Analyse unterzogen, die sich auf die Intensität der Berichterstattung und der verhandelten Themen im regionalen Vergleich konzentrierte. 2) Als zweiter Schritt wurden auf der Basis dieser ersten deskriptiven Befunde die je Untersuchungsregion bedeutsamsten Themen einer deskriptiven Analyse unterzogen. 3) Der dritte Schritt beinhaltete eine Feinanalyse einer Artikelauswahl, in der vor allem auf die Phänomenstruktur, Deutungsmuster sowie die narrative Struktur der Texte geachtet wurde. Auch eine Bildanalyse wurde in diesem Untersuchungsschritt vorgenommen. Im Ergebnis wird zunächst eine quantitativ vergleichende Analyse präsentiert, und anschließend eine textliche Analyse, die neben einer fortlaufenden Beschreibung auch feinanalytische Textpassagen enthält.

Vorgehensweise in Kürze:

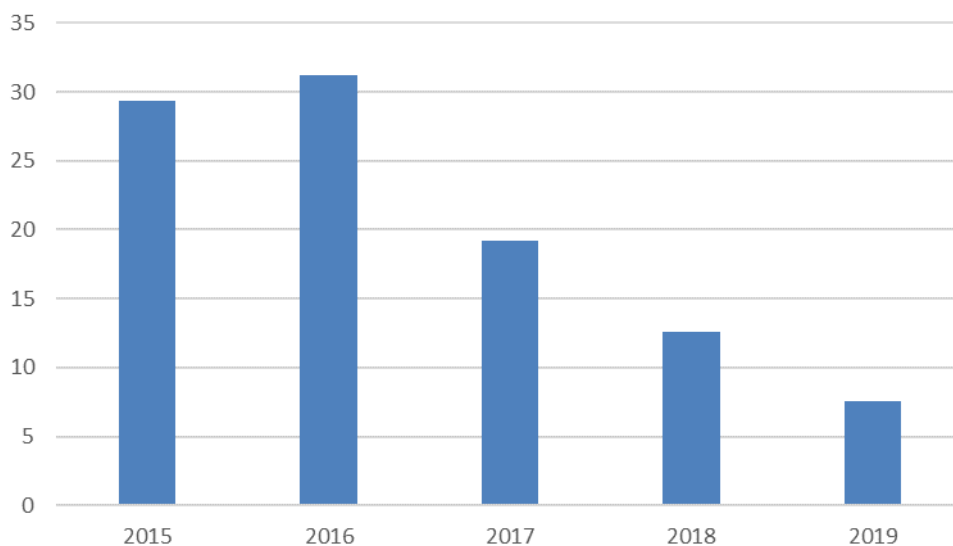
- Beobachtungszeitraum: 01.01.2015–31.12.2019
- Stichwortsuche: „Integration“ UND „Flüchtlinge“
- Quelle: 11 Lokalzeitungen
- Korpus: 1.291 Artikel
- Ergebnis: 2.645 Codes in 23 Kategorien

4 Lokale Diskurse zur Aufnahme von Geflüchteten in Deutschland

4.1 Intensität der Berichterstattung im regionalen Vergleich

Die Intensität der Berichterstattung über die Aufnahme und Integration von Geflüchteten folgte im zeitlichen Verlauf den Entwicklung der Ankunfts zahlen. Insgesamt wurden 60 % der codierten Texte in den Jahren 2015 und 2016 veröffentlicht. In den Jahren 2017–2019 gingen die Anteile in großen Sprüngen zurück (vgl. Abbildung 1).

Abbildung 1: Intensität der Berichterstattung im Zeitverlauf: Anteile der Berichte an der Gesamtberichterstattung*, 2015–2019

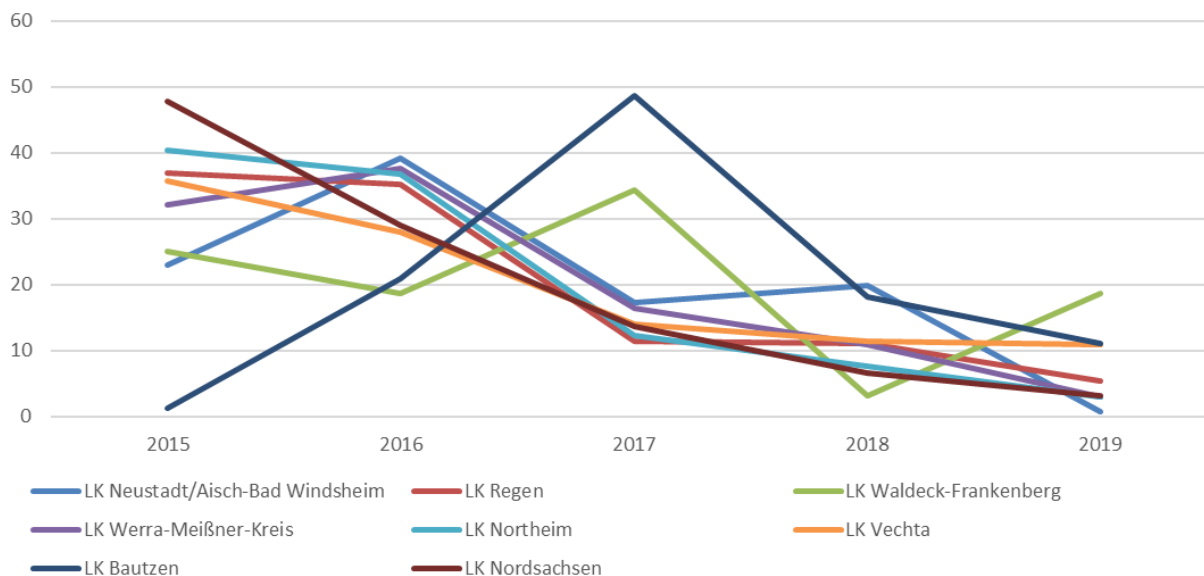


*Aus forschungspragmatischen Gründen werden die Anteile auf der Basis der vergebenen Artikel-Codes berechnet.

Quelle: Eigene Daten

Auch der regionsvergleichende Blick zeigt überwiegend die genannte Verteilung (vgl. Abbildung 2). Einzig die Landkreise Waldeck-Frankenberg und Bautzen zeigen ein abweichendes Muster. Für den Landkreis Waldeck-Frankenberg dürften diese Zahlen aufgrund der bereits berichteten Rechenschwierigkeiten nur bedingt aussagefähig sein. Im Falle des Landkreises Bautzen ist zu konstatieren, dass das Hauptmedium unserer Recherche, die Sächsische Zeitung, zwar in der Hauptausgabe laufend und intensiv zum Thema berichtete, nicht jedoch die Lokalausgaben, die wir für die Datenbank-Recherche ausgewählt hatten. Hier gab es im Jahr 2015 lediglich eine Fundstelle, während in den Jahren 2016–2019 112 Artikel in den Lokalausgaben gefunden wurden.

Abbildung 2: Intensität der Berichterstattung je Fallstudienregion im Zeitverlauf: Anteile der Berichte an der Gesamtberichterstattung*, 2015–2019

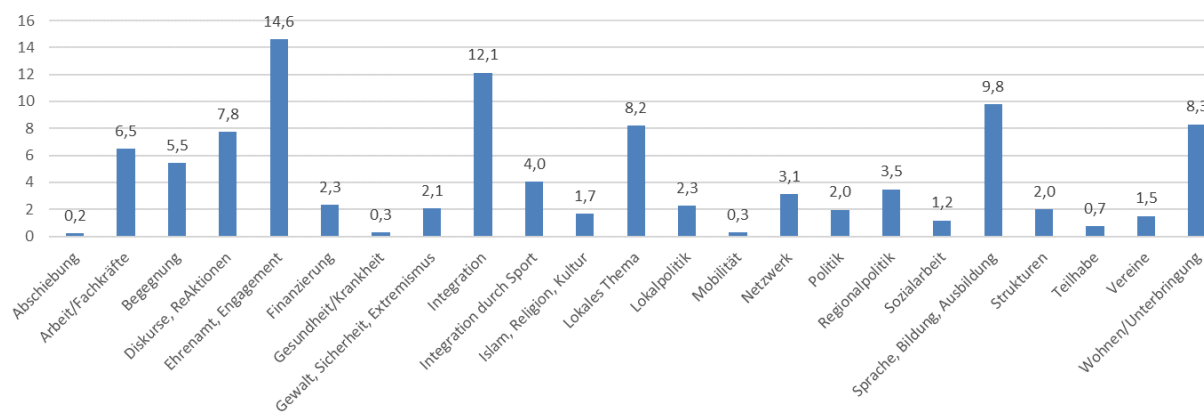


*Aus forschungspragmatischen Gründen werden die Anteile auf der Basis der vergebenen Artikel-Codes berechnet.

Quelle: Eigene Daten

Hinsichtlich der in den Medien verhandelten Schlüsselthemen gibt es deutliche Themenschwerpunkte in der Gesamtschau der Landkreise (vgl. Abbildung 3). Von den insgesamt 23 Kategorien des Codeschemas versammeln die drei häufigsten Kategorien über ein Drittel (36,5 %) aller Codierungen. Es sind dies: 1) „Ehrenamt, Engagement“, 2) „Integration“ sowie 3) „Sprache, Bildung, Ausbildung“. Zusammen mit den in der Häufigkeit nachfolgenden Kategorien 4) „Wohnen/Unterbringung“, 5) „Lokales Thema“, 6) „Diskurse, Reaktionen“, 7) „Arbeit/Fachkräfte“ sowie 8) „Begegnung“ versammeln diese Kategorien fast drei Viertel (72,7 %) der Codierungen. Die übrigen Codierungen sind in geringerer Häufigkeit ungleichmäßig über die restlichen 15 Kategorien verteilt, wobei sie in den einzelnen Fallstudienregionen durchaus unterschiedliche Gewichtungen aufweisen.

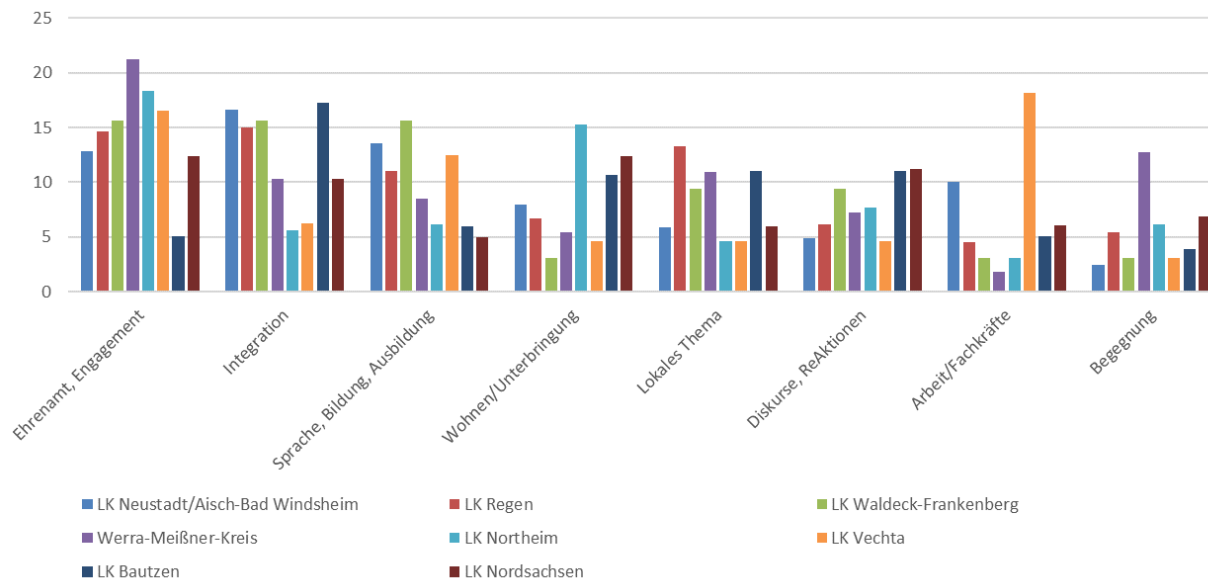
Abbildung 3: Relative Häufigkeit der Codes 2015–2019, abgeleitet aus den Relationen je Landkreis



Quelle: Eigene Daten; Artikel gesamt: 1.291, Codes gesamt: 2.645

Abbildung 4 zeigt die Verteilung der acht häufigsten thematischen Codes in den Fallstudienregionen. Wie zu erkennen ist, erlangen die codierten Themen unterschiedliche Bedeutung in der medialen Berichterstattung. Im Folgenden wird systematisch die Salienz des Diskurses je Landkreis für die acht abgebildeten Codes vergleichend dargestellt.

Abbildung 4: Salienz nach ausgewählten Themen, alle Landkreise, Anteil thematischer Codes an allen Codes je Landkreis, in Prozent



Quelle: Eigene Daten; Codes gesamt: 1.912

Die Kategorie „Ehrenamt, Engagement“ spielt in den meisten Landkreisen eine große Rolle bei der Berichterstattung und war in der Gesamtschau auch die häufigste Codierung (vgl. Abbildung 3). In den betreffenden Artikeln wird „Ehrenamt, Engagement“ häufig direkt in Zusammenhang mit der Aufnahme von Geflüchteten am Ort verkoppelt, etwa wenn in einer Bürgerversammlung zur Eröffnung eines Asylbewerberheims zu ehrenamtlichen Aktivitäten aufgerufen und deren Bedeutung durch Schlüsselpersonen hervorgehoben wird. Bemerkenswert ist in der quantitativen, vergleichenden Betrachtung, dass die Intensität der Berichterstattung zu dieser Kategorie im Landkreis Bautzen niedriger ist als in allen anderen Fallstudienregionen (5,1 % vs. Anteile zwischen 12,4 und 21,2 %).

Die Kategorie „Integration“ bündelt die Berichterstattung zu Aktivitäten, die die Integration fördern sollen. Zudem repräsentieren die Fundstellen die lokalen Positionen hinsichtlich des Integrationsdiskurses und weisen auf unterschiedliche Deutungsmuster des Begriffs und Prozesses von „Integration“ hin. Die Berichterstattung hat insgesamt eine hohe Intensität, die Kategorie steht an Position 2 in der allgemeinen Häufigkeit der kategorisierten Fundstellen (vgl. Abbildung 3). Im regionalen Vergleich fallen relativ geringe Anteile in den beiden niedersächsischen Fallstudienregionen auf.

Die Kategorie „Sprache, Bildung, Ausbildung“ bezieht sich einerseits auf die Bedeutung des Spracherwerbs für die weitere Integration, andererseits auf Möglichkeiten und Strukturen der schulischen Bildung und Ausbildung. Berichtsschwerpunkte sind die Jahre 2015 und 2016, in denen es auch vorwiegend um den Spracherwerb geht. Später kommen mehr Berichte zum Übergang von der schulischen Bildung in die berufliche Bildung. Vielfach werden dabei argumentative Bezüge zur Kategorie „Arbeit/Fachkräfte“ hergestellt, etwa, dass für die erfolgreiche Arbeitsmarktintegration zunächst Sprachkenntnisse erworben werden müssen. Insbesondere in den

beiden bayerischen Landkreisen sowie im Landkreis Waldeck-Frankenberg und Landkreis Vechta ist die Berichterstattung zu dieser Thematik sehr ausgeprägt.

Die Kategorie „Wohnen/Unterbringung“ bezieht sich auf Diskurse um die Aufnahme und Unterbringung von Geflüchteten, inklusive Debatten zur kollektiven vs. individuellen Unterbringung. Teils werden in den Fallstudienregionen konkrete Einrichtungen intensiv durch Berichterstattung begleitet (zum Beispiel Spreehotel, Landkreis Bautzen; Haus der Integration, Landkreis Northeim). Die Berichterstattung setzt zudem Bezüge zu lokalen Rahmenbedingungen des Wohnungsmarktes sowie zu Politikansätzen, die auf dieses Politikfeld einwirken, wie etwa die Einführung der Wohnsitzauflage für anerkannte Flüchtlinge. Die Berichterstattung zum Thema „Wohnen/Unterbringung“ ist vor allem in den Jahren 2015 und 2016 sehr intensiv, 182 von insgesamt 256 codierten Artikeln entfallen auf diese Jahre. Eine Berichtsspitze ist vor allem im Landkreis Nordsachsen im Jahr 2015 zu konstatieren. Dort sowie in den Landkreisen Bautzen und Northeim sind Diskurse um Wohnen und Unterbringung von Geflüchteten von hoher Intensität.

In der Kategorie „Lokales Thema“ stehen lokal verortete konkrete Berichtsansätze oder konkrete lokale Akteur*innen im Mittelpunkt der Berichterstattung, insbesondere Reportagen über ausgewählte Projekte und Akteur*innen, aber auch Fallgeschichten, die das Schicksal einzelner Geflüchteter und ihre Bemühungen und Erfolge im Integrationsprozess aufgreifen. Vor allem in den hessischen Untersuchungsregionen sowie in den Landkreisen Regen und Bautzen ist diese Form der Berichterstattung sehr ausgeprägt.

Die Kategorie „Diskurse, Reaktionen“ versammelt Berichterstattungen über öffentliche Diskurse zur Integration von Geflüchteten: Dies beinhaltet Berichte von Bürgerversammlungen, Interviews mit lokalen Stakeholdern, Kommentare, Leserbriefe, Berichte von Protesten sowie Meinungsäußerungen pro oder contra Geflüchtete. In dieser Kategorie wird überproportional häufig in den beiden sächsischen Fallstudienregionen berichtet, während in den Landkreisen Neustadt/Aisch-Bad Windsheim und Vechta lokale Berichtsansätze weniger ausgeprägt sind.

Die Kategorie „Arbeit/Fachkräfte“ versammelt Berichte über die Möglichkeiten, Hürden und Erfahrungen des Arbeitsmarktzugangs für Geflüchtete sowie Berichte über Beschäftigungszahlen, die Arbeitsvermittlung und die Bezugnahme auf Geflüchtete als Fachkräftepotenzial. Diese Kategorie ist vor allem in den Landkreisen Vechta und Neustadt/Aisch-Bad Windsheim überproportional häufig zu finden.

Die Kategorie „Begegnung“, welche Berichte zu direkten Kontakten zwischen Geflüchteten und Einwohner*innen, die Organisation von direkten Begegnungsmöglichkeiten sowie Diskurse über die Bedeutung von direkter Begegnung abbildet, spielt vor allem im Werra-Meißner-Kreis eine große Rolle. Aber auch in den Landkreisen Nordsachsen, Northeim und Regen wird überproportional häufig aus dieser Kategorie berichtet.

4.2 Regionale Schwerpunkte der Berichterstattung

Die nun folgenden Abschnitte widmen sich der qualitativen Analyse, während im vorherigen Kapitel vor allem auf quantitative Aspekte abgezielt wurde. Zunächst wird in diesem Abschnitt ein Überblick über die Schwerpunkte der Berichterstattung in den acht Landkreisen gegeben. Dabei wird sowohl eine Gesamtwürdigung des Materials vorgenommen, als auch eine etwas eingehendere Betrachtung der Inhalte und Art der Berichterstattung, fokussierend auf die jeweils identifizierten Schwerpunktthemen.

Tabelle 3: Bedeutsamste Themen je Untersuchungsregion

Bundesland	Landkreis	Häufigste Kategorien
Bayern	Neustadt/Aisch-Bad Windsheim	Integration, Ehrenamt, Bildung, Arbeit
	Regen	Integration, Ehrenamt, Lokales Thema, Bildung, Wohnen
Hessen	Waldeck-Frankenberg	Integration, Ehrenamt, Bildung
	Werra-Meißner	Ehrenamt, Begegnung, Lokales Thema, Bildung
Niedersachsen	Northeim	Ehrenamt, Wohnen, Diskurse, Bildung
	Vechta	Arbeit/Fachkräfte, Ehrenamt, Bildung
Sachsen	Bautzen	Integration, Diskurse, Lokales Thema, Wohnen
	Nordsachsen	Wohnen, Ehrenamt, Diskurse, Integration

Quelle: Eigene Auswertung

4.2.1 Lokale Diskurse im Landkreis Neustadt/Aisch-Bad Windsheim

Der Korpus für den Landkreis Neustadt/Aisch-Bad Windsheim, bestehend aus 70 Artikeln der Windsheimer Zeitung (WZ) und der Fränkischen Landeszeitung (FLZ), hat besonders intensive Bezüge zu den Kategorien „Integration“ (48 Codes), „Bildung“ (39 Codes), „Ehrenamt“ (37 Codes), und „Arbeit“ (29 Codes). Diese vier häufigsten Kategorien sind eng miteinander verwoben und weisen eine Überdeckung von meist über 60 % auf. Dies zeigt bereits, wie stark „Integration“ über den Zugang zu Bildungsangeboten und anschließend zum Arbeitsmarkt definiert wird. Zudem wird bereits bei dieser quantitativen Betrachtung die große Bedeutung ehrenamtlicher Arbeit deutlich, welche sich nicht nur grundsätzlich mit „Integration“ beschäftigt, sondern dezidiert auch beim Spracherwerb, bei der Unterstützung schulischer Bildung sowie beim Zugang zu Ausbildungs- und Arbeitsangeboten gefordert ist. Weitere starke Überschneidungen zeigen sich zwischen den Kategorien „Integration“ und „Wohnen/Unterbringung“ sowie zwischen „Integration“ und „Regionalpolitik“.

In der Chronologie des Diskurses fällt auf, dass vor allem im Bereich „Sprache, Bildung, Ausbildung“ sowie „Wohnen/Unterbringung“ die Berichterstattung überwiegend in den Jahren 2015 und 2016 stattfindet. Berichte zum Thema „Arbeit/Fachkräfte“ setzen verstärkt im Jahr 2016 ein. Im Jahr 2019 fällt die Intensität der Berichterstattung insgesamt stark ab.

Die Diskurse des Jahres 2015 sind geprägt vom Ankommen der Geflüchteten. Viele Artikel berichten von ersten Informationsveranstaltungen im Vorfeld der Flüchtlingsunterbringung, die häufig von einem Nebeneinander an Skepsis und „großer Hilfsbereitschaft“ geprägt sind (vgl. „Kritik und Sorgen neben großer Hilfsbereitschaft. Bürgerversammlung zeigt unterschiedliche Auffassungen über Unterbringung von 40 Asylbewerbern“, WZ, 7.10.2015). Auch grundsätzliche Debatten über mögliche und wünschenswerte Integrationswege werden in den Lokalzeitungen abgebildet. Dabei stehen der Spracherwerb und der schnelle Zugang zum Arbeitsmarkt im Zentrum, da einerseits die Notwendigkeit dieser Integrationsschritte unwidersprochen ist, andererseits diese Bereiche als „Hauptürden“ betrachtet werden (vgl. „Ein Damaszener Bäcker in D.²“, FLZ, 24.10.2015). Auch von Vernetzungsaktivitäten der verschiedenen Akteur*innen und dem Aufbau von Hilfsstrukturen wird in diesem Jahr viel berichtet. Ein Artikel zum Ende des Jahres berichtet über die Erfahrungen zweier ehrenamtlicher Helferinnen mit der Begleitung von Geflüchteten („Wie aus deutschen Helfern die Ersatzfamilie wurde“, FLZ, 28.12.2015). Neben den faktischen Aktivitäten und dem großen Bedarf an tatkräftiger Unterstützung beim Ankommen wird auch die interkulturelle Erfahrung als Zugewinn für die Helfenden thematisiert. Es sei eine tiefe

² Zum Schutz der Schauplätze der Berichterstattung werden in den Artikeln genannte Ortsnamen anonymisiert.

Zuneigung entstanden und man empfinde die Gastfreundschaft und Herzlichkeit der Flüchtlingsfamilie als große Bereicherung. Auf dieser Basis wuchs auch das interkulturelle Verständnis für die muslimische Familie, wobei Verhaltensmuster im Rahmen des eigenen Erfahrungshorizonts interpretiert bzw. normalisiert wurden:

Der Kontakt mit den Muslimen habe auch ihre Wahrnehmung auf die deutsche Gesellschaft verändert, erinnert sich S.³: Die Mutter der syrischen Familie verlasse das Haus zwar nie ohne Kopftuch, „aber das hätte meine eigene Oma auch nicht anders gemacht.“ Die Zeiten, in denen ein Kopftuch auch in Franken als obligatorisches Kleidungsstück für Frauen galt, seien noch gar nicht lange her. An dem, was anders ist, gebe es laut S. auch immer etwas Spannendes zu entdecken: „Die arabische Küche empfinde ich als große Bereicherung“, immer wieder werde sie bei Besuchen bei der Flüchtlingsfamilie zum Essen eingeladen. (ebd.)

In der Berichterstattung des Jahres 2016 dominieren die ersten Erfahrungen mit der Integration von Geflüchteten, wobei vor allem der Spracherwerb und die Gruppe der Kinder und Jugendlichen im Mittelpunkt stehen. Dabei wird einerseits die professionelle und weitgehend reibungsarme Integrationsarbeit von Kitas und Schulen hervorgehoben (zum Beispiel „Das ist machbar“, FLZ, 25.2.2016.), zum anderen das junge Durchschnittsalter der Geflüchteten betont, was die Schwerpunkte der Integrationsarbeit im Bereich Schule und Ausbildung begründet („Viele Flüchtlinge sind sehr jung“, FLZ, 15.8.2016.). Ausführlich wird die Problematik der Aufenthaltssicherheit thematisiert, die als Grundlage für eine erfolgreiche Bildungs- und Arbeitsmarktintegration angesehen wird. In dem Artikel „Jungen Flüchtlingen eine Perspektive geben“ (FLZ, 16.12.2016) übt die Leiterin der Staatlichen Berufsschule Kritik an der „Aufweichung“ der 2+3+2-Regelung (Zwei Jahre Berufsintegrationsklasse, drei Jahre Ausbildung, zwei Jahre Arbeit im erlernten Beruf) des Asylpaktes durch das Bayerische Innenministerium und fordert „Wir brauchen unbedingt Klarheit“. Einige Geflüchtete hätten bereits die Ausbildung abgebrochen, so der Artikel, und auch Ausbildungsbetriebe hätten signalisiert, dass ihre Bereitschaft, Geflüchtete auszubilden, an eben diese Aufenthaltssicherheit geknüpft sei. Dieser Artikel zeigt beispielhaft die diskursive Verknüpfung von humanitären und arbeitsmarktbezogenen Politikfeldern, die sich in vielen Beiträgen finden lässt. Dabei wird in den angesprochenen Artikeln auf eine differenzierte Darstellung nach Statusgruppen verzichtet (genauer betrachtet ist die angesprochene Bleibeproblematik ja nur für jene relevant, die keinen Aufenthaltsstatus besitzen). Dadurch wird die Aufmerksamkeit der Leser*innen auf Regulierungsprobleme gelenkt, während andere Möglichkeiten des Ausbildungsabbruchs oder der fehlenden Bereitschaft, Geflüchtete als Auszubildende einzustellen, hier nicht zur Sprache kommen.

Mehrere Berichte aus den Jahren 2015 und 2016 thematisieren Beispiele gelungener Arbeitsmarktintegration (zum Beispiel „Ein Damaszener Bäcker in D.“, FLZ, 24.10.2015; „Zwei für W.“, FLZ, 29.12.2016). Dort wird in der Regel auf den Fachkräftemangel im Landkreis hingewiesen und die Unternehmer werden als starke Persönlichkeiten vorgestellt, die die Geflüchteten trotz mangelnder Sprachkenntnisse und fehlender Ausbildungszertifikate einstellen und anlernen. Die Berichte heben die Bedeutung des zusätzlichen Arbeitskräftepotenzials hervor und weisen auf die Überbrückung von Fremdheit hin, welche auf den ersten Blick möglicherweise abschreckend wirkt. So meint ein Bäckermeister, der einen Bäcker aus Syrien eingestellt hat: „Damaszener Bäcker – das klingt doch gleich ganz anders, als wenn jemand sagt: ‚Ich komme mit einem Asylanten vorbei.‘“ Der Unternehmer „unterscheidet nicht nach Nationalitäten, er unterscheidet zwischen jenen, die seinem Betrieb helfen können und wollen, und jenen, die das nicht tun.“ Faktisch wichtig ist in diesen Arbeitsmarkt-Integrationsberichten stets die individuelle Vermittlung der Asylsuchenden über *gate opener*. Das sind in der Regel Ehrenamtliche, die vor Ort ihre sozialen Netzwerke aktivieren, um ihre Schützlinge in den Arbeitsmarkt zu vermitteln.

Die Berichte über ehrenamtliche Aktivitäten sind in den Jahren 2015 und vor allem 2016 geprägt von lokalen Porträts von Personen und Aktivitäten wie etwa die Einrichtung von Begegnungscafés (zum Beispiel Bewährung

³ Zur Wahrung der Persönlichkeitsrechte wurden alle in den untersuchten Artikeln genannten Personen für diese textliche Darstellung anonymisiert.

unter Hochbetrieb“, FLZ, 11.2.2016) oder die Organisation von Begegnungsfesten (zum Beispiel „Ein Begegnungsfest über Zaun und Grenzen“, FLZ, 25.4.2016), aber auch von Vernetzungsaktivitäten, Ehrungen, Weiterbildungen oder der Akquise neuer Ehrenamtlicher. Eine besondere Rolle spielen hierbei die Integrationskonferenzen im Landkreis sowie andere von den Behörden initiierte Austauschformate, da auf diesen die Erfahrungen und daraus resultierenden Forderungen seitens der Ehrenamtlichen auf der einen, und der Akteur*innen aus Politik und Verwaltung auf der anderen Seite direkt aufeinandertreffen. Auffällig ist dabei die Rolle der Ehrenamtlichen, so wie sie von Behördenvertreter*innen artikuliert wird: Während die Behörden die „Hardware“ in Form von Unterkunft und Grundfinanzierung stellten, wird die alltägliche Integrationsarbeit mit ihren vielfältigen Aufgaben durchweg als Aufgabe des Ehrenamtes adressiert. Dies wird beispielsweise deutlich in dem Bericht über ein Informationstreffen im Landratsamt („Sprache: Schlüssel für berufliche Zukunft“, FLZ, 22.06.2016), in dem „Vertreter des Jobcenters und des Sozialamtes über die Änderungen, die mit der Anerkennung auf Asylbewerber zukommen“, informierten und den gewünschten Beistand durch die Ehrenamtlichen wie folgt artikulierten:

Anforderungen, die mit neuen Ansprechpartnern, der Wohnungssuche, den Integrationskursen oder bei der Suche nach einem Ausbildungs- oder Arbeitsplatz auf die anerkannten Asylbewerber zukämen, seien für viele verwirrend und undurchschaubar. Ehrenamtliche könnten hier schon als Wegweiser zu den richtigen Ansprechpartnern hilfreiche Dienste leisten. (ebd.)

Dass es nicht nur bei einer reinen Wegweiserfunktion bleiben könnte, wird im Anschluss deutlich, als einer der anwesenden Ehrenamtlichen sich nach den Möglichkeiten einer Ausbildungsfinanzierung für Geflüchtete erkundigt. Der Behördenvertreter führt aus, dass es

...auf dem Weg in den Arbeitsmarkt (...) grundsätzlich viele Möglichkeiten [gibt]. Da es sich dabei stets um Einzelfallentscheidungen handelt, ist es wichtig, dass Ehrenamtliche sich mit ihren Schützlingen rechtzeitig im Vorfeld an das Jobcenter wenden. (ebd.)

Seitens der Ehrenamtlichen wird die karge Integrationsinfrastruktur im Landkreis und in den Gemeinden sowie die große Verantwortung, die auf ihren Schultern lastet, wahrgenommen und zunächst auch angenommen. Jedoch werden auch Forderungen nach der Weiterentwicklung hauptamtlicher Integrationsstrukturen laut, etwa in Form eines Integrationsmanagements bzw. von hauptamtlichen Ehrenamtskoordinator*innen. So wird in einem Gespräch zwischen einer Bürgermeisterin und einer Landtagsabgeordneten, von dem die Fränkische Landeszeitung am 4.2.2016 berichtet, Kritik an der fehlenden Ehrenamtskoordination im Landkreis laut. „Ich hoffe, dass auch der Landkreis Neustadt/Aisch-Bad Windsheim dann bald einen hauptamtlichen Ehrenamtskoordinator beschäftigt, nachdem er beim Pilotprojekt nicht berücksichtigt wurde“, so die Landtagsabgeordnete („Staat auf Distanz?“, FLZ, 4.2.2016).

Auch in den Jahren 2017 und 2018 bleibt die Frage der Bleibeperspektive in Verbindung mit Arbeitsmarktintegration virulent. Dabei werden immer stärker die verschiedenen Politikebenen und die variierende Implementierungspraxis des Arbeitsmarktzugangs für Geflüchtete ohne Aufenthaltsstatus zum Thema. Während eines Treffens von Arbeitsmarktakteur*innen und den zwölf Ausländerbehörden des Regierungsbezirks Mittelfranken zum Thema Arbeit/Ausbildung/Duldung („Auch während einer Lehre droht Flüchtlingen Abschiebung“, FLZ, 7.2.2017) wird Unzufriedenheit hinsichtlich der Ermessensspielräume der Behörden geäußert und die individuelle Unsicherheit bei Geflüchteten und Betrieben als Konsequenz von Behördenentscheidungen problematisiert. Dabei wird wiederum der humanitäre Migrationskontext mit den Erfordernissen des regionalen Arbeitsmarktes gekoppelt, um auf dieser Basis für eine großzügigere Bewilligungspraxis der Behörden zu plädieren:

Wie dringend Flüchtlinge als Lehrstellenbewerber gebraucht würden, unterstrich S.K.. 2016 seien im IHK-Bereich in Mittelfranken etwa 1.000 Lehrstellen unbesetzt geblieben. Rund 40 Prozent der betroffenen Betriebe hätten keine einzige Bewerbung erhalten. (ebd.)

Eine Recherche der FLZ, die am 18.12.2018 publiziert wurde, belegte die variierende Anerkennungspraxis in der Region. Während im Landkreis Neustadt/Aisch-Bad Windsheim im Jahr 2017 von 43 Anträgen auf Ausbildungsdundung in 17 Fällen die Ausbildung genehmigt wurde, waren im Landkreis Ansbach bei 27 Anträgen lediglich fünf genehmigt worden. Am restriktivsten verfuhr die Stadt Ansbach, wo von 75 Anträgen nur sieben genehmigt wurden.

Schließlich wurden die betroffenen Arbeitsmarktakteur*innen selbst tätig: Am 20.10.2017 berichtet die FLZ von einer Petition für die Erleichterung des Arbeitsmarktzugangs von Geflüchteten, die dem Bayerischen Landtag durch eine Abordnung aus dem Ort O. übergeben wurde: „Es gebe endlich genügend Arbeitskräfte auf dem Markt, doch der Staat behindere – entgegen seiner öffentlich geäußerten Absichtserklärung – deren Integration massiv.“ Ein Jahr später folgt eine Unternehmerresolution für einen Kurswechsel in der bayerischen Asylpolitik, angeschoben von einem Unternehmer aus dem Ort Wa., dem sich 90 weitere Unternehmen anschlossen (WHZ, 1.10.2018). Anlass war, dass einem seiner beiden Beschäftigten die Arbeitserlaubnis entzogen worden war, weil dieser nicht ausreichend an seiner Identitätsfeststellung mitarbeitete hatte. Der Initiator wird mit den Worten zitiert:

Gerade für die, die dem Staat nicht auf der Tasche liegen, die arbeiten wollen und können, die sich gut benehmen, nichts zuschulden kommen lassen und die Sprache beherrschen – gerade für die müssten doch Möglichkeiten und Perspektiven geschaffen werden. („Die Falschen müssen gehen“, FLZ, 26.7.2018)

Stattdessen habe er den Eindruck, es würden jene bleiben können, „die kriminell sind, nicht arbeiten wollen, aber wissen, wie man Sozialhilfe abgreift. Die bleiben uns jahrelang erhalten“ (ebd.). In der Unternehmerresolution wird eine Stichtagsregelung gefordert, nach der gut integrierte Asylsuchende, deren Asylantrag abgelehnt wurde, eine Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis erhalten können. Argumentiert wird mit dem „eklatanten“ Fachkräftemangel im Landkreis, in dem die Arbeitslosenquote im September 2018 bei 1,7 % lag.

Der Diskurs um die Rolle ehrenamtlicher Akteur*innen bei der Integration der Geflüchteten ist in den Jahren 2017 und 2018 – neben etlichen Berichten, die die herausragende Rolle der Ehrenamtlichen bei der Integrationsarbeit würdigen – geprägt von Erschöpfung, Protest, und Forderungen nach mehr hautamtlicher Unterstützung. So berichtet die Fränkische Landeszeitung am 21.11.2017 von einer Zusammenkunft von Akteur*innen der ehrenamtlichen Flüchtlingshilfe und dem SPD-Kreisverband, der sich „über die Probleme der Integration“ informiert („SPD informiert sich über die Probleme der Integration“, FLZ 21.11.2017). In der Rückschau auf die Aktivitäten des Unterstützerkreises seit dem Jahr 2015 resümiert eine der Ehrenamtlichen: „Damals seien noch sehr viele Helfer zusammengekommen, doch inzwischen habe sich deren Zahl reduziert, da viele Ehrenamtliche erschöpft seien und man kaum neue Freiwillige gewinnen könne“ (ebd.). Auch die mühevoll individuelle Begleitung in dem mehrgliedrigen Aufnahmeprozess wird thematisiert:

Es seien viele Behördengänge zu erledigen gewesen und stünden immer noch an. In den Ämtern durchliefen Flüchtlinge verschiedene Instanzen, und sobald Bezirk oder Landkreis nicht mehr zuständig seien, würden die Städte und Gemeinden in die Pflicht genommen. Somit liege es dann an den einzelnen Orten, den gestrandeten Flüchtlingen Perspektiven zu geben. (ebd.)

Die Ehrenamtlichen monieren mangelnde Vernetzung der Behörden und betonen, dass einzig durch den von ihnen erzeugten Druck eine Personalstelle für einen hauptamtlichen Bildungskordinator geschaffen wurde. Bereits im Februar 2017 wurde im Stadtrat des Ortes W. der Antrag eingebracht, einen städtischen Integrationsbeauftragten einzustellen, da auf Kreisebene kein entsprechender Ansprechpartner vorhanden war. „Integration passiert nicht, wir müssen jetzt lernen, damit umzugehen und begreifen, dass eine frühzeitige und umfassende Integration eine große Chance für die Stadt sein kann“, wird die Antragstellerin, die selbst ehrenamtlich in der Flüchtlingshilfe tätig ist, zitiert. „Die mit der Integration verbundenen Aufgaben seien von Ehrenamtlichen alleine nicht zu bewältigen.“ („Integration als „große Chance für die Stadt“, FLZ, 11.2.2017).

Aus der Reflexion der zurückliegenden Jahre schälen sich auch nach und nach neue Strukturen heraus. So wird ein „Ersthelferleitfaden“ entwickelt, um das gesammelte Wissen an neue Ehrenamtliche weiterzugeben („Handbuch mit viel Alltagsbezug“, FLZ, 10.3.2018), und auf Landkreisebene ein Integrationskonzept entwickelt, von dem „alle profitieren [sollen], die in der Integrationsarbeit aktiv sind.“ („Mit Leib und Seele für Integrationskonzept“, FLZ, 6.7.2018). Dabei lagen die Interessensschwerpunkte in der Erarbeitung vor allem beim Handlungsfeld „Arbeitsmarktintegration“, wo vor allem die Vernetzung von Akteur*innen gefördert und Zuständigkeiten klar festgelegt werden sollten. „Als dringend notwendig erachtete man, dass sich auf politischer Ebene etwas tut, damit auch die Wirtschaft von den Menschen mit Fluchthintergrund profitiere.“ Als weitere Schwerpunkte wurde der Bereich Bildung hervorgehoben, insbesondere „der Spracherwerb, aber auch die Anerkennung ausländischer Schul- und Berufsabschlüsse“ sowie „Aktive Elternbildung“. Schließlich wurde noch der Wohnungsmarkt als bedeutendes Handlungsfeld identifiziert, einerseits durch die allgemeine Wohnungsknappheit, aber auch wegen „mögliche[r] Vorurteile von Vermietern gegenüber ausländischen Mitbürgern“ (FLZ, 6.7.2018). Hinsichtlich der Offenheit der Bevölkerung wird auch in einem anderen Beitrag festgestellt, dass „es immer noch Berührungängste seitens einiger Einheimischer gebe. Zudem habe sich die Stimmung gewandelt. So manche Helfer müssten sich inzwischen rechtfertigen, weshalb sie Integrationsarbeit leisteten“, so eine Ehrenamtliche während der lokalen Integrationskonferenz in N. („Ehrenamtliche haben Unglaubliches gestemmt“, FLZ, 4.12.2018).

Zusammenfassend lässt sich für den Landkreis Neustadt/Aisch-Bad Windsheim festhalten, dass die Berichterstattung über die Aufnahme und Integration von Geflüchteten in einer starken Verschränkung der Themenfelder Arbeitsmarkt und Bildung stattfindet. Insgesamt ist zu beobachten, dass die Artikel zur Integration in den Arbeits- und Ausbildungsmarkt vorrangig aus der Perspektive der aufnehmenden Gesellschaft argumentieren, was sich unter anderem in den Einzelfalldarstellungen zeigt, in denen vorwiegend die Arbeitgeber und deren Aktivitäten in den Mittelpunkt gerückt werden. Die Integration von Geflüchteten wird als lohnendes Ziel in Bezug auf die Bedürfnisse des lokalen/regionalen Arbeitsmarktes gesehen. In diesem Kontext wird eine Vielzahl von arbeitsmarktrelevanten Schlüsselakteur*innen aktiv und erhebt zunehmend auch ihre Stimme gegenüber der verschiedenen politischen Handlungsebenen, denen sie Doppelzüngigkeit in der Asylpolitik unterstellen. Die Aktivitäten der Ehrenamtlichen werden ausgiebig in ihrer Vielfalt und regionalen Streuung und auch in der öffentlichen Wertschätzung dargestellt. Dennoch entsteht der Eindruck, dass die ehrenamtlichen Helferkreise nicht nur um eine Wahrnehmung ihrer eigenen Arbeit (und der teils mangelnden Unterstützung seitens Hauptamtlicher) kämpfen müssen, sondern auch um die öffentliche Wahrnehmung der umfassenden Bedürfnisse Geflüchteter im Eingliederungsprozess. Durch die starke Verkürzung des Gesamtdiskurses auf das Thema Ausbildung und Arbeitsmarkt wird somit der ganzheitliche Aspekt von Integration in den Hintergrund gedrängt.

4.2.2 Lokale Diskurse im Landkreis Regen

Der Korpus für den **Landkreis Regen** besteht aus 194 Artikeln der Passauer Neuen Presse (PNP) und hat deutliche Schwerpunkte bei den Codes „Integration“ (80), „Ehrenamt, Engagement“ (78), „Lokales Thema“ (71) sowie „Sprache, Bildung, Ausbildung“ (59). Aufgrund der starken Überdeckung der Kategorie „Integration“ mit den übrigen drei genannten Kategorien konzentriert sich die strukturelle Beschreibung zunächst auf die anderen drei Kategorien, die in chronologischer Reihenfolge aufgearbeitet werden. In der Zusammenfassung erfolgt dann eine abschließende Bewertung des Integrationsbegriffs.

Die Kategorie „Ehrenamt, Engagement“ ist mit 78 Codes die zweithäufigste Kategorie, mit einem deutlichen Berichtsschwerpunkt in den Jahren 2015 und 2016, in denen 72 % aller codierten Artikel veröffentlicht wurden. Die Berichterstattung des Jahres 2015 zeichnet die Entstehung ehrenamtlicher Helferstrukturen in der Region nach. Dabei profitieren neugegründete Helferkreise jeweils von den Erfahrungen bestehender Gruppen. In der Regel sind rund 20 Ehrenamtliche aktiv, Aktivitäten sind vor allem Sprachunterricht, Alltagsorientierung und

Freizeitaktivitäten, bei den die Begegnung mit Einheimischen im Vordergrund steht (zum Beispiel „Träger gesucht: Arbeitskreis Integration soll eine feste Institution werden“, PNP, 23.1.2015). Als Schlüsselakteur*innen stellen sich kirchliche Einrichtungen dar, wie die örtlichen christlichen Kirchengemeinden, die Gemeindepfarrer*innen, oder die Caritas als kirchliche Trägerin von sozialer Arbeit (zum Beispiel „Dekanatskonferenz zu Besuch im Asylbewerberheim“, PNP, 18.2.2015.) In den Berichten wird deutlich, dass die Ehrenamtlichen einen Spagat zwischen ihrem auf Nächstenliebe fußenden Integrationsverständnis und gesetzlichen Regelungen leisten müssen, und dass diese verantwortungsvolle Aufgabe meist in Abwesenheit von hauptamtlichen Akteur*innen geleistet wird. Beispielsweise berichtet die Passauer Neue Presse (17.4.2015) von einem Arbeitskreistreffen, bei dem vor allem das Schicksal von kosovo-albanischen Familien mit unsicherer Bleibeperspektive im Mittelpunkt stand. Man beriet über Teilhabe von Geflüchteten aus dem Kosovo, die vermutlich „bald wieder in ihre Heimat zurückgeführt werden“ und entschied, dass „sie nicht von den Aktivitäten des Arbeitskreises für Integration ausgenommen werden sollen.“ Das bedeutet für die ehrenamtlichen Helfer*innen, sich auch für die kosovo-albanischen Kinder um einen Zugang zur schulischen Bildung vor Ort zu kümmern. An dieser Stelle, wie auch an vielen anderen im gesamten Diskursmaterial, wird die große Verantwortung deutlich, die die Ehrenamtlichen gerade zu Beginn übernehmen, während hauptamtliche Akteur*innen nicht in den Arbeitskreis integriert sind. Die Tätigkeiten reichen von der Bemühung um die Anerkennung ausländischer Qualifikationen über die Schaffung von Arbeitsgelegenheiten und Praktikumsplätzen bis hin zur Beantragung von Arbeitsgenehmigungen.

Es wird über das gesamte Jahr 2015 viel über die ehrenamtlichen Tätigkeiten berichtet, und auch von ersten Erfolgen. Dabei steht Sprachunterricht und der Zugang zu Arbeit und Ausbildung im Mittelpunkt. Es zeigt sich die starke Rolle von lokalen Akteur*innen beim Zugang zu diesen Integrationsfeldern wie zum Beispiel E.S., Leiter des Caritas-Seniorenheims und Stadtrat in V., der nicht nur selbst in verschiedenen Gremien und Helferkreisen aktiv ist, sondern auch regelmäßig in der Zeitung für die ehrenamtliche Arbeit wirbt und zu Treffen einlädt. Die Berichterstattung weist auf die kollektive Einschätzung der Ehrenamtlichen hin, dass die meist jungen Geflüchteten bei guter Eingliederung willkommene Kräfte zur Milderung des Arbeitskräftemangels seien:

Einhellige Meinung herrschte bei den Arbeitskreismitgliedern darüber, dass für die motivierten und arbeitswilligen Asylbewerber wesentlich mehr Intensiv-Deutschkurse angeboten werden müssten. Nur das Beherrschen der deutschen Sprache sichere eine schnellere und bessere Integration der jungen Menschen, die wegen der Demographie [sic] und des damit verbundenen Arbeits- und Fachkräftemangels benötigt werden. („Leichter Zugang zu Praktikumsstellen gefordert“, PNP, 25.6.2015)

Der anhaltende Zugang von Asylsuchenden während des Jahres 2015 erfordert eine Expansion der Unterbringung auf weitere Gemeinden, für die wiederum um Ehrenamtliche geworben wird. So wird zum Beispiel am 10.9.2015 von der Ratssitzung in T. berichtet, wo ein Gasthaus für die Unterbringung von 50 Asylsuchenden vorgesehen ist („Neun Flüchtlinge kommen heute nach T.“, PNP, 10.9.2015). Der Markttrat berät über notwendige Unterstützung. Dabei tritt auch erstmals die Frage der Verantwortungsteilung in den Diskurs ein, die neben der lokalen Bevölkerung auch bei den Betreibern der Unterkunft und bei den Behörden (also auch bei der Gemeinde selbst) gesehen wird. So wird ein Stadtrat mit der Einlassung zitiert, es sei wichtig, „dass sich die Unterkunftsbetreiber auch um die Integration der Flüchtlinge kümmern und nicht nur das Finanzielle in der Unterbringung von Asylbewerbern sehen“. Seitens der Marktgemeinde selbst sei es „kaum möglich (...), jemanden direkt hierzu abzustellen. Allerdings wolle man eine Ansprechperson im Rathaus für die Asylbewerber bestimmen.“ Die Frage der Verantwortungsteilung bleibt unterschwellig im Diskurs bestehen, erreicht jedoch keine größere Wirkmächtigkeit. Im Gegenteil, wie ein Bericht vom 9.11.2015 zeigt, in dem ein Privatunternehmer zu Wort kommt, der im Landkreis mehrere Asylunterkünfte betreibt und dadurch unternehmerischen Gewinn erzielt. Eingeladen in den örtlichen Arbeitskreis der Ehrenamtlichen berichtet er von seinen Erfahrungen und zeigt sich bei dieser Gelegenheit „überaus dankbar für die Unterstützung durch die Ehrenamtlichen“, die dafür sorgen, dass seine Einrichtungen konfliktfrei betrieben werden können. Als „kleines Vergelt's Gott für den Einsatz

der vielen bereitwilligen Helfer“ stellt er die Vorführung des Kinofilms „Der Marsch“ – ein dystopischer Film aus den 1990er-Jahren über eine Massenflucht nach Europa im Kontext des Klimawandels – sowie eine „Brotzeit“ in Aussicht. Keiner der Anwesenden hinterfragt die Diskrepanz zwischen der lokalen Flüchtlingshilfe als Ehrenamt aus Nächstenliebe einerseits, und als gewinnerzielendes unternehmerisches Handeln andererseits. Stattdessen dankt der gastgebende Diakon dem Unternehmer für „das offene Gespräch und die recht gute Zusammenarbeit im früheren Hotel F. in M.“ („Christliche Herausforderung: Willkommenskultur für Asylbewerber schaffen“, PNP, 9.11.2015).

Auch im Jahr 2016 wird viel über die Aktivitäten der Helferkreise berichtet. Im Laufe des Jahres 2016 ist eine Ernüchterung der Ehrenamtlichen festzustellen, weil die Bedingungen des Helfens schwieriger werden angesichts des Wechsels von der Nothilfe zur langfristigen Integrationshilfe und der wachsenden Fluktuation in den Gemeinschaftsunterkünften („Integrationshelfer stoßen an Grenzen“, PNP, 14.1.2016). Die Zahl der Aktiven sinkt, und laufend müssen neue Ehrenamtliche akquiriert werden („Gesucht: Helfer für Flüchtlinge“, PNP, 15.1.2016.). Es wächst die Frustration über Misserfolge, die den gesetzlichen Regeln und dem behördlichen Handeln angelastet werden, mit einer Vielzahl von gesetzlichen Vorgaben, die „mehr hinderlich als förderlich seien“ („Arbeitskreis Asyl bilanziert: Integrationsarbeit mit Flüchtlingen wird zunehmend schwieriger“, PNP, 22.7.2016).

Auch der nachlassende Zuspruch der Geflüchteten führt zu Frustrationen. Hatten die Mitarbeiter bisher die drei Bereiche „materielle Unterstützung und Fahrdienste“, „Deutschunterricht“ und „sinnvolle Freizeitgestaltung“ angeboten, so wurde in letzter Zeit die wöchentliche Busfahrt zum Hallensport kaum mehr angenommen (ebd.).

Die Ursache wird in dem Vorherrschen von grundlegenden Sorgen, zum Beispiel über den Ausgang des Asylverfahrens, gesehen, die die Geflüchteten davon abhielten, sich an Freizeitaktivitäten zu beteiligen („Integrationshelfer tauschen Erfahrungen aus“, PNP, 26.3.2016). Doch auch das Voranschreiten der Asylverfahren verändere die Bedürfnislage: „Wer ein Bleiberecht bekommt, muss zum Job-Center gehen, sich eine private Wohnung und eine Arbeitsstelle suchen und dabei eine Flut von Anträgen ausfüllen“, sodass die „Asylbewerber keinen Kopf für Freizeitaktivitäten oder diverse Begegnungstreffen haben“. Angesichts dieser neuen Bedarfslagen „wird von den Helferkreisen immer öfter eine professionelle Unterstützung durch Hauptamtliche gefordert“ („Arbeitskreis Asyl zwischen Elan und Ernüchterung“, PNP, 10.2.2016, sh. auch „Auf der Suche nach Wohnungen“, PNP, 25.2.2016). Einer der strittigen Punkte sind die Residenzaufgaben für Asylsuchende und subsidiär Geschützte, die deren Mobilität im Landkreis und damit auch die Möglichkeiten, eine Arbeitsstelle zu finden, mindern. Dies betrifft laut Agentur für Arbeit 50 der zum Zeitpunkt der Berichterstattung laufenden 468 Asylverfahren. Der Arbeitskreis Integration beschließt daraufhin, eine Resolution zu verfassen, die auch die private Wohnsitznahme für Geflüchtete im Verfahren ermöglicht, welche eine Berufsausbildung beginnen. Diese Resolution soll „an das zuständige Ministerium weitergeleitet“ werden. Allerdings stellt sich die Frage des Wohnens im Anschluss an das Asylverfahren grundsätzlich als problematisch dar, was die Anzahl von „208 Fehlbelegern“ in den Asylunterkünften des Landkreises zeigt. („AK Integration. Arbeitende Flüchtlinge brauchen Wohnung“, PNP, 1.8.2016).

In den Jahren 2017 bis 2019 wird weniger über die Aktivitäten der Ehrenamtlichen berichtet. Dabei zieht sich die Problematik der nachlassenden Bereitschaft zum Engagement bei „Kontinuierliche[m] Wandel der Bedarfe“ (PNP 25.11.2017) durch die Berichterstattung. Gründe für das nachlassende Engagement sind – wie auch bereits im Jahr 2016 – „viele Frustrationen und Entmutigungen“ durch ihre Erfahrungen mit Ämtern und Behörden, von denen sich die Ehrenamtlichen nicht genügend „unterstützt oder wahrgenommen“ fühlten. Dazu kommt die Perspektivlosigkeit, von der viele ihrer Schützlinge betroffen seien („Soziale Kontakte für Flüchtlinge fördern“, PNP, 18.6.2018). Einigkeit herrscht unter den Helfer*innen darüber, „dass junge Menschen, die ins Land kommen, die deutsche Sprache lernen und eine Ausbildung oder Arbeit aufnehmen, ein dauerhaftes Bleiberecht bekommen müssen“ („Soziale Kontakte für Flüchtlinge fördern“, PNP, 18.6.2018.)

Verschiedene Helferkreise klagen über stark reduzierte Aktivenzahlen, sodass nur noch wenige Personen pro Heim verbleiben würden, die Sprachkurse anböten oder Geflüchtete individuell betreuten. Die Initiatoren der Helferkreise zeigen sich ratlos und wenden sich an die Landkreisbehörden. Daraufhin sichert die Landrätin „tatkraftige Unterstützung für die Zukunft [zu]. So will sie künftig kritische Entscheidungsfälle zur Chefsache machen und die Zusammenarbeit mit der Ausländerbehörde und dem Job-Center nach ihren Möglichkeiten fördern“ („Viersprachige Friedensbitte“, PNP, 23.1.2018). Schließlich wird eigens durch das Landratsamt über die Zeitung für die ehrenamtliche Mitarbeit in den Helferkreisen geworben („Landratsamt sucht Asyl-Helfer“, PNP, 15.5.2018). Doch die Zusammenarbeit wird zumindest aus Sicht der Ehrenamtlichen nicht besser. Sie fühlen sich nicht nur von den Behörden und den lokalen politischen Akteur*innen unzureichend unterstützt, sondern auch von der Öffentlichkeit. „Uns geht immer mehr die Luft aus“, wird eine Protagonistin des nur mehr fünf Personen umfassenden Helferkreises Bö. zitiert: „der Helferkreis ist empfindlich zusammengeschrumpft und sein Engagement für die Flüchtlinge wird von außen oft auch noch lächerlich gemacht“. („Helferkreis Asyl bemüht sich um bessere Telefonanlage in Mr.“, PNP, 21.7.2018). Lokaler Aufhänger für die Frustration ist die Weigerung des Gemeinderates, eine bessere Telefonanlage und ein WLAN-Netz für eine Gruppenunterkunft in der Ortschaft Mr. zu finanzieren. Obgleich die Ertüchtigung der Anlage mit vergleichsweise geringen Kosten verbunden sei, wurde sie abgelehnt. Offensichtlich habe der Gemeinderat die Bedeutung, die die Kontaktpflege zu Familienangehörigen in anderen Ländern bzw. die Erledigung von Alltagsgeschäften via Telefon und Internet für die Asylsuchenden hat, nicht realisiert. Zusätzlich irritiert zeigte sich der Arbeitskreis durch Äußerungen von bayerischen CSU-Politikern, die ihrer Ansicht nach nicht mit dem Gebot der christlichen Nächstenliebe vereinbar seien. Schließlich beschließt der Arbeitskreis, die Umrüstung selbst zu finanzieren, und es regt sich eine Haltung von „Jetzt erst recht“. Allerdings scheint es, dass durch die empfundene Missachtung der alltäglichen Unterstützungsarbeiten von Ehrenamtlichen bei der gleichzeitigen öffentlichen Wertschätzung in Form von Ehrungen etc. das Missverhältnis zwischen staatlichem Handlungsauftrag und bürgerschaftlichem Engagement bewusster wahrgenommen wird. Dass dies auch als Verhandlungsmasse in die Auseinandersetzung mit politischen und Verwaltungsakteur*innen eingebracht wird, dafür plädiert ein lokaler Integrationslotse. Er regt an, die Ehrenamtlichen sollten einmal ihren Zeitaufwand, ihre vielfältigen Aufgaben und die Zahl der begleiteten Personen aufschreiben, damit diese unverzichtbare Arbeit bei den verantwortlichen Stellen einmal mit klaren Fakten präsentiert werden könne („Helferkreis Asyl ist weiter sehr aktiv“, PNP, 10.10.2019).

Die Berichterstattung zu lokalen Themen, Ereignissen oder Akteur*innen ist vor allem im Jahr 2015 sehr stark (46 von 71 Berichten). Vielfach adressieren diese Artikel die Aktivitäten von Ehrenamtlichen oder verhandeln das Verständnis oder die Praktiken von Integration. Viele Berichte sind klassischer Lokaljournalismus, berichten von Ereignissen in einzelnen Orten im Zusammenhang mit der Unterbringung von Asylsuchenden bzw. von den Aktivitäten vor Ort oder besonderen Personen/Persönlichkeiten, die sich im Kontext der Integration hervorgetan haben. Auch Aufrufe zum weiteren Engagement von Ehrenamtlichen sind enthalten. Dabei werden der Arbeitskreis Integration in V. und sein zentraler Protagonist E.S. intensiv gewürdigt.

Im Jahr 2015 wird besonders stark die Unterbringung der Asylsuchenden thematisiert, meist im Zusammenhang mit der Neueröffnung von Notunterkünften, die in der Region häufig in Gasthäusern etabliert werden. So berichtet die Passauer Neue Presse im Kontext des Treffens des lokalen Arbeitskreises Integration von einem Gasthof in Ne., der bei laufendem Pensionsbetrieb als Gemeinschaftsunterkunft genutzt wird. Detailliert werden die demografischen Daten von 20 neu angekommenen kosovarischen Asylsuchenden referiert:

Bei den neuen Flüchtlingen handelt es sich um fünf Familien mit Kindern, Kleinkindern und einem erst im Februar neugeborenen Baby. Damit leben im ‚Ne.er Hof‘ derzeit 36 Asylbewerber, die sich trotz unterschiedlicher Herkunft und verschiedener Religionen sehr gut eingegliedert hätten, informiert die Gastwirtin, die als einen der Gründe für das gute Miteinander im Haus gegenseitigen Respekt und allgemeine Rücksichtnahme angab. Ein Pensionsgast hätte ihr bestätigt, dass es nicht spürbar sei, dass das Haus eine Asylunterkunft sei. („Integrationsbemühungen um Kosovo-Albaner, PNP, 17.4.2015).

Am 14.5.2015 folgt eine längere Reportage über den Ne.er Hof („Nicht alle Türen stehen offen“, PNP). Zu diesem Anlass verbringt der Reporter eine Nacht in der Unterkunft und vermittelt einen Eindruck vom Alltagsleben in der „Multi-Kulti-WG“, wie der Artikel sich ausdrückt. Es werden die Aufteilung und Bestückung der Zimmer und Gemeinschaftsküchen beschrieben sowie die Ordnungsmuster im Haus. Einzelne Asylsuchende werden mit Betonung auf phänotypische Merkmale vorgestellt, so zum Beispiel der Afghane Y., der als „mit Muskeln gepackt“ und mit einer „lauten, fröhlichen Stimme“ beschrieben wird. Seine „riesige Zahnlücke“ so erfährt der Leser, hat er „dem Schaftrücken einer Kalaschnikow“ zu „verdanken“: „Er weigerte sich, den Taliban das erarbeitete Geld aus seinem Elektroladen zu geben. Dann spuckte er Zähne – und floh nach Deutschland.“ Ebenso empathiefrei wird der Eritreer M. präsentiert, der gerade erschöpft von der Arbeit im städtischen Bauhof V. zurückgekommen ist, wo er für einen Euro pro Stunde arbeitet. „Vor seiner Flucht war er Lehrer. Die körperliche Belastung ist er nicht gewohnt.“

Die Beobachtung des alltäglichen Tuns der Asylsuchenden wird zum einen befremdet, zum anderen mit Respekt geschildert, jedoch stets aus einer Eigenperspektive, die auf Grundlage des eigenen Bewertungsmaßstabs heraus kulturelle Andersartigkeit tendenziell geringschätzig wahrnimmt. So wird beispielsweise eine Szene beim gemeinsamen Abendessen von fünf Eritreern geschildert:

Alle fünf beugen sich über eine weiße Plastikschüssel auf dem Küchentisch. Hühnerfleisch mit gekochten Eiern. Irgendeine rote Substanz, vermutlich Gewürze, sind darunter gemischt. In Deutschland würde man diese Speise im Restaurant wohl zurückgehen lassen. Da würde man allerdings auch nicht um 22.30 Uhr zu Abend essen – in Eritrea ganz normal. Es wird still am Tisch. Die Eritreer falten ihre Hände zusammen, schließen die Augen. Einer beginnt zu beten. Schnell. Sehr schnell. Es hört sich an, als würde er sich überschlagen. Die anderen wiederholen die Worte leise. Amen. Dann greifen alle fünf zum Löffel. Teller benutzen sie nicht, da das in ihrer Heimat nicht üblich ist. Würde jeder auf seinen Teller schauen, wäre das Gemeinschaftsgefühl gestört, erklärt M.. So leben sie auch beim Essen ein Stückchen Heimat aus. (PNP, 14.5.2015)

Insgesamt fällt der Artikel durch wenig Empathie oder Sensibilität für das Schicksal der Asylsuchenden auf. So wird zum Beispiel nach einer Schilderung des recht eintönigen Alltags der Asylsuchenden betont, dass sie für dieses „in unseren Augen durch und durch gewöhnliche Leben einen gefährlichen Weg auf sich genommen“ haben.

Neben der Kulturalisierung der Asylsuchenden mit starker Betonung auf körperliche Merkmale und Verhaltensweisen (Afghane Y. – muskulös, laute Stimme, Eritreer – essen ohne Teller, beten mit „sich überschlagender Stimme“, der Nigerianer N., der „ein breites Grinsen im Gesicht“ trägt) wird nicht nur in diesem Artikel eine Abstufung der verschiedenen Geflüchtetengruppen hinsichtlich ihrer Bleibeperspektive vorgenommen. Am schlechtesten schneiden dabei kosovarische Asylsuchende ab, die in dem vorgenannten Artikel als „Wirtschaftsflüchtlinge“ bezeichnet werden, deren Bemühungen des Deutschlernens folgendermaßen kommentiert werden: „Dass sie die Sprache jemals brauchen werden, ist unwahrscheinlich. Ihnen wird die Tür nach Deutschland wohl verschlossen bleiben.“ (ebd.)

Ein weiteres Beispiel für die journalistische Rahmung einer Neueröffnung ist der Artikel „Notaufnahmelager nimmt Betrieb auf“ vom 30.10.2015 (PNP). Sehr wohlwollend wird von der raschen Inbetriebnahme einer Notunterkunft in einer alten Gewerbehalle in der Gemeinde Ob. berichtet, die von einem lokalen Investor aufgekauft wurde und mit einer eigens gegründeten Firma – „Friend-Asyl e. K.“ – als Notunterkunft bewirtschaftet wird. Während der Unterkunftsbetreiber W. in diesem und anderen Artikeln in der Passauer Neuen Presse als Wohltäter dargestellt wird, verhält sich die Berichterstattung des Viechtacher Anzeigers wesentlich kritischer zu den Aktivitäten von „Friend-Asyl e. K.“. In einem Artikel vom 19.1.2016 wird eine Ratssitzung mitverfolgt, während der ein Bauantrag von W. zur nachträglichen Nutzungsänderung für die Asylunterkunft bewilligt werden muss. Die Ratsmitglieder kritisieren, dass der Unternehmer die Unterkunft ausschließlich in Abstimmung mit dem Landratsamt geplant habe, während der Stadtrat zu spät einbezogen und die Bevölkerung „vor vollendete Tatsachen“ gestellt wurde. So kritisiert ein Stadtrat:

Mir geht es nicht um die Nutzungsänderung an sich, die ist in Ordnung – auch rechtlich. Es geht aber um die Art und Weise, die moralische Vorgehensweise. Die Bevölkerung ist hier bei der Errichtung der Unterkunft vor vollendete Tatsachen gestellt worden, man hätte die Bürger besser miteinbeziehen und zum Beispiel zu einem Informationsgespräch einladen können. (VA, 19.1.2016)

Ein anderer Stadtrat legt Wert darauf, klarzustellen, „dass es sich bei ‚Friend-Asyl‘ seiner Ansicht nach nicht um eine soziale Einrichtung handle, „sondern um einen Geschäftsbetrieb“. In der Tat ist die „Friend-Asyl e. K.“ laut Handelsregistereintrag vom 24.11.2015 ein Unternehmen zu „Beratung und Service für Kommunen, Städte und Gemeinden in der Asylunterbringung sowie Equipment für Asyl- und Flüchtlingsheime.“

Auch in anderen Zeitungsartikeln des Viechtacher Anzeigers wird kritisch über das Geschäftsgebaren von W. berichtet, der aufgelassene Immobilien aufkauft, ohne sich gegenüber der Gemeinde zur weiteren Nutzung zu äußern. Gerade bei der Unterbringung von Asylsuchenden, so sind sich Ratsmitglieder einig, sollte das vorab mit den politisch Verantwortlichen geklärt und die Öffentlichkeit informiert werden. Das Beispiel „Friend-Asyl“ zeigt beispielhaft die Schwierigkeiten der Mehrebenen-Politik, wenn es um die Einbeziehung multipler Akteur*innen geht. Während die Kommune die Aufgabe der Flüchtlingsunterbringung im Gesamtzusammenhang ihres Aufgabenfeldes und in Abwägung mittel- und langfristiger Folgen betrachtet, stellt diese im Jahr 2015 rasch an Bedeutung zunehmende Aufgabe aus der Sicht privater Investoren lediglich eine neue Investitionsmöglichkeit dar, die rein aus einzelunternehmerischer Kosten-Nutzen-Perspektive gestaltet wird.

Die Berichterstattung des Jahres 2016 zu „lokalen Themen“ ist dann geprägt von Berichten zu Eingliederungserfolgen Geflüchteter sowie der Würdigung ehrenamtlicher Aktivitäten. Dabei stehen überwiegend die Ehrenamtlichen im Mittelpunkt, während Geflüchtete vor allem als Anschauungsbeispiele vorkommen (zum Beispiel „Asylbewerber kochen groß auf“, PNP, 2.1.2016; „Syrische Verstärkung für R.s A-Jugend“, PNP, 4.1.2016.; „Ich bin schon ein V.er“, 2.2.2016). So wird zum Beispiel in dem mit „Ich bin schon ein V.er“ betitelten Bericht über einen Themenabend bei den „IG-Frauen“ fast ausschließlich von den Erfahrungen mit der Flüchtlingssozialarbeit aus der Perspektive einer ehrenamtlichen Helferin berichtet (PNP, 2.2.2016). Ein Geflüchteter ist als Gast anwesend. Über seinen Beitrag erfahren die Leser*innen lediglich: „Y.I., der ebenfalls als Gast geladen war, sagte, dass er sehr froh sei, jetzt in V. leben zu können. Radikalisierende Tendenzen in seinem Heimatland hätten ihn zur Flucht gezwungen.“ In einem anderen Artikel wird aus Perspektive des Vereinsvorsitzenden über die „Syrische Verstärkung für R.s A-Jugend“ (PNP, 4.1.2016) berichtet. Der Artikel beschreibt als Entstehungsmoment dieser Vereinsverstärkung ein Freundschaftsspiel, das zwischen einer Mannschaft unbegleiteter minderjähriger Geflüchteter und der A-Jugend des FC R. ausgetragen wurde. Daraufhin hätten sich vier der geflüchteten Jugendlichen dem Verein angeschlossen und bereiten sich jetzt auf ihren Einsatz bei Punktspielen vor. Plan ist, sie für die Seniorenmannschaft aufzubauen. „Noch zu Saisonbeginn hatte der FC Probleme mit seiner A-Jugend. Fraglich war es, ob aufgrund des dünnen Kadern der Spielbetrieb aufrechterhalten werden kann“, meint der Vereinsvorsitzende und resümiert: „Die Jungs sind schon nach kurzer Zeit voll integriert und bei uns nicht mehr wegzudenken. Das war ein absoluter Glücksfall.“ (ebd.)

Die Berichte über die Aktivitäten von Integrationshelfer*innen portraituren die vielfältige Arbeit, die diese tun, und heben hervor, dass es nicht nur um die Vermittlung von Sprachkenntnissen oder die Hilfe in Behördenangelegenheiten gehe, sondern um die menschliche Begegnung. Diese sei für die Geflüchteten eine wichtige emotionale Stütze. Zudem wird durch die Worte der Ehrenamtlichen immer wieder die Bedeutung von gegenseitigem Kontakt hervorgehoben, wodurch Annäherungsprozesse in Gang kommen und Vorurteile abgebaut werden können. Zugleich wird die teilweise Zurückhaltung der Einheimischen kritisiert, die sich den Geflüchteten nicht zuwenden, was in den Augen der Ehrenamtlichen ein Integrationshindernis darstellt: „Wie sollen Asylbewerber deutsche Werte lernen, wenn sie ihnen keiner beibringt?“ wird zum Beispiel die „Integrationskämpferin“ M.V. zitiert (PNP, 8.4.2016). „Viele Einheimische besäßen einfach eine ‚Grundskepsis‘ gegenüber dem Unbekannten. Die lasse sich aber am besten durch Begegnung ablegen.“ Ähnlich werden die Worte einer anderen Flüchtlingshelferin wiedergegeben: „Wenn sich beide näher kommen, könne die Angst vor

dem Fremden weichen und ein friedliches Miteinander wachsen, im Großen wie im Kleinen“ („Ich bin schon ein V.er, PNP, 2.2.2016). (siehe auch: „Ein Netz knüpfen zwischen den Kulturen“, PNP, 20.5.2016).

Auch in den Jahren 2017 bis 2019 bleibt die Berichterstattung zu lokalen Themen bei dem eingenommenen Duktus, von Integrationserfolgen vor allem aus der Perspektive der ehrenamtlichen Integrationshelfer*innen zu berichten. Dabei haben Geflüchtete meist eher eine passive Rolle und sie kommen auch kaum direkt zu Wort. Integration wird überwiegend als eine von Einheimischen organisierte Aktivität dargestellt, der sich Geflüchtete unterordnen und anpassen. Die Anpassungserfolge werden positiv konnotiert. Geflüchtete werden dabei gezeigt, wie sie Hausregeln lernen, im Deutschunterricht Fortschritte machen oder Kulturveranstaltungen durch Speisen und Musikbeiträge bereichern. Die aktive Rolle liegt überwiegend bei den Einheimischen, vor allem bei den ehrenamtlich Aktiven. Eine rare Ausnahme ist der Bericht über ein partizipatives Fußballprojekt, bei dem Geflüchtete in alle Organisationsschritte aktiv einbezogen wurden („Integration beginnt am Fußballplatz“, PNP, 2.3.2018). Das Projekt, auf das sich dieser Artikel bezieht, entstand allerdings nicht in der Region, sondern ist ein bundesweites Straßenfußballprojekt; die Hauptorganisatoren stammen aus München.

Mehrfach werden auch Firmen porträtiert, die Geflüchtete in ihre Belegschaft eingegliedert haben („Vorbild bei Flüchtlings-Integration“, PNP, 9.12.2017; „Liberale loben Integration bei L.“, PNP, 6.8.2018). Auch in diesen Berichten wird Geflüchteten meist eine passive Rolle zugewiesen. Mehrere Reportagen beschäftigen sich jedoch auch mit den Integrationswegen einzelner Geflüchteter, die beispiel- und vorbildhaft dargelegt werden. So würdigt zum Beispiel der Beitrag „Dr. A.M. versteht sogar Bairisch“ (PNP, 10.9.2018) den raschen Integrationsprozess eines syrischen Arztes, der nach Sprachkurs, Berufsanerkennung und dem Ablegen eines weiteren Staatsexamens in einer Klinik der Region tätig ist und sogar den regionalen Dialekt versteht, den er als „größte Herausforderung“ bezeichnet. Der Beitrag hebt die vergleichsweise reibungslose Integration hervor, weist aber auch darauf hin, dass – angesichts des sich über zwei Jahre hinziehenden Integrationsweges – „selbst bei höchstem Engagement aller Beteiligten – vor allem aber des Arbeitsuchenden selbst – Geduld eine der Tugenden ist, die im Integrationsprozess besonders von Nöten ist“ (ebd.).

Die Berichterstattung zum Themenkomplex „Sprache, Bildung, Ausbildung“ ist vor allem in den Jahren 2015 und 2016 intensiv; 42 der 59 Beiträge stammen aus diesen beiden Jahren. Inhaltliche Schwerpunkte der Berichterstattung sind die Bedeutung des Spracherwerbs für die Integration von Geflüchteten, die Infrastrukturen für den Integrationsprozess sowie Erfahrungen, Erfolge und Schwierigkeiten. Viele Artikel konstatieren zunächst die Bedeutung des Spracherwerbs und stellen die verschiedenen Aktivitäten vor, um Geflüchtete an die deutsche Sprache heranzuführen. Dabei stehen ehrenamtliche Lehrkräfte von Anfang an im Mittelpunkt, denn es zeigt sich, dass die bereits existierenden und im weiteren Verlauf geschaffenen hauptamtlichen Strukturen (zum Beispiel Schule, VHS, BAMF-Sprachkurse) nicht ausreichen und zusätzliche Förderung notwendig ist. Der Artikel „Man spricht Deutsch“ (PNP, 5.5.2015) berichtet beispielsweise von einem Multiplikatorenprojekt, in dem Sprachpat*innen zur Unterstützung der schulischen Integration ausgebildet werden. Besonderheit in der konkreten Schule ist, dass hier nicht mit Sprachklassen gearbeitet wird, sondern durch Immersion, das heißt die sofortige Beteiligung am deutschsprachigen Schulunterricht. Die Reportage macht die Bedeutung der ehrenamtlichen Unterstützung angesichts des zu erwartenden Zustroms von Geflüchteten deutlich. Weitere Artikel aus dem Jahr 2015 berichten über den Aufbau einer Lehrbuchsammlung und mehrsprachiger Lernmaterialien für Geflüchtete in der örtlichen Bibliothek („Neu in der Bücherei: Man lehrt Deutsch“, PNP, 25.7.2015) sowie über die Akquise von ehrenamtlichen Sprachpat*innen, die eine große Resonanz erzeugt hat („Großes Interesse an Sprachpatenschaft für Flüchtlinge“, PNP, 1.10.2015).

Neben dem Bereich des strukturierten Spracherwerbs in Schulen und Kursen wird die Notwendigkeit der sprachlichen Verständigung aber auch als akutes Problem im Rahmen des Aufnahmeprozesses dargestellt („Kommunen schultern Flüchtlingsproblematik“, PNP, 19.9.2015). Viele Gemeinden machen die Erfahrung, dass eine Verständigung mit den Menschen, die nur selten Englisch sprechen, kaum möglich ist. Daher werden Übersetzer*innen gesucht und Strukturen für den Deutschunterricht aufgebaut. Einhellig ist die Meinung, dass

ohne diese Sprachkenntnisse keinerlei Integrationschancen bestehen. Eine Bürgermeisterin äußert ihren Unmut über die Aufgabenübertragung durch Bund und Länder: „Was sich Staat und Politik leisten, ist ungeheuerlich. Die kippen den Kommunen die Asylbewerber vor die Tür und das war es dann“ (ebd.). Wenngleich „Unterkunftsbetreiber und das Landratsamt für die Flüchtlinge in der dezentralen Anlage zuständig“ seien, könne man sich nicht auf deren Aktivitäten hinsichtlich einer raschen Integration verlassen. „Doch R.'s Meinung nach sollten die Neuankömmlinge schnellstmöglich unterrichtet werden, damit sie eine Chance auf einen Arbeitsplatz haben und nicht als Hartz IV-Empfänger enden“ (ebd.). Da „Ehrenamtliche“ diese Aufgabe „auf Dauer nicht bewerkstelligen“ könnten, wird die zitierte Bürgermeisterin selbst aktiv und organisiert Sprachkurse durch ausgebildete Integrationslehrerinnen in der Gemeinschaftsunterkunft. Zudem wurde ein in der Region lebender Syrer akquiriert, der seine Übersetzungsleistungen zur Verfügung stellt, um zwischen den Geflüchteten und der Gemeinde zu vermitteln (ebd.).

Auch in den Jahren 2016 und 2017 wird die Entwicklung von Bildungsstrukturen weiter thematisiert, zum Beispiel im frühkindlichen Bereich („Material zur Integration der kleinen Flüchtlinge“, PNP, 26.10.2016; „Integration beginnt im Kindergarten“, PNP, 2.12.2016) sowie im schulischen Bereich („Grünes Licht für weitere Integrationsklasse“, PNP, 13.3.2017) und auf dem Gebiet der hauptamtlichen Koordination („Sie verknüpft Angebote, damit Integration klappt“, PNP, 10.3.2017). Es wird deutlich, dass Sprache ein Querschnittsthema für alle Schritte der Integration ist, insbesondere auch für den Übergang in den örtlichen Arbeitsmarkt. So wird ein Heimleiter zitiert, der einige Geflüchtete als Arbeitskräfte im örtlichen Altenheim beschäftigt und ihnen zusätzliche Unterrichtsstunden anbietet: „Die Integration beginnt bei den harten Faktoren (...). Wer die deutsche Sprache nicht beherrscht und unser System nicht versteht, wird auf dem Arbeitsmarkt wenig Chancen haben“ („Integration gelingt nur über die Sprache“, PNP, 3.2.2017).

Für eine strukturierte Unterstützung der Arbeitsmarktintegration und Milderung von Integrationsschwierigkeiten werden in der Region etliche Förderprogramme etabliert, über die in der Passauer Neuen Presse mehrfach berichtet wird. So wird am 29.9.2015 das Programm „Integration durch Qualifizierung (IQ)“ vorgestellt, das die Arbeitsmarktintegration von Migrant*innen fördern soll. „Es geht vor allem um Anerkennungs-, Anpassungs-Qualifizierung und um berufliche Qualifizierung“, wird die IQ-Netzwerkmanagerin zitiert.

Migrantinnen und Migranten, die einen Schulabschluss, ein Studium oder eine Ausbildung, aber keine Zeugnisse nach Deutschland mitgebracht haben, sollen Kontakt zu Botschaften oder Stellen bekommen, die Qualifikationen anerkennen könnten. Für Jugendliche, die kein oder nur wenig Deutsch sprechen, aber einen Ausbildungsplatz suchen, werden Sprachkurse vermittelt. Wer eine bestimmte Weiterbildung für einen Beruf braucht, bekommt Unterstützung bei der Suche nach Seminaren oder eigens angebotene Workshops. (PNP, 20.9.2015).

Das Projekt wird als Win-Win-Situation dargestellt, da zugleich auch Unternehmer*innen unterstützt würden, „offene Stellen zu besetzen.“ In dem Bericht wird zudem an die Verantwortung der regionalen Unternehmen appelliert, sich der gesamtgesellschaftlichen Aufgabe der Integration zu stellen, indem sie Migrant*innen in ihre Unternehmen eingliederten:

Die Integration ist eine Aufgabe, bei der das ganze Land gefordert ist. Wir sollten aber zumindest im Kleinen in der Region versuchen, das Beste aus der Zuwanderungssituation zu machen, sie als Chance für den heimischen Arbeitsmarkt sehen und bereit sein, uns um junge, arbeitswillige Leute zu kümmern und sie zu qualifizieren. (PNP, 20.9.2015).

Auch das Projekt „Perspektiven im Arberland – PIA“ dient der Arbeitsmarktintegration von Migrant*innen, indem ein differenziertes Sprachkursangebot organisiert wird, das wahlweise die Alphabetisierung, einen regulären Sprachkurs oder Intensivkurse für Personen mit höherem Bildungsniveau vorsieht. Auch dieser Bericht enthält einen Verweis darauf, dass die Akteur*innen in Bezug auf die „berufliche Integration (...) vor einem langen schwierigen Weg (stehen) und (...) viel Geduld aufbringen (müssen)“. Dies wird mit einem Appell an die

regionalen Unternehmen verbunden: „Sie müssten mehr als früher in die Mitarbeiter investieren mit der Folge, dass der Faktor Mensch künftig auch mehr Geld kostet.“ („PIA als Einstieg in einen langen Weg“, PNP, 18.3.2016). Zudem wird auf die sich verschlechternde Arbeitsmarktlage in der Region hingewiesen, in der die „Zeiten mit tollen Zahlen vorbei“ seien, und klar gestellt, „dass die Arbeitsagentur die Ausländer-Maßnahmen aus einem Sondertopf mit Steuermitteln finanziere und den deutschen Arbeitslosen keinerlei Nachteile entstehen würden“ (ebd.).

Im Laufe des Jahres 2016 nimmt die Zahl der Asylanerkennungen zu, damit verändern sich auch Bedarfe, worauf die haupt- und ehrenamtlichen Akteur*innen reagieren. Hinsichtlich der Sprach- und Integrationskurse etabliert sich die Volkshochschule als zentrale Akteurin im Landkreis: „Es gibt die BA-Eingliederungskurse, die BAMF-Integrationskurse für anerkannte Flüchtlinge, die Alphabetisierungskurse, dazu die Sprachkurse für die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge (UMF), die die VHS zusammen mit der Berufsschule organisiert“ („Asylbewerber-Kurse verschaffen der vhs viel Arbeit – und gute Auslastung“, PNP, 16.4.2016). Da die Geflüchteten nach der Asylanerkennung aus der Gemeinschaftsunterkunft ausziehen müssen, betätigt sich die VHS zudem als „Wohnungsbörse“ für Geflüchtete, indem sie „zwischen Gemeinden [vermittelt], die wohnungssuchende Asylbewerber haben, und solchen, die Wohnraum zur Verfügung stellen können.“ (ebd.). Eine zusätzliche Schwierigkeit sei die Vorausplanung der Sprachkursbedarfe, da ein großer Anteil der Geflüchteten (rund 70 %) nach ihrer Asylanerkennung aus dem Landkreis fortzögen („Eingliederung: Theorie contra Praxis“, PNP, 21.1.2016). Einige Monate später zeigt sich, dass trotz der Wegzugsdynamik ein stetig steigender Bedarf nach Sprachkursen zu verzeichnen ist. Eine Vertreterin der VHS beziffert die Wartezeit im Landkreis Regen auf drei bis vier Monate („Was kommt vor dem Integrieren? Das lange Warten“, PNP, 24.9.2016). 140 Geflüchtete stünden auf der Warteliste, während 87 Personen zu diesem Zeitpunkt einen Kurs belegten.

Im weiteren Verlauf der Berichterstattung wird häufig der Übergang in das Berufsleben thematisiert. Vielfach stehen hier jüngere Geflüchtete im Mittelpunkt, die eine betriebliche Ausbildung beginnen. Dabei werden einerseits die Erfolge der jungen Geflüchteten aufgezeigt, andererseits die Schwierigkeiten bei der Suche nach Praktikumsplätzen und Arbeitsmöglichkeiten sowie in der Beachtung der geltenden Gesetze und Verfahren. Letzteres wird beispielsweise bei einem Treffen des Arbeitskreises Schule-Wirtschaft thematisiert. Etliche Mitglieder haben bereits Erfahrungen mit schwierigen bürokratischen Prozessen gemacht, während insgesamt positiv von der Einstellung junger Geflüchteter gesprochen wird. Der Arbeitskreis bemüht sich, Arbeitgeber*innen zu unterstützen und von der Machbarkeit der Beschäftigung von Geflüchteten zu überzeugen. Um geeignete Kandidat*innen zu finden, sollten die Unternehmen „direkten Kontakt zu den Betreuern in den Wohnheimen oder in der Berufsschule her(...)stellen und sechswöchige Praktika (...) vereinbaren“ („Gemeinsam zum Start ins Berufsleben“, PNP, 21.4.2016).

Unter den Erfolgsberichten findet sich am 30.7.2016 der Bericht vom erfolgreichen Abschluss des ersten Jahrgangs einer zweijährigen Berufsintegrations-Klasse von Geflüchteten. Alle 16 Absolvent*innen, so der Bericht, „haben ihren Abschluss geschafft und einen Ausbildungsplatz gefunden“ („Junge Flüchtlinge auf dem Sprung ins Berufsleben“, PNP, 30.7.2016). Ein weiterer Bericht vom 15.9.2016 porträtiert einen jungen Pakistani, der eine Ausbildung als Koch absolviert („Für A. geht ein Traum in Erfüllung“, PNP, 15.9.2016). Zunächst arbeitete er als Praktikant in dem Hotelbetrieb, im Anschluss wurde ihm der Ausbildungsplatz angeboten. In dem Bericht kommt sowohl der Auszubildende zu Wort („Hier zu sein ist für mich etwas ganz Besonderes. Das Kochen macht großen Spaß und die Kollegen sind alle nett – und so lustig!“), als auch der Arbeitgeber, der sich verwundert zeigt, „dass nicht jeder Arbeitgeber Asylbewerbern offen gegenübersteht“ (ebd.).

Die Gastronomie ist eine internationale Branche. Da ist Aufgeschlossenheit noch nicht einmal politisch motiviert. Ich war selbst eine ganze Weile im Ausland – quasi als Ausländer unter Ausländern. Jeder, der lernwillig ist, sich die Ärmel hochkrempelt und mit einem Lachen auf Menschen zugeht, ist willkommen. Menschen wie A. können wir immer gebrauchen (ebd.).

Ähnlich äußert sich ein weiterer Unternehmer, der einen jungen Syrer in seinem Handwerksbetrieb beschäftigt und mit diesem sehr positive Erfahrungen gemacht hat. Nachdem sein Betrieb im Jahr zuvor „keine einzige Bewerbung“ für einen Ausbildungsplatz erhalten habe, sei die „Beschäftigung von Flüchtlingen (...) ein guter Weg“, den Fachkräftemangel „auszugleichen“ (Vorbild bei Flüchtlings-Integration“, PNP, 9.12.2017).

Grundsätzlich wird in den Berichten zum Thema „Sprache, Bildung, Ausbildung“ auf den langen und mühevollen Weg hingewiesen, den Geflüchtete vor sich haben, und bei dem sie Unterstützung benötigen. Zugleich wird auf den Fachkräftemangel bei Ausbildungsberufen in der Region verwiesen, sodass Unternehmen die zusätzlichen Mühen der Integration auf sich nehmen sollten, um ihre „Not“ zu lindern, denn „Viele suchen verzweifelt Mitarbeiter“. („Arbeit – ein ganz wertvoller Integrationshelfer“, PNP, 19.9.2018).

Zusammenfassend bildet die lokale Diskurslandschaft im Landkreis Regen sowohl die zeitliche Dynamik als auch die unterschiedlichen Etappen im Prozess des Ankommens ab, die sich in den wechselnden Schwerpunkten der Berichterstattung von der lokalen Aufnahme, dem Vermitteln von Deutschkenntnissen, Bildungs- und Ausbildungswegen bis hin zu einer möglichen Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten zieht. Die zentrale Funktion des Ehrenamtes ist dabei stets präsent. Die Berichte zeichnen die lokalen und regionalen Diskurse nach, die zwischen den Bedürfnissen der Geflüchteten (zum Beispiel nach einer Wohnung, Aufenthaltssicherheit, Selbständigkeit) und jenen der lokalen Bevölkerung und der Region (vor allem Fachkräftesicherung) hin- und hergehen und auch die strukturellen Bedingungen (zum Beispiel Wohnen, Mobilität, Bildungsinfrastruktur) diskutieren. „Integration“ wird überwiegend in den Dimensionen Wohnen, Bildung, Arbeit, Sprache thematisiert, aber auch die sozialen Dimensionen der Begegnung und des Aufbaus und Austauschs von sozialem Kapital werden – meist implizit, manchmal aber auch explizit – in den lokalen Diskurs integriert.

In der Art und Weise der Berichterstattung fallen häufig eine derbe Artikulation und eine mangelnde Sensibilität gegenüber Stereotypisierungen und Alltagsrassismen auf. Dies mag teilweise ein Effekt der Verschriftlichung von dialektaler Sprache sein, teilweise aber auch das kollektive Selbstverständnis des „Eigenen“ in der Auseinandersetzung mit dem „Fremden“ widerspiegeln, welches durch die Lokalzeitung ohne reflektierende Passagen reproduziert wird. Gerade in der Anfangsphase der Flüchtlingsaufnahme offenbart sich ein stark kulturalisierender „ethnic gaze“ auf die Geflüchteten sowie eine kulturalisierende und stereotype Beschreibung von „andersartigen“ Verhaltensweisen (vgl. „Nicht alle Türen stehen offen“, PNP, 14.5.2015). Praktiken geringer Sensibilität werden unreflektiert abgebildet. Dies zeigt sich in der unkommentierten Übernahme von fragwürdigen Bezeichnungen in Bezug auf Flucht und Geflüchtete, wie zum Beispiel die „Asylothek“ für ein asylorientiertes Bibliotheksangebot (PNP, 2.4.2016), die vollkommen unkritische Betrachtung des Unternehmensgebahrens von „Friend-Asyl“ (PNP, 9.11.2015) oder die wortgetreue Übernahme des Begriffs „Asylanten“, der mindestens seit den 1980er-Jahren als Schimpfwort gilt, aus dem Zitat eines Gesprächspartners (PNP, 18.3.2016).

Doch nicht nur die Berichtersteller sind im Kontext von Fluchtmigration kaum sensibilisiert, auch die Praktiken, über die sie berichten, sind es nicht. Dies zeigt sich beispielsweise beim Bericht über eine interkulturelle Adventsfeier, für die die Caritas „40 Liter Gulaschsuppe“ spendiert hat (PNP, 14.12.2017), ohne dass seitens der Veranstalter oder der Berichtersteller realisiert wird, dass dieses Speisenangebot für die Teilnehmer*innen muslimischen Glaubens wohl nicht infrage kommt.

Was hinsichtlich der berichteten Praktiken zudem auffällt, ist eine vielfach stark paternalistische Auffassung des Umgangs mit den „Fremden“, für die bestimmte Lebenswege vorgezeichnet werden, die der eigenen biografischen Erfahrung entspringen, und als deren Erfolgsbasis die eigenen Sozialisationsmuster wie zum Beispiel die „deutsche Genauigkeit“ (PNP, 9.3.2017) angenommen werden. So wird in einem Bericht über den Besuch des Landrats in einer Unterkunft für junge unbegleitete Geflüchtete berichtet, „die jungen Burschen [sollen] zunächst Deutsch lernen, danach ist daran gedacht, dass sie eine Berufsausbildung machen“ („Junge Flüchtlinge: von Afghanistan nach W.“, PNP, 22.1.2015). Auch die Passivierung und Verkleinerung von Geflüchteten zieht sich als Muster durch die Berichterstattung. Wenn Geflüchtete (als Gruppe oder Individuen)

Thema der Berichterstattung sind, erfolgt die Betrachtung meist aus einer Außenperspektive, die Geflüchteten selbst werden von den Journalist*innen nicht als Interaktionspartner*innen wahrgenommen. Die Darstellung derer Eigenperspektive beschränkt sich auf die Beschreibung von Gesten und Gesichtsausdrücken („breites Grinsen“, PNP, 14.5.2015) bzw. kurzer Antworten auf recht basale Reporterfragen (vgl. „Für A. geht ein Traum in Erfüllung“, PNP, 15.9.2016). Die subalterne Stellung von Geflüchteten in Bezug auf Vertreter*innen der Ankunftsgesellschaft wird in der Berichterstattung verstärkt, wenn die Beziehungen zwischen Flüchtlingshelfer*innen und Geflüchteten einer Eltern-Kind-Beziehung gleichgestellt wird, in der Geflüchtete die Ehrenamtlichen als „Mama“ oder „Papa“ titulieren (PNP, 9.3.2017).

4.2.3 Lokale Diskurse im Landkreis Waldeck-Frankenberg

Der Korpus für den Landkreis Waldeck-Frankenberg, bestehend aus 19 Artikeln der Waldeckischen Landeszeitung (WLZ), geht besonders intensiv auf die Themen Integration, Ehrenamt und Bildung ein, wobei zumeist gelingende Integration verhandelt wird. In vielen Einzelbeispielen werden das Wirken von Ehrenamtlichen und ihr großer Beitrag in der Integrationsarbeit hervorgehoben; Integration wird dabei vor allem als „soziale Teilhabe“ gerahmt. Es kommen alle relevanten Akteursgruppen zu Wort: Politiker*innen, Ehrenamtliche, Geflüchtete und die lokale Bevölkerung. So bezieht sich zum Beispiel der Autor eines Leserbriefs anhand eigener Anschauungsbeispiele auf frühere Integrationserfahrungen mit Russlanddeutschen und Türk*innen und appelliert, Anstrengungen zu unternehmen, unter anderem durch finanzielle Umschichtungen des Bundeshaushalts, damit „Integration funktioniert“ (WLZ, 31.10.2015). Unter der Überschrift „Wie soll Di. künftig funktionieren“ (WLZ, 16.1.2017) wird von einer Bürgerwerkstatt zur Zukunft des Ortes berichtet. Auf einer kompletten Zeitungsseite finden sich mehreren Reportagen aus der Zukunftswerkstatt, in der das Thema Integration von großer Bedeutung war. Zuwanderung wird als demografisches Zukunftskonzept gerahmt, ohne die keine weitere Entwicklung möglich ist. Vor diesem Hintergrund wird auf die Bedeutung von Integrations- und Willkommensarbeit hingewiesen. In einem Expertenvortrag werden die Teilnehmenden für Vorurteile und Stammtischparolen sensibilisiert („Gegen Vorurteile helfen Fakten“). Ein weiterer Beitrag thematisiert die vergangenen Erfahrungen mit der Annäherung an die türkischen Gastarbeiter*innen und weist resümierend auf die Bedeutung des direkten sozialen Kontakts für den Integrationsprozess hin. In dem Beitrag „Viele Hürden für Integration“ (WLZ, 1.3.2019) berichtet der Flüchtlingsverein VIA von seiner Arbeit. Der Tenor des Berichts liegt auf den Anstrengungen der Geflüchteten und der Ehrenamtlichen. Aktive, die in dem Beitrag zu Wort kommen, positionieren sich gegen populistische Parolen und üben Kritik an fehlenden oder unzureichenden politischen Maßnahmen, zum Beispiel hinsichtlich Ausbildungsduldung, Familienzusammenführung etc. Drei Beiträge zeigen, dass Integration durch Sport gelingen kann; dabei werden die Aktivitäten einzelner Sportvereine für Geflüchtete sowie von einer Sportler-Ehrung berichtet, bei der auch ein junger Afghane wegen seiner herausragenden sportlichen Erfolge geehrt wurde (WLZ, 13.11.2015; 24.12.2016; 16.1.2017). In dem Beitrag „Gelingt Integration im Landkreis?“ (WLZ, 4.11.2019) wird von einer Podiumsdiskussion anlässlich einer Anti-Rassismus-Woche berichtet, auf der Ehrenamtliche und Geflüchtete über den Stand der Integration diskutieren. In dem Bericht werden dabei vor allem die teils widrigen Rahmenbedingungen der Geflüchteten und ihre großen Anstrengungen, das große Engagement der Ehrenamtlichen und die Bedeutung einer aufnahmebereiten Haltung der Aufnahmegesellschaft für das Gelingen von Integration hervorgehoben.

Insgesamt zeigt sich in den Beiträgen die einhellige Positionierung hin zu einem teilhabeorientierten Integrationsbegriff. Für den Integrationsprozess werden die Gewährung von Teilhabechancen sowie die zwischenmenschliche Begegnung und Vorurteilsfreiheit als wesentliche Elemente hervorgehoben.

4.2.4 Lokale Diskurse im Landkreis Werra-Meißner-Kreis

Der Korpus für den Werra-Meißner-Kreis, bestehend aus 88 Artikeln der Werra Rundschau (WR), hat besonders intensive Bezüge zu den Codes „Ehrenamt“, „Begegnung“, „Lokales Thema“, „Integration (durch Sport)“ sowie „Bildung“.

Es gibt sehr viel positive Berichterstattung, zum Beispiel Aussagen zur Willkommenskultur als Haltung und Praxis – wobei stets zentrale Akteur*innen wie Bürgermeister*innen zitiert werden –, Berichte von ehrenamtlichen Aktivitäten vor Ort, Berichte über Aktivitäten und Erfolge einzelner Geflüchteter (Engagement für die Gemeinde, Beteiligung an Bildungsprojekten, erfolgreiches Absolvieren einer Ausbildung), Berichte über Ehrungen für Ehrenamtliche und Spenden für die Flüchtlingshilfe sowie Berichte über die erfolgreiche Akquise von Fördergeldern für größere (Bildungsprogramm) und kleinere (Fußballtrikots) Projekte. Die vielen verschiedenen Akteur*innen, die in diesen Berichten Erwähnung finden, verstärken den Eindruck, dass die Integrationsarbeit als gemeinsame solidarische Aufgabe betrachtet wird. Der Vereinssport wird in der Rolle des Integrationsmotors dargestellt (zum Beispiel „Sport ist die treibende Kraft“ WR, 8.2.2017). Insgesamt wird sehr konkret und sehr viel über die gelingende Integration von Geflüchteten in Sportvereine berichtet; die Geflüchteten werden als engagiert und lernbereit dargestellt; in zwei Artikel wird darauf hingewiesen, dass nun auch geflüchtete Frauen zum Sporttreiben bewegt wurden (Beteiligung am Schwimmunterricht; Fußball ohne Kopftuch). Hinsichtlich der Bildsprache fallen viele Gruppenbilder auf, auf denen Geflüchtete und Einheimische in großer Eintracht gezeigt werden. Daneben gibt es Einzelporträts, die Berichte über einzelne Geflüchtete illustrieren, häufig im Zusammenhang mit Erfolgen im Bereich Bildung und Ausbildung (zum Beispiel „Demokratie ist etwas wertvolles“, WZ, 9.3.2017; „Traumberuf ein Stück näher“, WZ, 23.5.2017; „Integration durch Ausbildung“, WZ, 6.6.2018). Damit werden Geflüchtete re-individualisiert, nachdem sie gerade in der überregionalen Berichterstattung des Jahres 2015 auch in der Bildsprache eher als anonyme Masse ohne (positive) Eigenschaften dargestellt wurden. Nach Erkenntnissen der Sozialpsychologie entspricht diese Form der Berichterstattung einer empfohlenen Maßnahme zum Abbau von Vorurteilen, der Dekategorisierung: Indem die Einzigartigkeit von Mitgliedern der „Fremdgruppe“ betont wird, werden die Salienz der Intergruppengrenzen verringert und Annäherungsprozesse erleichtert (vgl. Spears und Tausch 2014: 553).

In der chronologischen Abfolge stellt sich das Jahr 2015 als das Jahr der großen Ankunft dar. In der Berichterstattung dominieren die Ankunft der Geflüchteten und die Vorbereitung darauf. Es wird über Informationsveranstaltungen berichtet, über Formen der Unterbringung, Spendenaktionen, die große Hilfsbereitschaft der Bevölkerung, verbunden mit Appellen zur Beibehaltung des großen Engagements. Dabei werden vor allem politische Akteur*innen wie der Landrat / die Landrätin, Bürgermeister*innen oder Stadträt*innen zitiert. Diese heben in ihren Statements die Bedeutung eines positiven Aufnahmeklimas als gemeinsame Aufgabe hervor, konstatieren die Existenz einer starken Willkommenskultur im Landkreis und betonen die gute Vernetzung haupt- und ehrenamtlicher Akteur*innen. So berichtet der Artikel „Gemeinschaft ist gefragt“ (WR, 3.3.2015) von der Vorbereitung einer Gemeinschaftsunterkunft für Asylsuchende im Ort G.. Der Landkreis habe vorbereitend „eine umfangreiche Informationspolitik betrieben“, „um das künftige Zusammenleben zwischen den Asylbewerbern und der G.er Ortsgemeinschaft möglichst reibungslos zu gestalten“: „Wir stehen nicht nur in engem Kontakt zu Bürgermeister F., sondern auch zu den Schlüsselpersonen der Dorfgemeinschaft“, wird eine Mitarbeiterin auf Kreisebene zitiert. Der Bürgermeister der Gemeinde betont die Bedeutung von gemeinschaftlichen Integrationsanstrengungen („Soll die Integration in eine dörfliche Gemeinschaft gelingen, sind viele gefragt. Das funktioniert nur gemeinsam.“) und hebt entsprechende Bemühungen des ehrenamtlichen Engagements in anderen Gemeinden als best practice-Beispiele hervor (ebd.).

Einige Wochen später (13.4.2015) berichtet die Zeitung von einem Ortstermin des Landrates in G., der ebenfalls die Bedeutung einer Willkommensatmosphäre für den Integrationsprozess hervorhebt: „Platz für Hass und Diskriminierung von Flüchtlingen darf es nicht geben“, so wird der Landrat mit seiner zentralen Zielsetzung für den Landkreis zitiert. In einem weiteren Zeitungsbericht vom 21.4.2015 konstatiert der Landrat die starke

Akzeptanz in der Bevölkerung und verbindet dies mit einer guten Informationsstrategie und Debattenkultur vor Ort: „Es sei immer eine Frage, wie gut die Menschen vor Ort informiert würden und wie der allgemeine Umgang in der Gemeinde mit dem Thema sei.“ (WR, 21.4.2015). Auch während einer Magistratssitzung der Stadt E. wird in Bezug auf die Aufnahme von 145 Asylsuchenden von einer „positiven Willkommenskultur“ vor Ort berichtet (WR, 6.4.2015).

Am 12. und 14. November 2015 widmet sich jeweils eine komplette Zeitungsseite dem Thema Flüchtlingsaufnahme. Es finden sich Berichte über Integrationsprojekte und die Arbeit von Ehrenamtlichen, verbunden mit Aufrufen an potenzielle Ehrenamtliche, sich zu beteiligen. Zudem gibt es einen großen Frage/Antwort-Teil zu Flucht und Asyl und es werden auch Lesermeinungen abgedruckt.

Auffällig ist die Vielzahl der lokalen Ereignisse, in denen Geflüchtete und das Thema der Integration durch Begegnung in den Mittelpunkt gerückt werden. Diese Form der Berichterstattung fördert eine ganzheitliche Auseinandersetzung mit der Thematik und spricht teilweise auch die emotionalen Rezeptoren der Leser*innen an. Dies zeigt zum Beispiel eine Reportage vom 24.11.2016, die von einer Fotoausstellung in A. berichtet. Unter dem Titel „Menschen wie du und ich.“ haben Geflüchtete Fotos ihrer alten und neuen Heimat gegenübergestellt. Die Reportage betont den nachempfundenen Schmerz über den Verlust der alten Heimat und die bemerkenswerte Offenheit der Geflüchteten bei der Präsentation ihres neuen Alltags im Bild. „Ein höchst integratives Projekt, dass [sic] auch Vertrauen voraussetzt“ wird die Leiterin des Familienzentrums E. zitiert. Damit wird für die Leser*innen auch eine gedankliche Brücke zu der Bedeutung von Willkommensstrukturen geschlagen, ohne die eine Öffnung der Neuankommenden gegenüber der lokalen Bevölkerung nicht möglich ist.

Der Integrationsbegriff wird auffallend oft in einen konkreten lokalen oder regionalen Kontext gestellt, indem „Kompetenzen“ der Region in Beziehung zu der nun anstehenden Aufgabe der Flüchtlingsintegration gesetzt werden und daraus eine Win-Win-Situation konstruiert wird. Dies zeigt sich zum Beispiel in dem Bericht „Integration ab dem ersten Tag“, in dem der neue Masterplan Integration des Landkreises mit seinen Schwerpunkten Arbeit und Bildung thematisiert wird. Im Interview kommt eine lokale Akteurin aus der Stadt E. zu Wort, die zu Problemen und Erfolgen mit der Integration von Geflüchteten vor Ort befragt wird. Sie rahmt ihre Antworten mit Erfahrungen aus einem Ortstermin bei einem best practice-Beispiel in Süditalien. Unter anderem wird die Nachhaltigkeit einer frühzeitigen Integration angesprochen und auf positive demografische Effekte für die Region hingewiesen:

Auch hier in der Region gibt es hohen Leerstand, die Bevölkerung schrumpft und ist insgesamt zu alt. Und es gibt auch hier ganz viele Menschen, die bereit sind, sich zu engagieren. Die muss man zusammenbringen. Denn das Begreifen, wie die Gesellschaft hier funktioniert auf der einen Seite und das Kennenlernen einer ganz anderen Kultur auf der anderen geht nur in 1:1-Begegnungen. (WR, 4.7.2016)

Ein anderes Beispiel ist der Bericht von einem interkulturellen Begegnungsabend in der Gemeinde S. („Gelungene Integration. Große Resonanz: 300 Gäste besuchen den ‚Abend der Begegnung‘ in S.“, WR, 6.3.2016), in der die Integrationskompetenz des Ortes hervorgehoben wird, resultierend aus seiner wirtschaftlichen Geschichte und seiner Migrationsgeschichte: „S. hat eine wechselhafte Geschichte durch den Bergbau, wodurch sich die Stadt schon vor Ankunft der Spätaussiedler offen präsentierte und viele Menschen erfolgreich integrierte“, wird ein lokaler Akteur zitiert und damit die bereits absolvierten Integrationen als Blaupause für die nun anstehende Aufgabe der Geflüchtetenintegration präsentiert (ebd.). Ebenfalls mit eindeutigem Bezug zu lokal/regionalen Gegebenheiten berichtet der Beitrag „Fachwerk dient Integration“ (WR, 26.10.2019) über Ausbildungseinheiten im Bereich Fachwerk im Rahmen der regionalen „Fachwerk-Triennale“ in E.. Der Bürgermeister betont die Bedeutung dieses Handwerks für die regionale Identität. „Handwerk und Fachwerk prägen das Bild und die Identität dieser Region, die für Geflüchtete ihre neue Heimat werden könnte“ (ebd.). Der Bericht schlägt die Brücke hin zur demografischen Entwicklung und zum Fachkräftebedarf in diesem Handwerk, sodass sich durch

die Integration von Geflüchteten eine Win-Win-Situation ergeben könnte. Die Integration von Zugewanderten wird damit direkt als ein Konzept zur Stabilisierung der demografischen Situation in der Region konnotiert.

Ein weiterer interessanter Aspekt der Berichterstattung im Werra-Meißner-Kreis ist die Art und Weise, in der politische Diskurse und Diskursereignisse im Kontext der Flüchtlingsaufnahme in der lokalen Presse verhandelt werden. So berichtet zum Beispiel die Ausgabe vom 28.8.2015 von einer Mahnwache gegen Rassismus in der Gemeinde Wi. als Reaktion auf die rassistische Beleidigung von Geflüchteten während eines Erntefestes. Die Organisator*innen der Mahnwache kommen mit einem Appell nach einer aktiven Haltung gegen Rassismus zu Wort, der auch das unmittelbare Eingreifen im Falle eines rassistischen Übergriffs beinhaltet. „Dabei reichen oft schon kleine Gesten. Zum Beispiel andere zur Mithilfe aufzufordern oder aufzustehen und den Tätern so zu signalisieren, dass sie beobachtet werden“. Der Artikel berichtet abschließend von der großen Resonanz, die die Mahnwache unter der Wi.er Bevölkerung fand.

Ein von außen hereingetragenes Diskursereignis verändert den Schwerpunkt der Berichterstattung im Sommer 2016: Am 18.7.2016 verübt ein Asylsuchender ein Attentat in einem Regionalzug bei Würzburg und verletzt mehrere Mitreisende lebensgefährlich. Wenige Tage später, am 24.7.2016, verübt ein Asylsuchender ein Bombenattentat in Ansbach, bei dem 15 Menschen verletzt werden. Diese beiden individuellen Taten, bei denen die Täter Bezug zur Terrororganisation Islamischer Staat nehmen, werden auch im Werra-Meißner-Kreis wahrgenommen und führen zu Beunruhigung. Bereits am 29.7.2016 wird der Kreissprecher zu Radikalisierungstendenzen von Geflüchteten im Landkreis interviewt. Unter dem Titel „Integration ist der beste Schutz“ gibt er seine Einschätzung ab, dass es derzeit keine Radikalisierungstendenzen gäbe und dass Maßnahmen zur Eingliederung der Geflüchteten und die enge Betreuung durch Ehrenamtliche die beste Maßnahme gegen Radikalisierungstendenzen seien. Unter diesem Bericht ist ein Offener Brief von Flüchtlingen aus Wi. abgedruckt, die sich gegen Gewalt aussprechen, den Islam als eine friedvolle Religion darstellen und sich von den Terroranschlägen distanzieren. Der Brief betont das gemeinsame Streben für eine friedvolle Zukunft „Wir wollen mithelfen, hier [in] Deutschland Frieden, Freiheit und Demokratie zu bewahren und gemeinsam mit euch für eine friedliche Zukunft [zu] arbeiten“ (ebd.).

Zusammenfassend lässt sich für den Werra-Meißner Kreis festhalten, dass die lokale Berichterstattung die Flüchtlingsaufnahme als kollektive Aufgabe rahmt. Dabei fokussiert die Berichterstattung auf lokale Ereignisse und Akteur*innen, wobei Geflüchtete nicht passiviert werden, sondern oft als Akteur*innen zu Wort kommen, auch in Form politischer Partizipation. Die diskursive Rahmung des Themas „Geflüchtetenintegration“ enthält zwei Aspekte: zum einen die Möglichkeit der Herstellung einer win-win-Situation für die demografische Entwicklung der Region, indem Geflüchtete in den Ausbildungsmarkt integriert werden, zum anderen die starke Betonung von Begegnung als Mittel zum Abbau von Vorurteilen; beide Aspekte werden häufig mit Bezug auf bereits Geleistetes in der Region dargestellt, sodass ein positiver Identifikationspunkt für die Leser*innen hergestellt wird.

4.2.5 Lokale Diskurse im Landkreis Northeim

Der Korpus für den Landkreis Northeim, bestehend aus 132 Artikeln der Hessischen Niedersächsischen Allgemeinen (HNA), hat besonders intensive Bezüge zu den Codes „Ehrenamt“, „Wohnen“, „Diskurse“ und „Bildung“.

Mit 36 Artikeln gab es für die Rubrik Ehrenamt die meisten Fundstellen, davon drei Viertel in den Jahren 2015/2016. In den Jahren 2018 und 2019 wurde nur noch jeweils ein Artikel dem Schlagwort Ehrenamt zugeordnet. Die Zuweisung von Geflüchteten in die Ortschaften des Landkreises motiviert zu ehrenamtlichen Aktivitäten, über die in den Jahren 2015 und 2016 intensiv berichtet wird. Dabei kommen verschiedenste Akteur*innen zu Wort und einzelne Aktivitäten werden herausgehoben, zum Beispiel die Entscheidung des Ortschaftsrates der Gemeinde K., die Vereinsgebühren für Kinder aus Geflüchtetenfamilien zu übernehmen

(„Ortsrat hilft Flüchtlingen“, HNA, 21.1.2015); der Beschluss des Runden Tisches der Gemeinde Mo., einen öffentlichen Treffpunkt für Geflüchtete zu schaffen („Treffpunkt für Flüchtlinge soll kommen“, HNA, 16.3.2015), Berichte über ehrenamtliche Sprachlernangebote („Gemeinsames Lernen verbindet“, HNA, 26.3.2015) und Berichte über Spenden des Rotary-Clubs („Chance auf Verständigung“, HNA, 30.6.2015). Insgesamt vermittelt die Berichterstattung den Eindruck einer breiten Willkommensbasis unter den Akteur*innen und einer überwältigenden Hilfsbereitschaft der Bürger*innen im Landkreis. Die Artikel würdigen dieses Engagement, geben jedoch auch Kritik an den hauptamtlichen Stellen Raum. So befürchtet in einem Bericht über ein ehrenamtliches Patenschaftsprogramm einer der Engagierten, die erneute Zuweisung weiterer Geflüchteter könne die bislang intensiv betriebene ehrenamtliche Betreuung ans Limit bringen: „Nach Einschätzung H.s macht es sich der Landkreis zu leicht, wenn er sich bei der Bewältigung des Flüchtlingsproblems weitestgehend auf das freiwillige Engagement von Bürgern verlässt.“ (HNA, 22.6.2015). Im zweiten Halbjahr 2015 wird vermehrt über Informationsmöglichkeiten für potenzielle Ehrenamtliche informiert, über die Gründung von Runden Tischen und Ausdifferenzierung der ehrenamtlichen Arbeit und über die Aktivitäten der offiziellen Stellen zur Koordination der ehrenamtlichen Arbeit berichtet. Ein Artikel vom 28.10.2015 berichtet zum Beispiel von einer Informationsveranstaltung zur Flüchtlingssituation in der Stadt N., bei der „die nur vage beantwortete Frage, wann in der Stadtverwaltung eine Koordinierungsstelle für die ehrenamtlichen Hilfsinitiativen eingerichtet wird, im Mittelpunkt (stand).“ Am 5.11.2015 wird dann schließlich von der Ernennung einer Flüchtlingskoordinatorin berichtet („Hilfe für 880 Flüchtlinge. Stadt N. organisiert jetzt die Unterstützung vor Ort – Kontaktstelle eingerichtet“, HNA, 5.11.2015).

Die lokale Berichterstattung zeigt, dass die teils hektische Schaffung von Aufnahmestrukturen auch im Landkreis Northeim zunächst stark von den Ehrenamtlichen getragen war, während die Etablierung von hauptamtlichen Strukturen eine nachholende Entwicklung darstellte. Die Berichterstattung weist einerseits auf die maßgebliche Rolle des Ehrenamtes hin, nimmt aber auch die hauptamtlichen Stellen in die Pflicht, die sich nicht auf die Bereitschaft der Freiwilligen verlassen dürfen und diese mit Koordinationsaufgaben unterstützen müssen.

Während des Jahres 2015 wird zunehmend über Vernetzungsaktivitäten in den Ortschaften berichtet. Überall entstehen Runde Tische und Arbeitsgruppen, die sich die Integrationsarbeit teilen. Einhellig ist man der Meinung, dass diese Tätigkeit eine Langfristaufgabe bleiben wird. Hinsichtlich der Vernetzung vor Ort wird die Überschaubarkeit ländlicher Gemeinden hervorgehoben: „Was einer kleinen Kommune wie Kl. zu Gute kommt, ist die enge Vernetzung, sagt Ordnungsamtsleiterin D.. ‚Vieles funktioniert über Mund-zu-Mund-Propaganda‘, ergänzt I.S.“ („Sprache ist das Wichtigste“, HNA, 16.11.2015). Zugleich werden weitere Möglichkeiten gesucht, die ehrenamtliche Arbeit zu stärken, wie die HNA berichtet. So wird zum Beispiel über die Ausschreibung von Stellen im Bundesfreiwilligendienst berichtet („Flüchtlinge sollen Flüchtlingen helfen“, HNA, 7.12.2015; „Auszeit nehmen, Flüchtlingen helfen“, HNA, 12.2.2016), über die Vernetzung von Ehrenamt und Hauptamt („Profis für Flüchtlinge“, HNA, 10.2.2016) sowie über verschiedene Spendenaktionen für die ehrenamtliche Integrationsarbeit („Schüler sammelten Winterkleidung. Thomas-Mann Schüler helfen Bedürftigen“, HNA, 15.2.2016; „Hochachtung vor den Paten“, HNA, 16.2.2016; „Dialysezentrum hilft Café Dialog“, HNA, 11.4.2016; „Über 600 Euro für Café Dialog“, HNA, 27.9.2016). Herausragend ist dabei das geplante Engagement des Kirchenkreises Leine-Solling, der einen Fonds zur Unterstützung der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit einrichten will.

Wie Superintendent L. mitteilte, wird dieser Fonds zunächst aus Mitteln der Landeskirche Hannover gespeist, die dafür 74.000 Euro zur Verfügung stellt. „Geplant ist, von diesem Geld für die Dauer von drei Jahren eine halbe Flüchtlingssozialarbeiterstelle in Northeim zu finanzieren.“ („Kirchenkreis plant Flüchtlingsfonds.“, HNA, 11.3.2016).

Insgesamt entwickelt die Berichterstattung auch hier das Bild einer breiten Willkommensbasis im Landkreis sowie erheblicher Ressourcen, die für die Integration von Geflüchteten mobilisiert werden können.

Im Jahr 2017 dominieren unter dem Schlagwort „Ehrenamt, Engagement“ Berichte, in denen über Auszeichnungen ehrenamtlicher Helfer*innen berichtet wird („Integrationspreis für Flüchtlings-Ausbilder“, HNA, 9.2.2017; „Landkreis ehrt die Flüchtlingshelfer“, HNA, 13.9.2017; „Der Tellerrand ist vergoldet“, HNA, 7.11.2017). Dabei wird noch einmal deutlich gemacht, wie außergewöhnlich groß das ehrenamtliche Engagement gewesen ist, und dass diese Art von bürgerschaftlichem Engagement unverzichtbar für die erfolgreiche Integrationsarbeit ist. Zudem wird nochmals auf die Langfristigkeit des notwendigen Engagements hingewiesen, indem zum Beispiel anlässlich eines Ehrenamtsempfangs auf Landkreisebene die Landrätin betont, „dass weiterhin viel Solidarität und Engagement erforderlich ist.“ („Landkreis ehrt die Flüchtlingshelfer“, HNA, 13.9.2017). In der Tat scheint es notwendig, neue ehrenamtliche Potenziale zu erschließen, worauf ein Artikel vom 11.3.2017 hinweist („Café Dialog sucht Helfer für Flüchtlingsarbeit“, HNA, 11.3.2017). Dort heißt es: „Derzeit sinke zwar die Zahl der Geflüchteten, die neu nach N. kämen, der Bedarf an Unterstützung bei der weiteren Integration derer, die schon hier seien, sei aber unverändert hoch.“

Die Thematik Wohnen hat neben dem Thema Ehrenamt die höchste Intensität (30 Codes), wobei der zeitliche Verlauf klar mit der Zuweisung der Geflüchteten einhergeht. Während 2015 17 Berichte mit diesem Code erscheinen, sind es im Jahr 2016 noch zehn, im Jahr 2017 drei, dann findet sich der Code nicht mehr.

Die Berichterstattung begleitet die Unterbringung von Geflüchteten, die dem Landkreis zugewiesen wurden, und zeichnet damit auch die jeweilige Problemstellung nach: Im Jahr 2015 dominieren Berichte zur Suche nach Notunterkünften („Landkreis sucht Notunterkünfte“, HNA, 22.10.2015), dabei werden einzelne Objekte (Feuerweherschule, stillgelegte Produktionshallen, Zeltstädte) verhandelt, aber auch Appelle an die Bevölkerung gerichtet, die unter anderem auch an das Motiv der christlichen Barmherzigkeit ankoppeln („Gemeinden setzen auf Hilfsbereitschaft“, HNA, 9.9.2015). Konfliktthemen in diesem Kontext betreffen unzureichende Information der Bevölkerung durch die Landkreisbehörden oder Ortsbürgermeister*innen („Flüchtlingssituation: Ratsfraktionen bemängeln Informationspolitik des Bürgermeisters“, HNA, 17.10.2015), Finanzierungsfragen („Flüchtlinge: Dem Kreis droht Millionen-Minus“, HNA, 22.10.2015), aber auch Diskurse um die Effekte von zentraler Unterbringung („Tannhäuser: Ghettos dürfen nicht entstehen“, HNA, 22.10.2015) bzw. die Zumutbarkeit von Gruppenunterkünften für die lokale Bevölkerung („Ortsrat will kleineres Flüchtlingsheim“, HNA, 3.2.2016). Die Berichterstattung ist detailliert und intensiv, es werden verschiedenste Perspektiven dargestellt, insbesondere am 22.10.2015, als dem Thema zwei Zeitungsseiten gewidmet werden.

Zum Ende des Jahre 2015 und in das Jahr 2016 hinein wird dann die Ankunft von Geflüchteten in den neu eingerichteten Unterkünften begleitet. Dabei wird insbesondere über das umgewidmete Freizeitheim in Wb. berichtet, das als „Haus der Integration“ Geflüchtete aufnimmt. Es werden sowohl die Entstehungsgeschichte des Hauses geschildert als auch die ersten Bewohner*innen charakterisiert und Eindrücke von Akteur*innen vor Ort wiedergegeben („Friedliches Leben im Heim“, HNA, 30.1.2016). Nachdem infolge des EU-Türkei-Deals die Flüchtlingsankünfte im März 2016 stark zurückgehen, schließen im April 2016 bereits die ersten Notunterkünfte, und auch das „Haus der Integration“ in Wb. wird Ende 2016 außer Betrieb gesetzt. Auch diese Schließung wird medial begleitet („Sind mit Aufgabe gewachsen“, HNA, 13.1.2017). Im Jahr 2017 ist aufgrund der niedrigen Ankunftsahlen die Unterbringung kein dominantes Thema im medialen Diskurs mehr („Flüchtlingsstrom in den Landkreis verebbt“, HNA, 30.10.2017; „Unterkünfte sind in Wartestellung“, 15.2.2017). Auffällig ist, dass das Thema der Anschlussunterbringung gar nicht thematisiert wird.

An dritter Stelle in der Häufigkeit der Schlagworte ist die Rubrik „Diskurse, Reaktionen“ mit 15 Artikeln, die überwiegend in den Jahren 2015 und 2016 erscheinen. Meist handelt es sich dabei um Berichte von Informations- und Diskussionsveranstaltungen zur Unterbringung von Geflüchteten sowie Aktivitäten zur Integration. Auch Leserbriefe bzw. Antworten auf Leserfragen entfallen auf diese Kategorie. Häufig steht das Thema Unterbringung und die Suche nach geeigneten Objekten im Mittelpunkt („Flüchtlinge in die Stadthalle“, HNA, 17.10.2015; „Die Suche nach Wohnraum geht weiter“, HNA, 28.10.2015; „Flüchtlinge: Das fragen die Leser. Antworten zur aktuellen Lage“, HNA, 2.2.2016). Dabei wird Kritik vor allem an der Notbelegung von Turnhallen laut sowie Kritik

hinsichtlich der Überdimensionierung von ortsbezogenen Zuweisungen (zum Beispiel „Ortsrat will kleineres Flüchtlingsheim“, HNA, 3.2.2016).

Anfang Februar 2016 ist ein rassistischer Übergriff als Diskursereignis auszumachen. Wie die HNA am 15.2.2016 berichtet, hatten „Unbekannte in H. die Fensterscheibe eines von Flüchtlingen bewohnten Hauses eingeschlagen. Außerdem wurde eine Reihe von Aufklebern mit gegen Flüchtlingen gerichteten Inhalten gefunden.“ Als Reaktion kam es zu einer Protestaktion vom dem H.er Rathaus mit 100 Teilnehmer*innen, initiiert durch „linke Gruppen aus Göttingen“. Diese betonen: „Es ist zwingend erforderlich, sich dem rechten und rassistischen Mainstream aktiv entgegen zu stellen. Hier ist Widerstand der Zivilgesellschaft von entscheidender Bedeutung“ (ebd.). Die Zeitung begleitet diese Form der bürgerschaftlichen Meinungsäußerung auch weiter. So wird am 23.2.2016 von einem „Offenen Bürgerfrühstück“ berichtet, das die Stadt H. und die beiden Kirchengemeinden des Ortes organisierten. Ebenfalls aus Anlass des Anschlags sollte „ein Zeichen gegen Fremdenfeindlichkeit und für eine offene Gesellschaft gesetzt“ werden. Alle vor Ort lebenden Geflüchteten, viele Engagierte sowie andere Bürger*innen nahmen teil. In dem Bericht wird nochmals der Anschlag rekapituliert und auf weitere extremistische Vorkommnisse in der Region verwiesen. So hätte in der Ortschaft L. über einen längeren Zeitraum der „als äußerst rechts geltende ‚Freundeskreis Thüringen/Niedersachsen‘“ jeden Sonntag „sogenannte Mahnwachen“ veranstaltet, gegen die sich jedoch bürgerschaftlicher Widerstand entwickelt habe. Der Rückzug der Extremisten wird von Angehörigen des L.er Bündnisses „Bunt statt Braun“ als „Teilerfolg des Bürgerprotests“ dargestellt. Ebenfalls zitiert wird eine Geistliche aus N., die die Belastung des Ortes durch die Aufnahme von Geflüchteten betont und angesichts dessen dazu aufruft, sich nicht von „Vereinfachern, die keine Lösung haben“, aufhetzen zu lassen (ebd.). Ein weiterer Artikel zu dieser Thematik erscheint am 9.4.2016 („Friedensgebet gegen Rassismus. „Bunt statt Braun“ ruft zu zwei Veranstaltungen am Sonntag in L. auf“, HNA, 9.4.2016). Darin wird über zwei Veranstaltungen des Bündnisses „Bunt statt Braun“ informiert, in dem das Engagement als (prophylaktische) Gegenbewegung zu deutschlandweiten Entwicklungen gerahmt wird („Deutschland erlebt derzeit allorts rassistische Pöbeleien, zunehmend auch Gewaltangriffe – so massiv wie seit 20 Jahren nicht mehr. Deshalb kämpft das Bündnis Bunt statt Braun in L. vehement gegen diese Entwicklung“, ebd.). Die lokalen Akteur*innen werden im Kreis der „engagierten Bürger“ sowie der „christlichen Kirche“ verortet, die unter anderem ein Friedensgebet organisiert haben („Für uns als christliche Kirchen ist es selbstverständlich, uns dort aktiv einzubringen und klar zu positionieren“, ebd.).

Die vierthäufigste Kategorie ist „Sprache, Bildung, Ausbildung“ mit insgesamt zwölf Artikeln, davon sieben in den Jahren 2015 und 2016. Zunächst wird überwiegend zum Thema Spracherwerb berichtet. Dabei stechen ehrenamtliche Initiativen zum Deutschlernen hervor (zum Beispiel „Gemeinsames Lernen verbindet“, HNA, 26.3.2015; „Chance auf Verständigung“, HNA, 13.6.2015; „Kostenloser Deutschkurs für Flüchtlinge“, HNA, 6.8.2016; „Mit Studenten Deutsch lernen“, HNA, 29.9.2016). Auffällig ist dabei die Vielfalt der Akteur*innen, die benannt werden (Ehrenamtliche, Rotary Club, Berufsschule, Studierende). Auch im weiteren Verlauf bleibt der Spracherwerb Schwerpunkt in der Berichterstattung, ergänzt – und häufig verschränkt – mit weiteren Ausbildungsschritten. Dabei wird ein ums andere Mal die große Bedeutung – aber auch die besondere Schwierigkeit – des Spracherwerbs für eine erfolgreiche Bildungslaufbahn und damit Integration herausgestellt („So funktioniert Integration“, HNA, 23.2.2017; „Sprache bleibt größte Hürde“, HNA, 9.2.2019).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass sich die lokale Berichterstattung im Landkreis Northeim überwiegend im Rahmen des Lokalen/Regionalen bewegt und durch konkrete Beispiele die Themen und Problematiken für die Leser*innen nachvollziehbar erscheinen lässt. Die Berichterstattung lässt eine Vielzahl an Akteur*innen zu Wort kommen und stellt dezidiert auch konfliktvolle Diskurspositionen dar, die sich insbesondere im Spannungsfeld zwischen Bürger*innen und staatlichen Stakeholdern bewegen. Das daraus entstehende Bild zeigt, dass Dissens zugelassen und ausgetragen wird. Nicht zuletzt sorgt die Begleitung der Berichterstattung über die Krisenpunkte der Flüchtlingsaufnahme hinaus für eine konstruktive abschließende Rahmung des Themas. Berichte von Ehrungen für Ehrenamtliche, von den Erfahrungen mit dem Flüchtlingsheim in Wb. oder das Resümee von Akteur*innen im Bildungsbereich hinsichtlich des Spracherwerbs von Geflüchteten

ermöglichen den Leser*innen, die Ereignisse einzuordnen und als Teil der lokal/regionalen Chronik zu „normalisieren“.

4.2.6 Lokale Diskurse im Landkreis Vechta

Der Korpus für den Landkreis Vechta, bestehend aus 137 Artikeln der Nordwestzeitung (NWZ), hat deutliche Schwerpunkte bei den Codes „Arbeit/Fachkräfte“, „Ehrenamt, Engagement“ sowie „Sprache, Bildung, Ausbildung“. Mit 35 Artikeln gab es für die Kategorie Arbeit/Fachkräfte die meisten Fundstellen; die Berichterstattung schwankte über den Beobachtungszeitraum zwischen fünf und zehn pro Jahr, wobei das Maximum im Jahr 2019 erreicht wurde. In der Berichterstattung zum Thema Arbeit/Fachkräfte gibt es zwei thematische Schwerpunkte: zum einen die Betrachtung von Geflüchteten als eine spezifische Gruppe im Rahmen der allgemeinen Arbeitsmarktberichterstattung; zum zweiten Berichte über Vermittlungstätigkeiten und entsprechende Akteur*innen, die die Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten unterstützen, teils auch verbunden mit Reportagen über die Integrationswege einzelner Geflüchteter.

Die allgemeine Berichterstattung über den Zustand des Arbeitsmarktes in der Region wird regelmäßig in Form von Grafiken, Arbeitsmarktzahlen und einem kommentierenden Text veröffentlicht. Der Arbeitsmarkt in der Region wird als stabil und entwicklungsfähig dargestellt, die Arbeitslosenzahlen sind durchweg auf einem sehr niedrigen Niveau. Geflüchtete werden in der textlichen Darstellung stets mit erwähnt – und zwar von Anfang an als eine Ressource für den Arbeitsmarkt, der steten Fachkräftenachschub benötigt (zum Beispiel „Handwerk sieht Flüchtlinge als Chance“, NWZ, 10.1.2015). Dabei wird, wie zum Beispiel in dem Artikel „Belebter Herbst am Arbeitsmarkt“ (NWZ, 30.10.2015), ein klarer Dreischritt vorgezeichnet, der von der Unterbringung, über die Sprachvermittlung bis hin zur Aufnahme in den Arbeitsmarkt führt. Relevante Akteur*innen wie die Leiterin der regionalen Agentur für Arbeit, die IHK sowie die Kreishandwerkerschaften präsentieren diese Position gemeinschaftlich. Die Chefin der regionalen Agentur für Arbeit geht auf die Notwendigkeit der Qualifikationsanerkennung sowie von Nachschulungen ein und betont, die Agentur für Arbeit würde diesen Weg aktiv unterstützen, sobald sich die Geflüchteten nach der Flüchtlingsanerkennung arbeitslos melden würden.

Ein zweiter Diskursstrang widmet sich Akteur*innen der Arbeitsmarktintegration und beleuchtet deren Aktivitäten und Erfolge. Dabei wird den Leser*innen zugleich ein konkreteres Bild von den Beschäftigungsfeldern und formalen Integrationsmöglichkeiten und -herausforderungen der Geflüchteten gezeichnet. So berichtet zum Beispiel der Leiter der Landwirtschaftskammer Niedersachsen von einem Besuch einer Geflüchtetengruppe auf einem Bauernhof, den er begleitete („Viele Flüchtlinge haben Erfahrung in der Landwirtschaft“, NWZ, 4.12.2015). In dem Interview wird die hohe Fachkompetenz vieler Geflüchteter im Bereich der Landwirtschaft betont („Wir sprechen hier wirklich von Leuten, die sich auskennen“, ebd.) und zugleich die Kompatibilität der Kenntnisse mit dem Tätigkeitsfeld in Deutschland festgestellt. Dabei geht der Interviewpartner ins Detail:

Das Thema Bewässerung spielt in Syrien natürlich eine ganz andere Rolle als bei uns. Aber es gibt auch viele Gemeinsamkeiten. Zum Beispiel findet man in der Milchviehhaltung auch dort die Holstein-Friesian, die bekannten Schwarzbunten. (ebd.)

Die Einlassungen im Interview zeugen von einer hohen Wertschätzung der Fähigkeiten und Motivation der Geflüchteten. Zugleich wird auf den Strukturwandel in der regionalen Landwirtschaft hingewiesen, sodass die Gewinnung von Geflüchteten für die Landwirtschaft als Win-Win-Situation dargestellt wird. Als wesentliche Herausforderung werden die Sprachkenntnisse identifiziert. Auch andere Artikel betonen die Bedeutung von Sprachkenntnissen für die Arbeitsmarktintegration und weisen zugleich auf den allgemeinen Mangel an Arbeitskräften in der Region hin, sodass die Anwesenheit der Geflüchteten als Chance gesehen wird (zum Beispiel „Marktplatz der Arbeitsmöglichkeiten‘ im Kreishaus“, NWZ, 20.11.2017; „Berufseinstieg durch Teamwork“, NWZ, 19.11.2018). Die Vielzahl an beteiligten Akteur*innen (AA, Landwirtschaftskammer, IHK, Handwerkskammer, Soziale Dienste, NGO's) zeigt die breite Allianz für das erstrebte Ziel der

Arbeitsmarktintegration und weist zugleich auch auf konkrete Möglichkeiten hin, wie Hürden überwunden werden können. Beispielsweise wird in dem Artikel „Flüchtlinge schneller in Arbeit vermitteln“ (5.4.2017) über eine Informationsbörse berichtet, auf der rund 70 Unternehmen Informationen zur Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten erhielten und sich mit Unternehmen austauschen konnten, die diesen Schritt bereits gegangen waren. Die Veranstaltung, so ist zu erfahren, geht auf einen vom Landkreis initiierten Koordinierungskreis zurück, in dem sich wesentliche Arbeitsmarktakteur*innen bereits seit dem Herbst 2015 zusammengeschlossen haben, um die Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten zu fördern. Teils werden auch einzelne Geflüchtete und ihre Integrationswege portraitiert, wobei stets die Unterstützerstruktur und die positiven Effekte für Geflüchtete wie Unternehmen hervorgehoben werden.

Ähnlich wie in den Bayerischen Fallstudienregionen kommt es an der Schnittstelle von Arbeit und Aufenthaltsrecht zu einem Politisierungsprozess in der Region. Der Artikel „Gleiche Förderung für alle“ (NWZ, 29.5.2019) berichtet von einer Initiative aus Unternehmen und Kammern, die sich für eine Gleichstellung von afghanischen Asylsuchenden bei der Arbeitsmarktintegration stark machen und die politische Unterstützung des regionalen Bundestagsabgeordneten einfordern. Auch in diesem Appell wird die Verbindung von humanitärem Engagement und arbeitsmarktpolitischer Notwendigkeit deutlich gemacht: „Den Unternehmen geht es bei ihrem Engagement um Integration, aber auch um die Bekämpfung des Fachkräftemangels, der sich immer weiter verschärft“ (ebd.).

In der Kategorie „Ehrenamt, Engagement“ fanden sich 32 Artikel. Die Berichterstattung zum Thema Ehrenamt war vor allem in den Jahren 2015 und 2016 stark. Die Berichte greifen lokale Akteur*innen, Vereine und Initiativen auf und berichten von deren Aktivitäten. In vielen Berichten wird die Bedeutung des ehrenamtlichen Engagements hervorgehoben, die die mit der Pflichtaufgabe der Unterbringung beschäftigten Lokalverwaltungen unterstützt und damit den Geflüchteten Hilfe bei der Ankunft leistet (zum Beispiel „Pinsel und Leinwand gegen Kriegsbilder“, NWZ, 25.3.2015; „In Garage stapeln sich die Schulranzen“, NWZ, 5.9.2015; „Viele Kisten voller Hoffnung“, NWZ, 12.9.2015; „CDU-Frauen organisieren ab sofort Sprachunterricht“, NWZ, 6.10.2015). Dabei wird auf die Selbstlosigkeit, Spontaneität und große Professionalität sowohl der Ehrenamtlichen in den großen Hilfsorganisationen wie Malteser Hilfsdienst, Technisches Hilfswerk oder Rotes Kreuz als auch der lokalen Initiativen und Vereine sowie Individualhelfenden verwiesen. „Bei den Informationen zur Flüchtlingssituation sei die zentrale Frage stets gewesen, wie den Betroffenen vor Ort schnell und direkt zu helfen sei. ‚Das Ehrenamt lebt im Kreis Vechta, und der Kreis Vechta lebt vom Ehrenamt – jeden Tag,‘“ so der Landrat während einer vom Landkreis ausgerichteten Helferparty („Schnell und professionell: Party für Helfer“, NWZ 28.11.2015).

Auch von Vernetzungsaktivitäten, wie etwa der Gründung Runder Tische zur besseren Koordination lokaler Aktivitäten, wird berichtet. Mehrfach wird der Begriff der „Willkommenskultur“ genutzt, um auf die breite Unterstützung von Einzelpersonen, Initiativen und Vereinen einzugehen. Die meisten Artikel sind von drei Komponenten geprägt: Zum einen wird das große Engagement von Einzelnen oder Initiativen hervorgehoben und gewürdigt – häufig durch lobende Worte eines politischen oder kirchlichen Würdenträgers oder durch die Verleihung von Preisgeldern und Ehrungen. Zum zweiten werden die Aktivitäten zur Integration von Geflüchteten meist als Teil einer ganzen Bandbreite von lokalen Vereinsaktivitäten dargestellt und zum dritten werden die Aktivitäten weniger in der Dichotomie von Geben und Nehmen gerahmt, sondern eher als Begegnung auf Augenhöhe und gegenseitige Bereicherung. Deutlich wird dies zum Beispiel in dem Artikel „Mit 25 Flüchtlingen nach Berlin“ (NWZ, 23.7.2016), der von einer Gruppenfahrt eines lokalen Familienbündnisses mit Geflüchteten nach Berlin berichtet. Im Mittelpunkt des Berichts steht das gemeinsame Erlebnis, wobei das Interesse der Geflüchteten an der Geschichte der deutschen Teilung als Motivation für die Reise hervorgehoben wurde. Aus diesem Impuls heraus wurde die Reise durch die Integrationsberaterin des Familienbündnisses angeregt. Die Exkursion ist eine von vielen Aktivitäten des Familienbündnisses, das sich nicht dezidiert zur Integration von Geflüchteten, sondern zur besseren Vernetzung und gegenseitigen Unterstützung von Familien vor Ort, aber auch des intergenerationellen Zusammenlebens gegründet hat (vgl. https://www.g*.de/familie-und-soziales/buendnis-fuer-familie). Die Geflüchteten werden im Artikel als gleichberechtigter Teil der Gruppe und

nicht als Bedürftige oder Nehmende dargestellt. Gleichwohl rahmt der Abspann des Artikels die Aktivität als ehrenamtlichen Einsatz des lokalen Familienbündnisses, für dessen Engagement ausdrücklich gedankt wird.

24 Artikel konnten der Kategorie „Sprache, Bildung, Ausbildung“ zugeordnet werden. Die Berichterstattung war vor allem in den Jahren 2015 und 2016 stark. Sehr häufig sind die Themen „Sprache, Bildung, Ausbildung“ mit der Kategorie „Arbeit/Fachkräfte“ verkoppelt, allein neun der 24 Artikel wurden beiden Kategorien zugeordnet. Die Artikel des Jahres 2015 machen vor allem auf den steigenden Bedarf an Sprachkursen aufmerksam, der nicht nur durch den Flüchtlingszuzug bedingt ist, sondern auch durch den allgemein hohen Migrantenanteil im Landkreis („Kreisweit Bedarf an Sprachförderung und Begleitung“, NWZ, 1.8.2015). Es wird konstatiert, dass das Bundesland Niedersachsen „in der Flüchtlingshilfe nicht gut aufgestellt“ sei („Sprache ermöglicht Integration“, NWZ, 2.4.2015), sodass die finanzielle Unterstützung der Sprachförderung durch den Kreistag willkommen ist. Im Laufe des Jahres 2015 werden verschiedene Sprachkursangebote vorgestellt, so etwa Sprachkurse durch die Universität Vechta, verbunden mit Studienorientierung („Uni will offene Hochschule leben“, NWZ, 13.10.2015), lokalen Initiativen („CDU-Frauen organisieren ab sofort Sprachunterricht“, NWZ, 6.10.2015) oder der Kreisvolkshochschule („Integration als Herausforderung“, NWZ, 8.1.2016) sowie natürlich Schulen und Kindertagesstätten und den vom BAMF oder der Agentur für Arbeit angebotenen Sprachkursen. Insgesamt sei die Finanzierung von Sprachkursen für 2015 auf 2.000 Plätze im Landkreis ausgerichtet, man gehe jedoch davon aus, dass das Angebot nicht ausreichen werde („Sprachkurse als Schlüssel zu Integration“, NWZ, 11.11.2015).

Die Bedeutung der Sprachkenntnisse für weitere Aktivitäten in Richtung Ausbildung oder Arbeitsmarkt wird in vielen Beiträgen hervorgehoben (vgl. Kategorie „Arbeitsmarkt/Fachkräfte“). Dass man auf dem Weg der Integration „einen langen Atem“ benötigt, darauf weist ein Bericht zu einem Integrationsprojekt der Handwerkskammer Oldenburg hin, in dem die angebotenen Plätze für Geflüchtete mangels ausreichender Sprachkenntnisse nicht in Anspruch genommen werden konnten („Von den Tücken der Integration“, NWZ, 19.2.2016). Eine*r der Akteur*innen macht auch auf eine weitere Schwierigkeit bei der Arbeitsmarktintegration aufmerksam, nämlich die mangelnde Kenntnis der Geflüchteten über das duale Ausbildungssystem. Da in vielen Ländern eine mehrjährige berufliche Ausbildung – verbunden mit einer temporär vergleichsweise niedrigen Vergütung – „völlig unbekannt“ sei, müsse man zunächst „eine Menge Informations- und Aufklärungsarbeit leisten“, um die Geflüchteten von den langfristig besseren beruflichen Perspektiven einer Berufsausbildung zu überzeugen. Zudem müssten vielfach noch die Traumata der Flucht und des Ankommens aufgearbeitet werden, bevor sich die Geflüchteten auf den langen Weg der Integration begeben könnten. In den Berichten gegen Ende des Beobachtungszeitraums wird dann von ersten Erfolgen berichtet („Ein Flüchtling schon vor Prüfung“, NWZ, 26.2.2019). „Ein Jahr Sprachförderschule, mehrere Praktika und eine Einstiegsqualifizierung standen vor dem Ausbildungsstart im September 2017“, die einer der portraitierten Geflüchteten im Sommer 2019 abschließen wird (ebd.). Am Beispiel des zweiten Portraitierten, ein afghanischer Auszubildender im laufenden Asylverfahren, werden die Schwierigkeiten eines unsicheren Aufenthaltsstatus für Ausbildungsbetriebe wie für die Auszubildenden beschrieben („Daher wird seine Aufenthaltserlaubnis immer nur für ein halbes Jahr verlängert. Dadurch haben er und wir keine Planungssicherheit“, ebd.) und faire Lösungen für jene angemahnt, die „sich rechtmäßig in Deutschland aufhalten, bereits in Ausbildung und damit auf dem Weg zur Fachkraft sind“ (...) Und wer hier ausgebildet worden ist und sich gut integriert hat, sollte im Regelfall auch bleiben dürfen“ (ebd.).

Zusammenfassend lässt sich für den Landkreis Vechta festhalten, dass die Berichterstattung über Geflüchtete und deren Aufnahme stark verwoben ist mit den strukturellen Bedingungen vor Ort, allen voran der Arbeitsmarktstruktur mit dem einhellig konstatierten Arbeitskräftemangel. Der zweite Schwerpunkt ist die starke Ehrenamtsstruktur bzw. „Willkommenskultur“ in lokalen Initiativen und überregionalen Organisationen, die die Aufnahme und Integration von Geflüchteten unterstützen. Integration wird als mühevoller, langwieriger Prozess und als Herausforderung für alle Beteiligten gerahmt. Sie bleibt jedoch für alle Beteiligten lohnendes Ziel, da sich damit den Geflüchteten eine Zukunft eröffnet und zugleich die Belange der lokalen und regionalen Arbeitsmärkte berücksichtigt werden. Nicht nur an dieser Stelle zeigt sich die starke Koppelung von „Flucht“ und „Arbeitsmarkt“. Die Debatten um eine faire Unterstützung aller geflüchteten Auszubildenden und die Notwendigkeit der

Aufenthaltssicherheit für sie zeigen, dass der bundespolitisch so kontrovers diskutierte „Spurwechsel“ (also der Wechsel vom humanitären in den arbeitsmarktbezogenen Aufenthaltstitel) hier aus ganz pragmatischen Gründen als wünschenswerter Zustand imaginiert wird.

4.2.7 Lokale Diskurse im Landkreis Bautzen

Im Landkreis Bautzen war die Berichterstattung im Beobachtungszeitraum stark auf die Bereiche Integration, lokale Themen und Diskurse sowie auf das Thema Wohnen konzentriert. Dabei sticht das Jahr 2017 mit einem Maximum in der Berichterstattung heraus. Im Folgenden wird der Diskursverlauf für die drei Themenschwerpunkte „Wohnen“, „Lokales“ und „Diskurse“ beschrieben, wobei besonders Augenmerk auf die maßgeblichen Diskursverknüpfungen zu „Integration“ gelegt wird.

Die Berichterstattung zum Thema „Wohnen/Unterbringung“ ist vor allem im Jahr 2017 stark ausgeprägt (26 von insgesamt 37 Fundstellen entfallen auf dieses Jahr) und steht im Kontext fallender Zuweisungszahlen und politischer Entscheidungen hinsichtlich der Schließung und Zusammenlegung von Asylunterkünften. Die Berichterstattung thematisiert die Frage der Bleibeorientierung von anerkannten Geflüchteten, die Wohnraumversorgung nach dem Auszug aus der Gemeinschaftsunterkunft sowie die Auswirkung der neu eingeführten Wohnsitzauflage für anerkannte Geflüchtete. In der Stadt B. seien durch Wegzüge in die Großstädte die Flüchtlingszahlen vom Maximum von 1.500 auf inzwischen 800 zurückgegangen, darunter 300 Asylsuchende und 500 anerkannte Geflüchtete („Durchgangsstation Ka.“, SZ, 19.10.2017). „Jeder Zweite, so schätzen die Mitarbeiter im Landratsamt, verlässt die Region“, genaue Zahlen gäbe es jedoch nicht („Wohin mit den anerkannten Flüchtlingen?“, SZ, 26.7.2017). Diese Sekundärmobilität ist überwiegend auf die Großstädte im Nahbereich ausgerichtet. So seien etwa in Dresden in kurzer Zeit 700 Zuwanderungen von Geflüchteten aus der Region erfolgt. Die Berichterstattung thematisiert die Belastung der Großstädte, insbesondere im Bereich des Wohnungsmarktes und der Sozialleistungen, und diskutiert anschließend Vor- und Nachteile eines Verbleibs im Landkreis. Dabei werden als Vorteile vor allem der entspanntere Wohnungsmarkt sowie bessere Integrationsmöglichkeiten gesehen, wobei dieses Argument offensichtlich vor allem auf die Möglichkeit sozialer Unterstützung abzielt. Denn bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt sowie ein interkulturelles Umfeld seien vor allem in den Ballungsräumen zu finden. Der Hinweis eines Kommunalpolitikers, „dass es in gut organisierten Einzelfällen die Chance zu einem Miteinander gibt“, weist zudem darauf hin, dass positive Integrationspfade nur unter erheblichen individuellen Anstrengungen zu erreichen sind („Wohin mit den anerkannten Flüchtlingen?“, SZ, 26.7.2017).

Im Mittelpunkt der Berichterstattung zum Thema „Wohnen/Unterbringung“ im Landkreis Bautzen steht jedoch die Debatte um die Nutzung des „S.hotels“, die in 19 Artikeln thematisiert wird. Die Presseberichte setzen bei den Debatten zur Schließung dieser Notunterkunft ein und verfolgen den gesamten Verlauf bis hin zur Übergabe des Objekts an einen neuen Eigentümer. Die Berichterstattung zeichnet die Entstehungsgeschichte des Konfliktes nach: Zunächst war das Angebot, das zuletzt schlecht laufende 4-Sterne--Hotel in einem Naturschutzgebiet am Rande B.'s als Asylunterkunft zu nutzen, hochwillkommen, denn „angesichts der wachsenden Zahl von Flüchtlingen stand die Verwaltung bei deren Unterbringung mit dem Rücken zur Wand“ (SZ, 20.12.2017). Die anfänglichen Ressentiments der lokalen Bevölkerung seien allmählich kleiner geworden, weil das Haus gut geführt worden war. Das persönliche Engagement des Hotelbetreibers wird in vielen Artikeln hervorgehoben:

Er hat nie einen Hehl daraus gemacht, dass das Heim für ihn ein gutes Geschäft ist, aber auch immer wieder betont, dass er gern die viele Arbeit erledigt. Inzwischen gilt seine Unterkunft als Vorzeigeobjekt („Umzug ins Ungewisse“, SZ, 11.7.2017).

Durch den Rückgang der Asylbewerberzahlen sollte das Heim zunächst geschlossen werden („Asylheim im S.hotel vor dem Aus“, SZ, 6.5.2017). Da jedoch viele Geflüchtete nach der Asylanerkennung Schwierigkeiten hatten, auf dem freien Wohnungsmarkt eine den Hartz IV-Richtlinien entsprechende Wohnung zu finden, verblieben mehr

und mehr anerkannte Flüchtlinge als „overstayer“ im Heim – rund 40 zum Zeitpunkt der Berichterstattung („S.hotel wird zum Integrationszentrum“, SZ, 01.07.2017). So entstand die Idee, das Haus zu einem Integrationszentrum umzuwidmen, wo anerkannte Geflüchtete umfassend bei der Suche nach einer Wohnung, einem Arbeitsplatz und beim Zugang zu Bildungsangeboten unterstützt werden sollten. Kommune, Kreis und das Bundesamt sollten – so das Ergebnis einer Verhandlung im Jahr 2017 – zu gleichen Teilen die Kosten tragen („S.hotel wird zum Integrationszentrum“, SZ, 1.7.2017). Als dann jedoch der Finanzausschuss des B.er Stadtrates dem städtischen Zuschuss von 25.000 Euro nicht zustimmte, kam es Ende 2017 zu einer Schließung des Hauses. Die übrigen Geflüchteten wurden auf andere Asylheime verteilt, der vormalige Besitzer verließ die Region im Zorn.

In dem Diskurs um diese Entscheidung wurde vor allem um die Kosten der Integration debattiert und um die Frage, wer diese Kosten tragen solle. Nach Meinung des Hotelbesitzers seien die Geflüchteten nach ihrer Asylenerkennung „Bürger von B.“, und somit müsste die Kommune diese vor Obdachlosigkeit bewahren und in ihrer Integration unterstützen („Ich werde B. verlassen“, SZ, 10.11.2017). Nach Meinung eines Stadtrates sei jedoch die Unterbringung der im S.hotel wohnenden Geflüchteten ohne Weiteres in kommunale Wohnungen möglich, die Kosten von 25.000 Euro seien übertrieben und überdies ginge diese Zusage nicht ohne Einbeziehung des Finanzausschusses („Kein Geld fürs S.hotel“, SZ, 9.11.2017). Ein weiterer Diskursstrang befasst sich mit regionalplanerischen Aspekten am Standort des S.hotels, denn eine Wohnfunktion sei in dem Naturschutzgebiet an der Talsperre grundsätzlich nicht zulässig (2014 musste in der Tat der Bebauungsplan geändert werden, um die Unterbringung von Asylsuchenden zu ermöglichen). Bedauern ist aufseiten der ehrenamtlich Engagierten zu hören, die in dem Hotelbetreiber einen wichtigen Integrationshelfer verlieren. Die Geflüchteten schließlich würden auf dezentrale Wohnungen in B. verteilt, das bislang im Hotel installierte „Quartiersmanagement“ würde dezentral in der Stadt weiterarbeiten und ginge in die Trägerschaft eines Vereins über.

Während die Berichterstattung ausführlich die Positionen des Hotelbetreibers, des Landrates, des Oberbürgermeisters sowie der Mitglieder des Finanzausschusses darlegt, wird über die konkreten Konsequenzen für die im Heim lebenden Geflüchteten weniger berichtet. Nur kurz werden die Befindlichkeiten der Geflüchteten in einer Reportage über die Schließung des Heims gestreift. Die Asylsuchenden werden bis zur letzten Minute im Ungewissen gehalten, wohin es geht „um Unruhe zu vermeiden“. Von einem Asylsuchenden wird berichtet, er habe eine Arbeitsmöglichkeit in B., die er durch den Umzug nun womöglich nicht mehr erreichen könne. Die den Auszug begleitenden Flüchtlingssozialarbeiter*innen geben zu bedenken, dass die Verlegung für die Geflüchteten und deren Integrationsbemühungen nicht günstig sei, und missbilligen überdies die Art und Weise, wie die Verlegung organisiert worden sei (mit Polizeieskorten und einer lediglich kurzfristigen Information über das Ziel der Verlegung; vgl. „Umzug ins Ungewisse“, SZ, 11.7.2017). Auch im Falle einer weiteren Schließung und Umverteilung von Asylsuchenden gibt es Protest seitens eines lokalen Helferkreises und es wurde die fehlende Einbeziehung der Geflüchteten in die Entscheidung kritisiert: „Bis unmittelbar vor der Abreise wussten die Geflüchteten nicht, in welches Heim sie verlegt werden.“ An dieser Stelle werden ausführlich die Schicksale einzelner Geflüchteter beleuchtet, die durch den Umzug zum Teil von ihren bisherigen Integrationswegen abgeschnitten werden, da sie durch die Verlegung ihren bisherigen Arbeits- oder Ausbildungsplatz nicht mehr aufsuchen können. Nur durch das starke zivilgesellschaftliche Engagement vor Ort (eine Familie stellte eine private Wohnung in ihrem Haus zur Verfügung) konnten zwei junge Geflüchtete vor Ort wohnen bleiben („Behindert die Bürokratie die Integration?“, SZ, 24.5.2018).

Während die Diskurse um die Unterbringung von Geflüchteten kaum die Perspektive der Betroffenen thematisieren, sind in der Rubrik „Lokales“ viele Fallgeschichten versammelt, die den Leser*innen das Schicksal und die Lebens- und Integrationswege von Geflüchteten näherbringen. Vielfach ist dies an deren Anstrengungen hinsichtlich der Integration in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt gekoppelt, und in den Berichten finden sich die Perspektiven der Geflüchteten ebenso wie die Perspektiven der Unternehmer, bei denen die Geflüchteten beschäftigt sind. Während diese Form der Berichterstattung zunächst vor allem auf die Möglichkeiten und Schwierigkeiten der Integration in den Arbeitsmarkt aufmerksam macht, wird zum Ende des

Beobachtungszeitraums häufiger die Problematik des fehlenden Bleiberechts für gut integrierte Geflüchtete thematisiert.

Einer der ersten derartigen Beiträge ist im Jahr 2016 der Artikel „Der Lackierer aus Syrien“ (SZ, 17.12.2016) über einen jungen Kurden, der in einer Lackiererei arbeitet. Seine Beschäftigung wird aus Unternehmerperspektive als „Glücksfall“ dargestellt, denn „Der Markt ist aber leer gefegt.“ Der Artikel thematisiert das häufig beklagte Fehlen einer klassischen Berufsausbildung nicht im defizitären Sinne, sondern hebt das in Syrien erworbene Anwendungswissen des jungen Mannes hervor: „Wir waren von seinen fachlichen Kenntnissen sehr überrascht“, wird der Firmenchef zitiert. Infolgedessen wurde dem jungen Mann kein Ausbildungs-, sondern direkt ein Arbeitsplatz angeboten, wo er sich sehr bewährt habe. Auch wenn dieses Fallbeispiel durchweg positiv und unproblematisch dargestellt wird, so wird doch deutlich, dass die Anbahnung eines Arbeitsverhältnisses verschiedene Vermittler benötigt, in diesem Fall Flüchtlingspaten, die den Kontakt zu dem Betrieb ermöglichten („Vor gut einem Jahr telefonierte sie die Lackierereien der Gegend ab“) und die Arbeitsagentur, die „beim Papierkram hilfreich gewesen“ sei (ebd.).

Einen ähnlichen Aufbau hat ein Artikel aus der Serie „SZ-Geschichten, die inspirieren und motivieren“, der über die gelungene Integration von vier Geflüchteten in einem Unternehmen berichtet, das Innenverkleidungen für Fahrzeuge herstellt („La. gibt Flüchtlingen Arbeit“, SZ, 19.12.2017). Viele der Tätigkeiten sind einfache Anlernaufgaben, „die von Ungelernten nach kurzer Einweisung selbstständig erledigt werden können.“ Daher wird diese Beschäftigung als optimal für Geflüchtete gerahmt, deren Schul- und Berufsbildung oftmals nicht passfähig mit den Erfordernissen des deutschen Arbeitsmarktes ist. In diesem Artikel wird etwas ausführlicher über Schwierigkeiten berichtet und wie sie bewältigt wurden. So hilft man sich für die Überbrückung von Sprachproblemen mit „Übersetzungsprogrammen auf dem Handy“ (ebd.). Auch in einem anderen Artikel werden individuell entwickelte Problemlösungen beschrieben, wie etwa die Erstellung eines firmeneigenen Wörterbuchs mit über 1.000 Fachvokabeln und ein Tandem-System der Einarbeitung von ausländischen Mitarbeiter*innen („Ein Bauplan für Integration“, SZ, 4.10.2018).

Als unerlässliche Bedingung der erfolgreichen betrieblichen Integration von Migrant*innen wird Offenheit und interkulturelle Kompetenz der Belegschaft betont. In einem Unternehmen wurde die komplette Belegschaft in interkulturelle Trainings geschickt. In einem anderen Unternehmen wurde zumindest im Vorfeld der Einstellung um Offenheit gegenüber den Migrant*innen innerhalb der Belegschaft geworben: „Bei Betriebsversammlungen habe ich frühzeitig gesagt, dass wir uns der Integration stellen müssen. Das stieß sicher nicht bei allen auf Begeisterung. Aber zumindest mir gegenüber hat keiner widersprochen“, wird der Unternehmer zitiert. Inzwischen hätten die Kollegen gemerkt, dass die Migrant*innen eine Hilfe im Betrieb seien, auch Arbeiten übernehmen, die keiner gern macht („La. gibt Flüchtlingen Arbeit“, SZ, 19.12.2017). Als wichtige Gelingensbedingung wird die Einbindung der Belegschaft in alle Entscheidungen hervorgehoben: „Wir haben vorher immer die Kollegen gefragt, die Teamleiter und Vorarbeiter“, denn diese seien es, die die „tagtägliche Integrationsarbeit“ leisten müssten (ebd.). Auf diese Weise konnten Spannungen oder Vorurteile bereits im Vorfeld identifiziert und bearbeitet werden.

Dass nicht überall die Integration der Geflüchteten in örtliche Betriebe so gern öffentlich verhandelt wird, da die Betriebe „Angst um ihren Ruf“ haben, darauf weist ein weiterer Artikel hin, in dem von der Beschäftigung eines Geflüchteten in einem Bäckereibetrieb berichtet wird („Familienbetrieb mit afghanischem Neuzugang“, SZ, 6.4.2021). Auch hier wird der Fachkräftemangel als „Notlage“ bezeichnet und als Begründung herangezogen, warum Vorbehalte sich gar nicht erst aufbauen konnten (oder durften): „Die Not war so groß, dafür gab es gar keine Gelegenheit“ (ebd.). Nachdem also in den ersten Artikeln die positive Erfahrung der Integration in einer eher essenzialisierenden Art und Weise dargestellt wurde, öffnet sich der Diskurs allmählich hin zur Thematisierung von spezifischen Schwierigkeiten, und zwar aufseiten der Geflüchteten (Sprachkenntnisse, Bildung), der Unternehmer und Belegschaften (Mehraufwand, Vorbehalte) sowie der breiten Bevölkerung (Rassismus).

In den folgenden Artikeln werden zunehmend strukturelle Probleme in der Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten thematisiert, wie zum Beispiel Schwierigkeiten mit Arbeitserlaubnissen oder Wohnortzuweisungen, und es werden individuelle Strategien beschrieben, wie diesen Problemen begegnet werden kann. Dabei spielen engagierte Akteur*innen (Geflüchtete, Unternehmer*innen, Ehrenamtliche) eine große Rolle. So fragt ein Artikel vom 24.5.2018 in seiner Schlagzeile „Behindert die Bürokratie die Integration?“. Der Beitrag portraitiert zwei junge Geflüchtete, die eine Arbeitsstelle haben bzw. einer Ausbildung nachgehen. Dabei sind die lokalen Umstände insofern besonders, da beide durch die Auflösung ihrer Asylunterkunft und die geplante Umverteilung keine Zugangsmöglichkeiten zu ihren Arbeitsplätzen mehr gehabt hätten. Die Kompromisslösung gelang, weil eine Familie vor Ort die beiden aufnahm, jedoch müssen sie sich einmal pro Woche an ihren neuen Meldeadressen rückmelden. Als dies einmal nicht gelang, wurde dem Betroffenen seitens der Gemeinschaftsunterkunft im Nachbarort, wo die Geflüchteten offiziell gemeldet sind, gekündigt.

Was folgte, war ein langer Marsch durch die Behörden. R. musste sich im Heim, bei der Ausländerbehörde und im Einwohnermeldeamt neu anmelden. Einen Vormittag dauerte das. An diesem Tag konnte er nicht zur Arbeit gehen. („Behindert die Bürokratie die Integration“, SZ, 24.5.2018)

An dieser Stelle werden also nicht die Integrationsbedürfnisse der Geflüchteten problematisiert, die seitens der Unternehmen berücksichtigt werden müssen („Wir lassen ihn eher gehen, damit er seinen Deutschkurs in B. pünktlich erreicht“, ebd.), sondern die Regulierungsmuster und Regulierungspraktiken der örtlichen Ausländerbehörden. Da die Unternehmer die Potenziale, die sie in den Geflüchteten sehen, nicht verlieren wollen, werden sie selbst aktiv. In einem Brief an die Ausländerbehörde bittet der Ausbilder, die Residenzpflicht seines Auszubildenden aufzuheben:

Gastronomie ist kein Job mit festen Arbeitszeiten, die Bus- und Bahnverbindung zwischen Ta. und We. ist schlecht. Da ist es fraglich, ob S. immer pünktlich an seinem Arbeitsplatz sein kann. Das will ich geklärt wissen. (ebd.)

Auch in einem weiteren Artikel aus dem späteren Beobachtungszeitraum („Vom Flüchtling zur Fachkraft“, SZ, 3.6.2019) werden strukturelle Probleme sowie Vorbehalte der ansässigen Bevölkerung als wesentliche Hemmnisse der Arbeitsmarktintegration ausgemacht. Dabei wird aus der Perspektive eines Ehepaars geschrieben, das sich um zwei junge Afghanen kümmert, die als unbegleitete minderjährige Geflüchtete in den Ort kamen und nach Schließung der Gemeinschaftsunterkunft in den nun wieder als Schullandheim genutzten Gebäude einen Bundesfreiwilligendienst verrichten. Sie werden als engagiert, zupackend und vielfältig begabt beschrieben. Nach Ende des Bundesfreiwilligendienstes sollten sie eine Ausbildung aufnehmen, doch bislang erhalten beide nur Absagen auf ihre Bewerbungen. Auch Bauunternehmen in der Region, die auf die beiden jungen Männer aufgrund ihrer Einsatzbereitschaft bereits aufmerksam geworden waren, wollen sie nicht beschäftigen:

Angesprochen auf die Möglichkeit einer Probearbeit oder gar einer Ausbildungsstelle winkten sie alle jedoch ohne zu überlegen ab. Die Begründung: Wenn ich Ausländer beschäftige, beauftragen mich meine Kunden nicht mehr. („Vom Flüchtling zur Fachkraft“, SZ, 3.6.2019)

Der Artikel „Zwischen Wut und Wollen“ (SZ, 5.8.2019) berichtet von einem Einzelschicksal eines jungen Afghanen, der als unbegleiteter minderjähriger Geflüchteter in den Ort kam und sich inzwischen im dritten Ausbildungsjahr als Restaurantfachmann befindet. Nachdem sein Asylgesuch abgelehnt wurde, beantragte er eine Ausbildungsduldung, was am Beibringen von akzeptablen Identitätsdokumenten zu scheitern drohte. Die individuelle Fallgeschichte ist der Aufhänger für die übergeordnete Befassung mit dem Thema Ausbildungsduldung. Dabei werden zunächst Fakten und Zahlen genannt, aus denen hervorgeht, dass vor allem in den Landkreisen Bautzen und Görlitz kaum Anträge bewilligt wurden (August 2016 und September 2018 je einer), während in den Städten Leipzig und Dresden 42 bzw. 24 Ausbildungsduldungen erteilt worden sind. Als häufigste Gründe werden „mangelhafte Voraussetzungen und gültige Beschäftigungsverbote“ genannt (ebd.).

Wie in den vorgenannten Artikeln werden dem Betroffenen viele günstige Eigenschaften bescheinigt, seine Perspektivlosigkeit im Herkunftsland erwähnt und die Möglichkeit des dauerhaften Aufenthalts in Deutschland, gekoppelt an eine Arbeitserlaubnis und gute Arbeitsleistungen, aufgezeigt, die schlussendlich zu einer Win-Win-Situation führen würde.

Auffällig an den vorgenannten Fallgeschichten – und ähnlich wie in den anderen Fallstudienregionen – ist, dass sie sich ausschließlich mit männlichen Geflüchteten befassen. Im gesamten Korpus findet sich lediglich ein Artikel, in dem eine geflüchtete Frau im Mittelpunkt steht. Der Artikel „Jetzt bin ich dran“ (SZ, 1.10.2018) portraitiert eine syrische Kurdin, die sich nach der Ankunft in Deutschland bislang um die kleinen Kinder gekümmert und „ihrem Mann R. den Rücken frei“ gehalten hatte, sodass dieser Deutsch lernen und sich um seine Arbeitsmarktintegration kümmern konnte. Die Familie wurde von den Journalisten über mehrere Jahre begleitet, wobei in den zuvor publizierten Artikeln vor allem über die Aktivitäten des Familienvaters berichtet wurde. Nachdem dessen Arbeitsmarktintegration nun gelungen ist, hat auch die junge Frau Pläne. Der Artikel stellt die Emanzipationsgeschichte als Ergebnis des Akkulturationsprozesses dar: So sei es zwar in Syrien normal, dass sich die Frauen um Haus und Familie kümmern,

...aber sie erlebt in Deutschland seit drei Jahren, wie selbstbewusst Frauen hier sind, wie selbstverständlich sie auf ihre Ausbildung achten, gleichberechtigt einem Beruf nachgehen und – mehr oder weniger – Arbeitsteilung in den Familien durchsetzen. Wie sie Auto fahren und nicht den Blick senken, wenn ein Mann sie anschaut. („Jetzt bin ich dran“, SZ, 1.10.2018)

Der Artikel berichtet, dass die Geflüchtete nach Abschluss des B2-Deutschkurses an einem Berufsförderprogramm teilnehmen wird, in dem sie auch einen Schulabschluss erwerben kann, um danach eine Ausbildung zu beginnen. Ausführlich werden die Bildungsstrukturen dargelegt, die für diesen Prozess, in dem Lücken in der Bildungsbiografie überbrückt werden müssen, nötig sind. Jedoch wird auch gezeigt, was die junge Geflüchtete zu bieten hat, etwa ihre Sprachkenntnisse („Neben Kurdisch und Arabisch spricht sie auch Türkisch und Deutsch. Englisch soll folgen“, ebd.), die sie später im Beruf einsetzen kann, zum Beispiel „als Arzthelferin in einer Praxis, in der auch Flüchtlinge behandelt werden“. Auch dieser Artikel ist gerahmt mit der Notwendigkeit, Fachkräfte zu gewinnen („Viele Unternehmen in Sachsen, die ihre Lehrstellen nicht mehr besetzen können, warten auf Leute wie R.S., hört sie im Integrationsministerium“, ebd.)

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die Fallgeschichten, die unter dem Schlagwort „Lokales“ ausgewertet wurden, sich einzig mit der Integration von Geflüchteten in den Arbeits- und Ausbildungsmarkt befassen. Während die frühe Berichterstattung vom Bemühen geprägt war, den Integrationsprozess möglichst positiv und reibungsarm darzustellen, werden im weiteren Verlauf die Schwierigkeiten der Integration klar aufgezeigt und beispielhafte Bewältigungsmechanismen in Form von „best practice“, dargestellt. Dabei werden über die Zeit zwei Diskursstränge sichtbar: Im ersten Diskursstrang wird Integration als gemeinsame Anstrengung von Geflüchteten und Unternehmern dargestellt, an deren Ende ein gesamtgesellschaftlicher Gewinn in Gestalt einer Fachkraft für den heimischen Arbeitsmarkt steht. Parallel zu diesem „Erfolg-durch-Engagement-Diskurs“ entwickelt sich ein problemorientierter Diskurs, der kritisch auf die teils ablehnende Haltung der Residenzbevölkerung sowie auf existierende Regulierungsmuster und die Rigidität ihrer Implementierung im Feld Arbeitsmarkt und Asyl blickt. Auch dieser Diskursstrang ist an die utilitaristische Logik geknüpft, das heißt, die maßgebliche Begründung für die praktizierte Kritik an den geltenden Regulierungen und für das unternehmerische und zivilgesellschaftliche Engagement für die Geflüchteten ist nicht humanitärer Natur, sondern basiert auf der wahrgenommenen Notwendigkeit der Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte, um den Wohlstand zu sichern.

Unter dem Schlagwort „Diskurse, Reaktionen“ wurden 37 Artikel gezählt, die vorwiegend in den Jahren 2016 und 2017 erschienen sind. Dieser Strang der Berichterstattung spiegelt deutlich die starke Politisierung zum Thema „Migration/Asyl“ in der Region wider und zeigt zugleich die Auseinandersetzung mit nativistischen und rechtsextremistischen Positionen, die in der Residenzbevölkerung vorhanden sind. Der zeitliche Schwerpunkt

dieser Form der Berichterstattung ist teils mit den 2017 abgehaltenen Landtagswahlen zu erklären, denn viele Berichte entstanden im Kontext von politischen Wahlkampfterminen, auf denen Migration und Asyl thematisiert wurden. So zum Beispiel bei den Bürgerformaten des SPD-Spitzenkandidaten Martin Dulig, den „Diskussionen am Küchentisch“ („Politik trifft Wirklichkeit“, 14.9.2016). Ein zentraler Themenkomplex der Berichterstattung ist der Versuch einer politischen Einordnung fremdenfeindlicher und rechtsextremistischer Vorkommnisse in Sachsen im Kontext der Flüchtlingsaufnahme ab 2015. Dabei werden stark die Motive der absoluten und relativen Deprivation bemüht, um die asylkritische Haltung der Einheimischen zu begründen. So etwa in einem Interview mit dem Leiter eines kirchlichen Begegnungszentrums über die „Angst vor den Fremden“ („Wir müssen auch mit Rechten reden“, SZ, 22.9.2016). Gesprächsanlass sind die Krawalle auf einem zentralen Platz in der Stadt B. zwischen unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten und lokalen Rechtsradikalen. Der Gesprächspartner rahmt einen Teil seiner Erklärung mit der DDR-Vergangenheit und dem mangelnden Einüben von Interkulturalität, insbesondere jedoch mit der fehlenden Zugewandtheit seitens „Politik und Verwaltung“ gegenüber dem Phänomen der absoluten Deprivation, was in einem Gefühl, nicht wahrgenommen zu werden, einmündete:

Viele fühlen sich in ihren eigenen Sorgen nicht mehr genügend ernst genommen. Ich denke da zum Beispiel an die große Zahl der Langzeitarbeitslosen bei uns im Landkreis. Viele Familien hier haben Probleme, einen normalen Tagesrhythmus zu leben. Sie isolieren sich vom ganz normalen Alltag und verlieren den Anschluss an die Zivilgesellschaft. Das prägt auch die Kinder. Wir haben hier im Kreis überdurchschnittlich viele Familien, die als arm gelten. Sie sehen, wie sich um die Flüchtlinge gekümmert wird, und fühlen sich abgehängt. („Wir müssen auch mit Rechten reden“, SZ, 22.9.2016)

Damit sei die Frage, wie Zuwanderung wahrgenommen und eingeordnet würde, auch immer „eine Frage, wie sicher und stark ich mich in meinem Leben selber fühle, ob ich positiv denke und mich in meinem Leben wohlfühle“ (ebd.). Damit wird ein zentraler Diskursstrang konstruiert, der asylkritische und rechtsradikale Haltungen zumindest teilweise mit Deprivationserlebnissen begründet – und damit auch normalisiert.

In einer Reportage zu den Ergebnissen der Landtagswahl 2017 wird dieser Diskurs in Bezug auf die absolute und relative Deprivationserfahrung in ländlichen Gemeinden und die Effekte in Bezug auf die Wahlentscheidung vertieft („Da muss sich jetzt keiner wundern“, SZ, 27.9.2017). Gegenstand der Reportage ist eine Kleinstadt im „Oberlausitzer Heide- und Teichland“ mit einer objektiv betrachteten guten Infrastrukturausstattung: „schön sanierte Häuser, steuerzahlende Unternehmen, Schule, Kindertagesstätten, Hausärzte, Einkaufsmöglichkeiten, sogar eine Post.“ Die Reportage geht der Frage nach dem überdurchschnittlich hohen Wahlerfolg der AfD (42,4 %) nach und lässt den Bürgermeister und verschiedene Bürger*innen zu Wort kommen: Im Mittelpunkt steht die fehlende Zugewandtheit der „etablierten Politiker“, die „in ihrer Ignoranz (...) gar kein Ohr mehr gehabt [hätten] für die Sorgen der Menschen hier im ländlichen Raum. Sie hätten sie einfach nicht hören wollen“ (ebd.). Gegenstand der Sorgen sei ...

...die Flüchtlingspolitik, vor der sie sich fürchten, die Rentenpolitik, von der sie nicht wissen, was ihnen mal bleibt, die Leuchtturmpolitik, von der sie sich abgehängt fühlen, die Sicherheitspolitik, die ihnen fehlt, die Europapolitik, die ihnen niemand richtig erklärt. (ebd.)

Dieses Gefühl der „weltpolitischen Entfremdung“ wird verstärkt durch vor Ort erlebbare Missstände: „Und es trägt zum Frust bei, dass hier außer dem Schülerverkehr so gut wie keine Busse mehr fahren. Oder dass jedes Sanierungsvorhaben im Ort immer eine Geldfrage ist“ (ebd.). Ein Stimmungsbild unter den Bürger*innen bestätigt diese Einschätzung: Ein Passant beschwert sich über das Primat des Umweltschutzes, wodurch menschliche Bedürfnisse gegenüber Naturschutzbedürfnissen zurückgesetzt würden („Es kann doch nicht sein, dass sich die Menschen einschränken müssen, weil jetzt hier Wölfe leben“, ebd.). Andere thematisieren die niedrigen Löhne und Renten („Es kann doch nicht sein, dass jemand 40 Jahre lang arbeitet, und dann als Rentner Flaschen sammeln muss“, ebd.), und stellen diese Lebensrealität der staatlichen Fürsorge für Asylsuchende gegenüber „Warum können sich die Flüchtlinge auf so vielen Sozialleistungen ausruhen?“ (ebd.). Zwar fehlt die Erfahrung mit der Integration Geflüchteter aus eigener Anschauung, da der Ort sich gegen die Aufnahme von Geflüchteten ausgesprochen hatte („Wir haben die Einwohner gefragt – das ist Demokratie“, erklärt der

Bürgermeister“, ebd.), dennoch sind die Passant*innen sicher, dass die Integration der Geflüchteten scheitern würde, und richten ihre diesbezügliche Protestnote an die Bundesregierung als ein diffuses „Anderes“ („Das müssen die doch endlich mal zugeben in Berlin“, ebd.).

Der Diskursstrang des „Nicht-Gehörtwerdens“ und der fehlenden Befassung mit dem Anderen wird auch in weiteren Artikeln aufgegriffen, meist verbunden mit dem Plädoyer, alle Gruppen der Zivilgesellschaft (also auch die „dunkle Seite der Zivilgesellschaft“, vgl. Roth 2003) miteinander ins Gespräch zu bringen. Diese Position vertritt beispielsweise Frank Richter, ehemals Leiter der Landeszentrale für Politische Bildung in Sachsen, in einem Gastbeitrag in der Reihe „SZ-Perspektiven“ („Was man von Sachsen lernen kann“, SZ, 10.10.2017), in dem er seine Erfahrungen über den Umgang mit den aggressiven Reaktionen auf die Einrichtung einer Asylunterkunft in Schneeberg reflektiert. Vom Oberbürgermeister der Stadt gebeten, eine erste Bürgerversammlung zum Thema zu moderieren, erlebt er eine „hitzige“ Veranstaltung, die

...drohte zu eskalieren. Ortsansässige Mitglieder der NPD und ortsfremde Krakeeler versuchten, das Gespräch zu zerstören und die Atmosphäre zu vergiften. Durch professionelle Moderation konnte dies verhindert werden (ebd.).

Weitere Bürgerversammlungen verliefen dann sachlicher:

Alle waren gut besucht. Am Ende intensiver Beschäftigung und kontroverser Debatten hatte sich die Stimmung in der Bürgerschaft beruhigt, versachlicht und gedreht. Es war deutlich geworden, dass die von der NPD Aufgehetzten eine kleine Minderheit darstellten. Die nunmehr gut informierte, ernst genommene, angehörte und in demokratischer Manier diskutierende Mehrheit hatte gelernt, diese Störer zu identifizieren, zu isolieren und zu ächten (ebd.).

Richter ordnet diese konstruktive Erfahrung ein in den gesellschaftlichen Zustand Sachsens, mit einer Bevölkerung, die einerseits durch „Überschichtungsprozesse“ aus dem westlichen Deutschland überformt sei, in ihren Sorgen kein Gehör fände, und nun die „Unterschichtung“ durch die Geflüchteten erlebe (ebd.). Während der Protest gegen eine von „außen“ und „oben“ kommende Politik bei gleichzeitiger Ignoranz der vor Ort realen Problemlagen einmütig sei, konstruiert Richter eine Zweiteilung der Gesellschaft nach innen, und zwar in eine „schweigende, bisweilen verängstigte, wohlmeinende, konstruktiv denkende Mehrheit“ auf der einen Seite, und eine „destruktiv denkende und handelnde Minderheit“ andererseits und plädiert abschließend für eine entsprechende Unterstützung der „Mehrheit“ in ihrem Bemühen, die „Minderheit“ einzuhegen (ebd.).

Nachdem die Charakterisierung der „Mehrheiten“ und „Minderheiten“ in der Auslegung Frank Richters eine dichotome Aufteilung in „wohlmeinende“ und „destruktive“ Haltungen konstruiert, präsentiert die Lokalzeitung einige Beispiele dafür, dass eine individuell menschlich zugewandte Haltung konform gehen kann mit fundamentaler Kritik am Regierungshandeln sowie der Hinwendung zu rechtsextremen politischen Parteien und Bewegungen. So wird zum Beispiel in dem Stück „Was macht Sie wütend, Herr F.“ (SZ, 19.4.2018), ein Rentner portraitiert, der regelmäßig an Pegida-Demonstrationen teilnimmt, um seine Kritik an der Regierungspolitik zum Ausdruck zu bringen, sich gleichzeitig aber gegen Verallgemeinerungen stemmt und zudem als Flüchtlingspate fungiert. Er berichtet von einer Szene am Rande einer Pegida-Demo, als er eine verbale Herabwürdigung der Gegendemonstrant*innen mit dem Wunsch nach Differenzierung parierte: „Sie kennen die Leute doch gar nicht, woher wollen Sie wissen, dass die dumm sind, nur weil sie nicht Ihrer Meinung sind?“ Zudem hinterfragt er die Kompetenz der Demonstrant*innen in Fragen der Flüchtlingspolitik und unterstellt ihnen Ignoranz gegenüber tatsächlicher Probleme.

Ich habe denen dann von einem meiner Jungs erzählt, der schon super Deutsch spricht, einer Arbeit nachgeht und sich gut integriert hat. Am Ende haben wir uns ganz vernünftig unterhalten, uns gegenseitig noch einen schönen Tag gewünscht. Da war die ganze Wut weg. Zumindest für den Moment (ebd.).

Ähnlich ein weiterer Rentner, der sich ebenfalls um einzelne Flüchtlinge kümmert, und zugleich eine Bürgerinitiative gegen die Einrichtung eines Asylbewerberheims in seiner Nachbarschaft gründete („An der Sackgasse“, SZ, 26.1.2019). Auch hier mischen sich teils radikale politische Positionen mit individuell zugewandten und altruistischen Handlungen. So berichtet der Rentner, der zuvor CDU wählte, er habe sich von den „Altparteien“ abgewandt und wähle jetzt AfD. Der pensionierte Ingenieur unterstützt einen Flüchtling, ebenfalls mit Ingenieursabschluss, bei der Arbeitssuche und findet, dieser würde „von den Behörden“ nicht zielgerichtet gefördert. Er plädiert für pragmatische Politikansätze und moniert, dass über die seiner Ansicht nach misslingende Integration von Flüchtlingen „zu wenig geredet“ werde (ebd.).

Die Frage, wer im öffentlichen Diskurs hörbar und damit wahrgenommen wird, muss noch um ein weiteres Fragment ergänzt werden, nämlich die Stimme der für Flüchtlinge engagierten Zivilgesellschaft. Viele Entwicklungen, von denen die Zeitung über den Beobachtungszeitraum hinweg berichtet, zeugen von einer Vernachlässigung der Stimme der Zivilgesellschaft, während die „andere Seite“, die radikale Rechte, durchaus im politischen Diskurs ernstgenommen wird. Dies kommt beispielsweise in einem Interview mit dem Vorsitzenden des Vereins „Willkommen in B.“ zum Ausdruck („Es herrscht ein Klima der Bedrohung“, SZ, 6.12.2016). Der Verein ist der institutionelle Arm des Bürgerbündnisses „B. bleibt Bunt“ und hat unter anderem Fördermittel vom Bund für ein Begegnungszentrum eingeworben, das die Integration von Migrant*innen unterstützt. Der Vorsitzende geht zunächst auf das große Engagement der Zivilgesellschaft ein, allein 100 Pat*innen, die in B. aktiv sind. Doch die öffentliche Stimmung sei gekippt.

Man merkt eine Verunsicherung bei denjenigen, die in der Flüchtlingsarbeit aktiv sind. Die Ehrenamtlichen erleben von Rechts ein Klima der Bedrohung und Einschüchterung, was der Stadt nicht guttut. („Es herrscht ein Klima der Bedrohung“, SZ, 6.12.2016).

Als diskursives Ereignis hierfür macht er unter anderem die Geschehnisse an einem öffentlichen Ort in B., an dem es vermehrt zu Auseinandersetzungen zwischen unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten und rechtsradikalen deutschen Jugendlichen und nachfolgenden Polizeieinsätzen gekommen war. Vor Ort wie auch auf Landesebene ringt man um die Einordnung des Geschehens („Die Vorfälle von B. waren kein Zufall“, SZ, 29.9.2016). Dabei fokussiert sich ein Diskursstrang auf die Rolle der unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten und kritisiert deren Verhalten im öffentlichen Raum:

Man müsse sich allerdings die Frage stellen, warum minderjährige Asylbewerber auf einem öffentlichen Platz Alkohol konsumierten. Was ist in den Integrationsbemühungen schief gelaufen? (ebd.)

Dieser Diskursstrang dekontextualisiert die Ereignisse und konzentriert sich auf die Konsequenzen in Form individuelle Strafverfolgung:

Wer andere Menschen mit Flaschen und Steinen bewirft, ist ein Straftäter und darf sich nicht im Recht fühlen, unabhängig, ob er Deutscher oder Asylbewerber ist (ebd.).

Ein zweiter Diskursstrang lenkt die Aufmerksamkeit auf den Entstehungszusammenhang und hebt die Entwicklung rechtsradikaler Strukturen in Ostsachsen hervor, angefangen bei Rechtsrockkonzerten:

Anfangs tauchten nur ein paar Flyer auf. Nach und nach wurden Christen bedroht, Obdachlose und Sorben angegriffen. Ins Visier der Neonazis gerieten auch Linke und Homosexuelle (ebd.).

Das Ziel der Rechtsextremisten sei die „Eroberung des öffentlichen Raumes“. Die Ereignisse in Bautzen sind aus dieser Perspektive lediglich ein Beispiel für den Versuch Rechtsradikaler, eine Vormachtstellung im öffentlichen Raum zu erhalten: „Das gravierendste Problem für B. und seine Einwohner sind nicht die Flüchtlinge“ (ebd.). In Bezug auf die Positionierung der Landespolitik kommt ein dritter Diskursstrang zum Tragen, der den raumzeitlichen Kontext der Flüchtlingsaufnahme in Sachsen in den Mittelpunkt rückt. So schätzt die Sächsische Integrationsministerin ein, dass „die Mehrheit der Menschen in Ostsachsen für Toleranz“ stehe. „Allerdings sei die Öffentlichkeit zu Beginn der Flüchtlingskrise zu wenig informiert und eingebunden worden.“ Als regionale

Besonderheiten hebt sie die demografische Entwicklung in Ostsachsen hervor, vor allem die geschlechtsselektive Abwanderung, aus der ein „Männerüberschuss“ resultiere: „Darum müssen wir uns kümmern“ (ebd.). Damit wird indirekt auf das erhöhte Aggressionspotenzial von Männern und ihre stärkere Attrahierung zu rechtsextremen Strukturen hingewiesen. In dem Artikel bleiben jedoch die Ableitungen aus diesem Befund aus, etwa in Bezug auf die Ereignisse auf einem städtischen Platz in B.. Auch die Position des Sächsischen Ausländerbeauftragten zu dem Gewaltausbruch in B. und der Haltung der „schweigenden Mehrheit“ bleibt im Ungefähren. Er befindet, „Integration sei auf dem Land schwieriger als in Großstädten, mehr Vermittlung und Kommunikation sei nötig“ (ebd.) und sieht zudem ein politisches Versäumnis im Umgang mit der extremen Rechten. „Rechtsextremisten haben wir in Sachsen offenbar zu lange unzulässige Freiräume gewährt“ (ebd.). Die Problematik wird demnach reduziert auf eine relativ kleine, gewalttätige Gruppe, die aufgrund einer Schwäche der Exekutive zu wirkmächtig geworden sei.

Somit sind die Geschehnisse in B. lediglich ein Beispiel dafür, wie die öffentliche Aufmerksamkeit im Kontext der Berichterstattung über Geflüchtete zwischen einer Fokussierung auf die Geflüchteten als Auslöser von Konflikten und der Thematisierung zugrundeliegender gesellschaftlicher Strukturen schwankt. Deren rassistische und extremistische Durchdringung bleibt ein Tabu, was sich an den Deutungsversuchen in Bezug auf die „Mitte der Gesellschaft“ zeigt. Dass diese diskursiven Zuweisungen auch Folgen für die Handlungspraxis haben, zeigt sich in der zunehmenden Verunsicherung der in der Flüchtlingsarbeit Aktiven, wie es der Vorsitzende des Vereins „Willkommen in B.“ im Interview zum Ausdruck bringt („Es herrscht ein Klima der Bedrohung“, SZ, 6.12.2016). Er moniert die Haltung der politischen Spitzen im Landkreis, die eher das Gespräch mit den Extremisten suche als mit den zivilgesellschaftlichen Aktiven.

Absolut unverständlich ist für mich, dass sich Landrat H. mit dem neuen NPD-Kreischef trifft. Anstatt sich klar von rassistischen und fremdenfeindlichen Organisationen zu distanzieren, beginnt man mit ihnen zu sprechen. Das ist katastrophal für die Außenwirkung (ebd.).

Vom Journalisten abschließend nach seinen Wünschen gefragt, hofft der Gesprächspartner „auf mehr Engagement von der schweigenden Mitte“ (ebd.).

Die Diskursstränge, die in der Kategorie „Diskurse, ReAktionen“ in Bezug auf den Landkreis Bautzen identifiziert wurden, zeigen idealtypisch die Verzahnung lokaler oder regionaler Diskurse durch die Bundesebene, sodass sich eine vertikale und eine horizontale Richtung der Diskurse ausmachen lassen. Die vertikale Struktur bildet die Diskurse auf bundespolitischer Ebene ab: Starke Motive sind dabei die gesellschaftliche Überschichtung durch den Westen sowie die Unterschichtung durch Geflüchtete, dazwischen bleibt wenig Raum für die Anerkennung der Bedürfnisse der Ostdeutschen. In der horizontalen Diskursstruktur werden unterschiedliche Gesellschaftsformationen angenommen und argumentativ verhandelt: Einerseits wird eine Dichotomie aufgemacht, die eine passive aber konstruktive Mehrheit auf der einen und eine radikale destruktive Minderheit auf der anderen Seite sieht. Andererseits sieht eine andere Darstellung eine Dreiteilung der Gesellschaft in die engagierte Zivilgesellschaft, eine passive Mitte und eine radikale Rechte. Stellt man diesem Befund der Diskursanalyse die Ergebnisse einer Bevölkerungsbefragung zur Seite, welche in der politischen Selbsteinschätzung der sächsischen Befragten eine Nivellierung zur Mitte erkennen lässt (vgl. Schneider et al. 2021), die auch im Kontrast zum tatsächlichen Wahlverhalten steht, so kommt man zu dem Schluss, dass die „passive Mitte“ ein relativ breites Spektrum an Einstellungen und Befindlichkeiten abdeckt. Inwiefern diese, wie der erste Diskursstrang annimmt, als konstruktiv zu bezeichnen ist, lässt sich auf Basis der hier vorliegenden Befunde nicht feststellen.

Auf Grundlage der Analysen der Diskurse im Landkreis Bautzen lassen sich abschließend auch die zentralen Perspektiven auf Integration rekonstruieren: Wie in vielen anderen der untersuchten Landkreise, so herrscht auch hier ein utilitaristischer Blick auf Geflüchtete, die, insofern sie eine Funktion als Arbeitskraft einnehmen, dem demografischen Wandel in der Region entgegenwirken könnten. Allerdings ist ein Verbleib nicht sichergestellt. Dies vor allem durch fehlenden adäquaten Wohnraum sowie fehlende Arbeitsmöglichkeiten,

wobei beide Aspekte stark durch strukturellen Rassismus bedingt sind. Im öffentlichen Diskurs wenden sich Vertreter*innen der Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft gegen den strukturellen Rassismus – die einen aus utilitaristischen Gründen, die anderen aus humanitären. Dabei sind gerade die Kämpfe um Deutungshoheit zwischen der für und gegen Geflüchtete engagierten Zivilgesellschaft stark durch grundsätzliche politische Positionen eingefärbt.

Damit fügt sich die Perspektive auf Geflüchtete im öffentlichen Diskurs in eine Reihe von Kränkungs geschichten ein, in denen die Bevölkerung der Region empfindet, durch Maßnahmen „von oben herab“ beeinträchtigt worden zu sein und nur durch vehementen politischen Protest auf sich aufmerksam machen zu können. Die Frage nach Mehrheits- oder Minderheitsverhältnissen der Gesellschaft kann durch die Diskursanalyse nicht beantwortet werden. Festgehalten werden kann jedoch, dass der starke gesellschaftliche „Gegenwind“ in Bezug auf teilhabeorientierte Haltungen von politischen Akteur*innen in der Region wahrgenommen und vermutlich die eigenen Handlungsorientierungen und -muster prägen wird, was in der Konsequenz nicht unbedingt zu teilhabeorientierten Politikansätzen führen dürfte.

4.2.8 Lokale Diskurse im Landkreis Nordsachsen

Der Korpus für den Landkreis Nordsachsen, bestehend aus 523 Artikeln der Leipziger Volkszeitung (LVZ) und der Torgauer Zeitung (TZ), hat besonders intensive Bezüge zu den Kategorien „Wohnen/Unterbringung“ und „Ehrenamt“ (je 112 Codes) sowie „Diskurse“ (100 Codes) und „Integration“ (93 Codes). Die Berichterstattung zum Schwerpunkt „Wohnen/Unterbringung“ ist zeitlich auf das Jahr 2015 mit 70 Beiträgen und das Jahr 2016 mit 25 Beiträgen konzentriert; danach fällt die Intensität der Berichterstattung rasch ab. Drei inhaltliche Schwerpunkte lassen sich identifizieren: Zum einen die Berichterstattung zum Aufnahmegeschehen sowie die politische Auseinandersetzung mit dem Thema, zum zweiten die Berichterstattung über die Suche nach Unterkünften und Standorten und diesbezügliche lokale Diskurse, und drittens Erfahrungsberichte mit der Unterbringung.

So berichtet die TZ am 19.2.2015 in dem Beitrag „Zahl der Asylbewerber vor Verdoppelung“ von einer Bürgermeisterrunde im Landratsamt, die der Landrat angesichts der neuesten Prognosen zu den aufzunehmenden Asylsuchenden einberufen hat. In dem Artikel wird die Unterbringungsverpflichtung der Landkreise, Städte und Gemeinden erläutert, während die Bearbeitung der Asylanträge beim BAMF läge. Der Landrat berichtet, dass der größte Anteil der Asylsuchenden derzeit aus dem Kosovo käme, für die die „Anerkennungsquote bei unter 0,3 Prozent“ läge. Daraus könne abgeleitet werden, dass der Landkreis die Aufgabe der Unterbringung nur vorübergehend wahrnehmen müsse, „bis eine Rückführung in das Herkunftsland realisiert werden kann oder ein Aufenthaltstitel (Anerkennung des Asylantrags) vorliegt.“ Tags darauf wird der Landrat zitiert, man benötige „richtige Strukturen und praktikable Lösungen“ um die für den Landkreis vorhergesagten 1.000 Neuaufnahmen zu bewältigen (LVZ, 20.2.2015). Anlass für den Bericht war ein „Asylgipfel“ auf Landesebene, an dem der Nordsächsische Landrat teilgenommen hatte. Wie bereits tags zuvor wird die Herkunft und geringe Bleibewahrscheinlichkeit der Asylsuchenden thematisiert, verbunden mit der Forderung, Asylsuchende erst nach Eröffnung des Asylverfahrens in die Landkreise weiter zu verteilen und jene auszuklammern, deren Antrag kurzfristig abschlägig beschieden werden könne.

Wir müssen uns auf die Menschen konzentrieren, die wirklich unsere Hilfe benötigen. Jene Asylsuchenden, die in den Verfahren von vornherein chancenlos sind, müssen zügiger in ihre Heimatländer abgeschoben werden. (LVZ, 20.2.2015)

Weitere politische Forderungen, die vonseiten der Landkreise geäußert wurden, waren eine Vorabinformation über zugewiesene Asylsuchende und Erleichterungen in Bau- und Vergaberecht. In Bezug auf den Landkreis Nordsachsen wird zudem über den Aufbau von Koordinationsstrukturen berichtet und erste Schwierigkeiten mit konkreten Unterbringungsstandorten erläutert. Ein Kommentar zum Beitrag betont die Bedeutung der Aufgabe

für den Landkreis, die über die Unterbringung weit hinausgehe, und macht damit die langfristigen Folgen der Asylzuwanderung deutlich.

Zu einem Integrationsprozess, der diese Bezeichnung auch verdient und vor allem rechtfertigt, gehört weit mehr. Vor allem die Integration in die Gesellschaft, in Vereine, soziale Betreuung, Sprach- und Bildungsangebote und auch Arbeit. (LVZ, 20.2.2015)

Unter Bezugnahme auf angeblich misslungene Integrationsprozesse in der alten Bundesrepublik („Im Westen Deutschlands ist genau das vielerorts gewaltig schiefgegangen, sind Parallelgesellschaften entstanden“ ebd.) wird eine Entbürokratisierung, die rasche Bereitstellung von Mitteln sowie ein stärkeres Engagement der übergeordneten Politikebenen eingefordert („Nordsachsen kann es besser machen, braucht jedoch die Chance, also die Mitwirkung von Bund und Land dazu, sonst bleibt der Kreis alleingelassen auf der Strecke“, ebd.). Abschließend geht der Kommentar auch auf den öffentlichen Diskurs ein und betont die Bedeutung einer transparenten Kommunikation, um die Akzeptanz der lokalen Bevölkerung zu sichern. „Die Menschen hier müssen mitgenommen werden, wenn Flüchtlinge in Größenordnungen nach Nordsachsen kommen, wenn Akzeptanz gefordert wird“ (ebd.). Im weiteren Verlauf wird in einer raschen Abfolge von der Suche nach Unterkünften für die rasch ansteigende Zahl der Asylsuchenden im Landkreis berichtet, unter anderem an den Standorten

- Laußig (LVZ, 28.1.2015),
- Torgau (TZ, 18.2.2015; TZ, 19.2.2015; TZ, 14.7.2015; LVZ, 16.7.15; TZ, 28.8.2015),
- Arzberg (TZ, 22.4.15; TZ, 3.5.15; TZ, 18.11.2015),
- Belgern (TZ, 8.5.15; TZ, 1.6.15),
- Eilenburg (TZ, 26.2.2015; LVZ, 14.10.2015),
- Rackwitz (LVZ, 2.3.2015),
- Bad Dübau (LVZ, 23.5.2015; LVZ, 1.9.2015) und
- Zschortau (LVZ, 1.8.15; LVZ, 21.8.15; LVZ, 26.8.2015).

Die Lokalzeitung begleitet die Standortsuche und berichtet über die Planungen zu einzelnen Standorten sowie über lokale Diskurse und Protestbewegungen. Diese Berichte über relativ kleine Fallzahlen werden konterkariert durch das Gesamtzenario für den Landkreis, in dem von einer annähernden Verdreifachung der Zugangszahlen 2015 im Vergleich zu 2014 die Rede ist („Noch 1.500 Flüchtlinge bis Jahresende“, TZ, 22.8.2015; „Das wird schon schwierig“, TZ, 28.8.2015; „Asyl. B. informiert Stadtrat“, TZ, 31.8.2015; „das wird ‘ne ganz harte Sache“, TZ, 15.9.2015). Während anfangs einzelne Standorte im Mittelpunkt der Aushandlung stehen, ist später von einer „Aufnahmequote“ von 3 % der jeweiligen Wohnbevölkerung die Rede. Der Landrat appelliert an den „Zusammenhalt innerhalb des Landkreises“ und zieht dabei Parallelen zu vergangenen Katastrophenereignissen, die die Region erfolgreich gemeistert hat – die „Jahrhundertfluten“ von 2002 und 2013: „Auch das Hochwasser und seine Folgen habe man nur gemeinsam meistern können“ („Asyl: Landrat fordert Zusammenhalt“, TZ, 30.9.2015). Vor allem zum Ende des Jahres 2015 und Anfang 2016 werden Katastrophenanalogien bemüht: Immer häufiger taucht die Vokabel „Not“ in den Schlagzeilen auf (zum Beispiel „Flüchtlingsheim auf ECW-Gelände: ‚Nur in der allergrößten Not‘“, LVZ, 20.1.2016). Es wird von Notunterbringungen in Turnhallen berichtet („Kreiselternrat: Flüchtlinge in Schulturnhallen notfalls möglich“, LVZ, 15.10.15) und es gibt viele Berichte über Kontingente von Geflüchteten, die im Landkreis verteilt werden sollen („Nordsachsen benötigt 900 Wohnungen für Flüchtlinge“, TZ, 4.11.2015; „800 weitere Flüchtlinge“ TZ, 24.11.2015; „Nordsachsen soll 100 unbegleitete Flüchtlingskinder aufnehmen“, LVZ, 26.11.2015; „Zahl der Flüchtlinge steigt auf 2.099“, LVZ, 9.1.2016).

Zwei Hauptdiskurstränge fallen dabei auf: zum einen die Verquickung der Unterbringungsthematik mit Fragen von *local governance* und Mehrebenenpolitik, zum anderen die Koppelung von Unterbringungsdiskursen mit

Deprivationsdiskursen. Beispielhaft für den ersten Diskursstrang ist die Ablehnung einer Stadtratsvorlage in To., in einen leer stehenden Plattenbau Geflüchtete unterzubringen und das Gebäude dafür instand zu setzen. Im Vorfeld gab es eine Fragerunde mit der Landkreis-Verwaltung, bei der auch viele Bürger*innen zugegen waren. Die beteiligten Stadträt*innen betonen, dass auch das unbefriedigende Ergebnis dieser Fragerunde den Ausschlag zu Ablehnung gab („Fünf Möglichkeiten werden geprüft“, TZ, 9.4.2015). Gegenüber der TZ bringen die einzelnen Fraktionen zum einen ihren Unmut über die Bundespolitik zum Ausdruck, die „viel zu spät auf die neue Völkerwanderung reagiert, sie zudem falsch eingeschätzt und zu träge gearbeitet [hat]. Die Städte und Gemeinden seien deshalb nun die Leidtragenden als letztes Glied in der Asylpolitik“ (ebd.). Zum anderen wurde Transparenz von Entscheidungswegen und echte Partizipation seitens der betroffenen Bürger*innen eingefordert. In dem konkreten Fall habe die Landkreisverwaltung „ihre Hausaufgaben nicht ordentlich gemacht“. Dies sei im Rahmen der Bürgerversammlung deutlich geworden und so sei positiv zu bewerten, „dass durch direkte Diskussion mit Bürgern der Stadt eine Abstimmungsvorlage im Stadtrat auch scheitern kann“ (ebd.). „Ein zweites ‚Tröglitz‘ sollte es nicht geben!“, betont einer der Stadträte, und zieht damit eine Verbindung zu dem Beispiel einer Kleinstadt in Sachsen-Anhalt, in der die durch den Bürgermeister proaktiv unterstützte Unterbringung von Geflüchteten mit der Brandstiftung des frisch renovierten Gemeinschaftseinrichtung und dem Rückzug des Bürgermeisters aus seinem Amt endete. Abschließend verbindet ein Stadtrat mit dem Votum die Hoffnung, „dass die Verwaltung nun sensibler mit diesem Thema umgeht, bemüht ist, aktiv mitzugestalten“ und „im Idealfall sogar eine Bürgerversammlung einberufen wird“ (ebd.). Wenige Monate später wird dieser Wunsch jedoch ad absurdum geführt, indem die Landesdirektion angesichts dringend benötigter Unterbringungsplätze von ihrem Weisungsrecht Gebrauch macht und den Stadtrat anweist, die versagte Baugenehmigung zur Umnutzung des bestehenden Gebäudes in eine Gemeinschaftsunterkunft für Asylsuchende zu erteilen („Sü.er Weg: Nun doch Unterkunft für Asylbewerber“, TZ, 22.1.2016).

Der zweite Diskursstrang im Rahmen der Unterbringungsdebatte des Jahres 2015 bildet das Motiv der absoluten oder relativen Deprivation ab. In mehreren Gemeinden kommt es nach der Ankündigung einer Flüchtlingsunterbringung zu Protest, der sich nicht nur aus allgemeinen Ängsten (zum Beispiel vor Kriminalität oder einer Entwertung des Grundstücks) nährt, sondern sich auch durch die bereits bislang erlebten sozialräumlichen Benachteiligungen begründet. So zum Beispiel während einer Bürgerversammlung in Be. im Vorfeld der Unterbringung von Asylbewerber*innen in einem Wohnblock („Das ist gewiss kein Be.-Standard“, TZ, 8.5.2015). Zunächst werden allgemeine Ängste formuliert, zum Beispiel in Bezug auf Ethnizität und Geschlecht der Asylsuchenden (Kosovaren, Männlich), dann jedoch Klagen über die unzumutbaren Wohnbedingungen in dem Plattenbau vorgetragen:

Angeblich gibt es viele bauliche Mängel, vor allem bei der Elektrik. Nun fühle man sich hinten angestellt, wenn die Wohnungen und Aufgänge der Asylbewerber saniert würden, ihre eigenen vier Wände jedoch nicht. (ebd.)

Der Bürgermeister verspricht daraufhin Unterstützung in der Auseinandersetzung mit dem Hausbesitzer.

Sozialarbeiter und gegebenenfalls auch Mitarbeiter des Gesundheitsamts würden sich vom Zustand der Wohnungen ein Bild verschaffen und mit den Mietern weitere Schritte besprechen. Letztlich könnte auch ein begründeter Umzug vom Landkreis finanziert werden. (ebd.)

Auch andernorts erlebt die lokale Bevölkerung, wie Plattenbauten in ihrer Nachbarschaft im Vorfeld der Asylunterbringung saniert werden, während sie selbst seit Jahren in prekären Wohnbedingungen ausharren. So zum Beispiel in dem kleinen Ort Kö., in dem kurzfristig durch einen privaten Anbieter vier Wohneinheiten eines Plattenbaus für Asylsuchende zur Verfügung gestellt werden sollen. Der Bürgermeister ist erstaunt über den Protest, da in anderen Teilen der Gemeinde eine „Willkommenskultur“ herrsche. Überdies sei die Unterbringung von maximal zwölf Personen in den vier Wohneinheiten angemessen, da die Gemeinde zu diesem Zeitpunkt rund 25 Personen monatlich unterzubringen habe („Unter der Gürtellinie“, TZ, 3.5.2021). Eine Klärung misslingt, da sowohl Besitzer als auch Verwalter der Immobilie „ihre Teilnahme an dem Krisengespräch kurzfristig abgesagt“

hatten (ebd.). Einige Monate später lässt der bisherige Besitzer der Wohnanlage seine Immobilien versteigern, der neue Eigner möchte nun drei Gebäude für Asylsuchende nutzen:

Aber wir werden auf keinen Fall 150 bis 200 Personen dort hineinstopfen, wie schon befürchtet wurde. Das hat ja mit Integration nichts zu tun. Wir haben uns auf 60 Personen verständigt – die in Familie leben – und die 15 Wohnungen beziehen. („K*er Wohnblöcke werden versteigert“, TZ, 18.11.2015)

Nach Ertüchtigung der Substandardwohnungen, in denen noch „DDR-Fliesen, Kohleöfen, alte Linoleumböden und nicht mehr zeitgemäße Elektrik“ vorgefunden wurden, kann laut Geschäftsführer nun „jeder einziehen, der möchte“ (ebd.). Jedoch sei man schon mit der Landesdirektion im Gespräch hinsichtlich der Unterbringung von Geflüchteten.

Derartige Aktivitäten von Privateignern schüren das Gefühl der relativen Deprivation sowie die Mutmaßung, dass weniger humanitäre, sondern monetäre Gründe für die Unterbringung der Geflüchteten in der unmittelbaren Nachbarschaft eine Rolle spielten. So formuliert ein Stadtrat im Kontext einer Standortdebatte,

Was ihm vorerst bleibe, sei die Erkenntnis, dass mit dem Leid und Elend von Flüchtlingen wohl eine Menge Geld – Steuergelder – verdient werden kann, durch Unternehmer, die im großen Stil Asylunterkünfte herrichten und im Folgenden gewinnbringend betreiben. („Fünf Möglichkeiten werden geprüft“, TZ, 9.4.2015)

Doch es finden sich auch positivere Beispiele der Unterbringung, wie zum Beispiel die Umnutzung einer ehemaligen Bildungsanstalt als Gemeinschaftsunterkunft für Geflüchtete auf einem historischen Rittergut. Mehrfach berichtet die Lokalzeitung sehr positiv von dem Projekt und begleitet die Vorbereitung und den Einzug von zunächst 25 syrischen Männern in das historische Gebäude, welches zuvor von der GIZ als „Lehrstätte für ausländische Ingenieure“ genutzt worden war („Rotes Kreuz startet am Montag die Betreuung der Einrichtung“, LVZ, 1.8.2015; „Nachbarschaft auf Zeit im idyllischen Umfeld“, LVZ, 21.8.2015; „Positives Signal aus Z.“, LVZ, 21.8.2015; „Z. ist und bleibt ein Weltdorf“, 31.12.2015). Im Laufe des Jahres 2015 ziehen 54 Asylsuchende ein, andere Teile des Gutes werden als Interimsstandort für eine Grundschule genutzt. Die ersten Berichte betonen die „idyllische Lage“, die optimalen Bedingungen des ehemaligen Internats als Gemeinschaftsunterbringung, die geringen Kosten für den Landkreis, da „die GIZ (...) die Ausstattung freundlicherweise überlassen“ hat, sowie die Bereitschaft dreier Lehrerinnen der benachbarten Grundschule, in ihrer Freizeit Deutschunterricht für die Geflüchteten anzubieten („Nachbarschaft auf Zeit im idyllischen Umfeld“, LVZ, 21.08.2015). In einem Kommentar zu diesem ersten Bericht werden dann auch die günstigen Ausgangsbedingungen hervorgehoben, die „zum Gelingen beitragen“ und auch den Anwohner*innen „das Gefühl geordneter Abläufe vermitteln.“ – „Gut so“, befindet der Kommentar, denn „jegliche Anzeichen von Planlosigkeit würden neue Unsicherheit schaffen – auf beiden Seiten der Grundstücksgrenze“. Somit sei das Projekt „ein positives Signal in einer insgesamt schwierigen Zeit.“ („Positives Signal aus Z.“, LVZ, 21.8.2015).

Einige Monate später wird in einer Reportage von dem Alltag in der Gemeinschaftsunterkunft berichtet („Z. ist und bleibt ein Weltdorf“, LVZ, 31.12.2015). Mehrfach werden die interkulturellen und interreligiösen Begegnungen hervorgehoben, die regelmäßig veranstaltet werden und Zulauf von Geflüchteten wie von Dorfbewohner*innen haben, wie zum Beispiel ein gemeinsamer Liederabend zum Jahresausklang. Immer wieder wird dabei auf die Erfahrung der Dorfbewölkerung im Umgang mit Zugewanderten rekurriert, aus der interkulturelle Kompetenzen und geringe Berührungsängste abgeleitet werden. So hat die regionale Tafel die Gemeinschaftsunterkunft in ihren Lieferplan integriert. Weder die Tatsache, dass die Geflüchteten nun zusätzlich zu anderen Bedürftigen mit „30–40 Portionen“ mitversorgt werden („Wir sind ja ohnehin vor Ort, weil wir im Raum R. und D. Hausbelieferungen machen“), noch die Notwendigkeit, dass die Lebensmittelpakete für die Syrer „mit besonderem Augenmerk“ zusammengestellt werden, da „bestimmte Speisen (...) für Muslime nun mal nicht geeignet“ seien, wird als besonderer Aufwand dargestellt (ebd.). Gute Erinnerungen habe man an die Zeit, als auf dem Gutsgelände noch ausländische Ingenieure weitergebildet wurden, berichtet der Artikel. „In Erinnerung

bleiben die vielfältigen Begegnungen zwischen ausländischen Studenten und den Menschen vor Ort, die guten Kontakte zwischen der Bildungseinrichtung und anderen ortsansässigen Institutionen. Immer wieder hatten auf dem Gutsgelände öffentliche Veranstaltungen stattgefunden“ (ebd.). Dennoch sei der Einzug der Geflüchteten „nicht reibungslos“ verlaufen. „51 Syrer in einem Ort mit rund 1500 Einwohnern, und die Grundschule gleich daneben, das bot Diskussionsstoff“ (ebd.). Auch in Z. fühlten sich Einwohner*innen von der Unterbringungsentscheidung „überrumpelt, vor vollendete Tatsachen gestellt.“ Doch diese „Herausforderung“, so der Bürgermeister, sei aktiv angenommen worden, indem Institutionen vor Ort wie die Grundschule, die Pfarrei und der Sportverein Integrationsangebote gemacht hätten, die zu einem positiven Verlauf beigetragen hätten. Mehrfach zieht die Reportage Parallelen zu der früheren Erfahrung, so zum Beispiel die Tradition des gemeinsamen Singens („Das Singen vorm Jahresende hat bei uns Tradition. Das haben wir früher schon mit den GIZ-Studenten gemacht. Jetzt kommen eben die anderen“, ebd.) oder auch die Tatsache, dass die Gäste nicht lange bleiben, was Integrationserfolge unsichtbar macht („Wir bemerken eine starke Fluktuation“, berichtet Sportvereinschefin W. – bedingt durch die vergleichsweise zügige Anerkennung der syrischen Asylbewerber“, ebd.).

Wie schon in den einführenden Artikeln zu dem Unterbringungsprojekt wird viel von räumlichen und zeitlichen Strukturen berichtet, in denen sich die Geflüchteten bewegen, etwa die Dekoration der Wohnräume („Das fällt sogar von außen auf: Hier und da sind Fensterbretter geschmückt, mit Blumentöpfen oder Weihnachtsbäumen aus Keramik“) oder die detaillierte Schilderung der Abläufe im Alltag der Unterkunft:

Fürs Sauberhalten ihrer Zimmer sind die Bewohner selbst verantwortlich. (...) Zudem hat eine Hand voll Hausmeister in wechselnden Schichten ein Auge darauf, dass alles seinen Gang geht. (...) Die Bewohner können ihre Schmutzwäsche zu festgelegten Zeiten abgeben. (...) Auch der Schriftverkehr ist organisiert. Täglich wird die eingegangene Post auf Listen bekanntgegeben. (...) Einmal pro Woche ist auch die D.er Tafel vor Ort. (...) Kochen müssen die Syrer dann selbst. (LVZ, 31.12.2015)

Die Leser*innen gewinnen ein Bild von planvoller Aktivität, bei der „das Lernen im Alltag der Z.er Flüchtlinge eine große Rolle“ spielt, da die meisten täglich einen „berufsvorbereitenden Unterricht“ besuchten, sodass „das Wohnheim an vielen Stunden des Tages wie ausgekehrt wirkt“. In der verbleibenden Zeit seien die Bewohner „zumeist auf ihren Zimmern.“ Die Einkaufsmöglichkeiten vor Ort würden kaum genutzt, da die meisten Besorgungen in der Kreisstadt De. oder in der nahen Großstadt Leipzig erledigt würden, „wo arabischstämmige Versorger ansässig sind.“ So seien die Geflüchteten in „den Läden im Dorf (...) selten zu finden, und auch der örtliche Allgemeinmediziner berichtet von wenig „Mehraufkommen“, da die „jungen Männer aus dem Wohnprojekt“ offensichtlich über eine „robuste Gesundheit“ verfügen (ebd.). Es entsteht dadurch ein Bild, in dem die Einordnung in vorgegebene Strukturen zum beiderseitigen Vorteil gereicht. Den Geflüchteten werden viele Angebote gemacht und klare Strukturen und Regeln vorgegeben, sodass sie Bildungsmöglichkeiten und Abwechslung erleben. Für die Dorfbewohner*innen ermöglicht diese Programmatik eine planvolle Begegnung („Liederabend“, „Sportfest“), während die Geflüchteten ansonsten an den ihnen zugewiesenen Orten sind („Die Bewohner sind unterwegs. Und ansonsten zumeist in ihren Zimmern.“) und im öffentlichen Raum nicht in Erscheinung treten („In den Läden im Dorf sind die Ausländer selten zu finden. Wer in der Bäckerei oder im Obst- und Gemüseladen nach ihnen fragt, erntet Kopfschütteln.“ LVZ, 31.12.2015).

Gegen Ende der Reportage wird nochmals auf das notwendige Akteursnetzwerk für eine reibungslose Integration vor Ort eingegangen, das auch die lokale Bevölkerung in die Pflicht nimmt („Ich kann nur vernetzen und initiieren. Um etwas auszurichten, brauche ich die Menschen im Ort“, sagt Pfarrer S.“). Das Wohnprojekt wird als ein positives Beispiel einer temporären Integration dargestellt, mit dem auch ein Kontrapunkt zu den regional dominierenden Abwehrdiskursen gesetzt wird („Jeder neue Bericht über die Flüchtlingspolitik in Land und Bund findet in Z. Resonanz, wirft neue Fragen auf. Die Unterbringung immer neuer Asylsuchender ist eben kein launiger Spieleabend.“) Abschließend verweist der Artikel nochmals auf die Mitwirkungspflicht der Gemeinden bei der Flüchtlingsunterbringung, sodass eben auch der Ort Z. in die Pflicht genommen würde („Den Anspruch, ein Willkommensdorf zu sein, hat Z. nie erhoben.“) und zeigt damit zugleich, dass das Annehmen dieser Aufgabe

gelingen kann und am Ende für alle Beteiligten auskömmlicher ist, als eine Protesthaltung einzunehmen („Vielleicht, weil Mensch-ärgere-dich-nicht auf Dauer entspannter ist als ein Dauerzoff um den Schwarzen Peter.“).

Im Jahr 2016 geht die Zuweisung von Geflüchteten spürbar zurück und viele Geflüchtete des Jahres 2015 befinden sich nun nach der Asylenerkennung auf Wohnungssuche. Dabei stoßen sie auf verschiedene Schwierigkeiten, wie der Lokalzeitung zu entnehmen ist. Obgleich der Wohnungsmarkt grundsätzlich ausreichend Kapazitäten aufweist – ein Artikel aus dem Herbst 2015 berichtet beispielsweise von einem Leerstand eines Großvermieters von 16 %, bei einem Kernbestand von 1.600 Wohnungen („Trotz Flüchtlingskrise: Großvermieter haben noch ausreichend Wohnraum“, LVZ, 14.10.2015) –, werden Geflüchtete von vielen Vermieter*innen abgelehnt. „Viele private Vermieter würden generell nicht an Ausländer vermieten“, so eine HelferIn“ (ebd.). Zudem sei die Nutzung von Wohnungen durch Wohngemeinschaften – für alleinstehende männliche Geflüchtete oft die einzige Chance, angemessenen Wohnraum zu finden – „in der Region nicht üblich.“ („Asyl bringt Ehrenamtliche und Wohnungsanbieter an Grenzen“, TZ, 24.03.2016). Vonseiten einer kommunalen Wohnungsgesellschaft werden negative Erfahrungen mit der „Vermietung an Ausländer aus dem südlichen Europa, Arabien und Nordafrika“ berichtet. „Die Zahlungsmoral sei ‚nicht immer vorbildlich‘, die Einhaltung von Hausordnung und Kündigungsfristen sowie die Verpflichtung zu einer ordnungsgemäßen Rückgabe der Wohnung sind oft nicht bekannt oder werden ignoriert“ (ebd.). Aufgrund der Schwierigkeiten, im Anschluss an die Unterbringung während des Verfahrens eine eigene Wohnung zu finden, habe sich laut Flüchtlingshelfer*innen bereits ein „Graumarkt“ entwickelt – für Hunderte Euro werden Wohnungen untereinander von den Flüchtlingen gehandelt“ (ebd.).

Neben Diskriminierungen auf dem Wohnungsmarkt ist auch der Zugang zu Arbeitsplätzen häufig mit Schwierigkeiten behaftet, wie der Leiter einer Gemeinschaftsunterkunft berichtet („Mit den Flüchtlingen per du“, TZ, 17.11.2016). Während an den Unterbringungsorten der Geflüchteten teils die Akzeptanz gewachsen sei, „weil sich die Anwohner mehr und mehr mit der Situation und den Asylbewerben selbst beschäftigen“, seien vor allem kleinere Unternehmen in der Region sehr zurückhaltend in der Einstellung von Geflüchteten: „Es ist schade, dass es insgesamt nur wenige Arbeitgeber gibt, die sich an die Sache herantrauen“ (ebd.). Unklar bleibt an dieser Stelle, ob die Arbeitgeber*innen den antizipierten bürokratischen Aufwand scheuen, ob sie praktische Probleme bei der Integration befürchten, oder ob Rassismus eine Rolle spielt.

Auch im Jahr 2017 setzt sich der Rückgang der Geflüchtetenanzahlen im Landkreis fort, sodass Kapazitäten zurückgebaut und einzelne Standorte komplett geschlossen werden:

- „Noch zehn Flüchtlinge leben in S.“, LVZ, 29.6.2017
- „Weniger Asylsuchende in S*“, LVZ, 21.8.2017
- „Asylbewerberzahlen leicht sinkend“, TZ, 1.9.2017
- „Zahl der Flüchtlinge im Landkreis sinkt“, LVZ, 5.9.2017
- „Weniger Flüchtlinge in Nordsachsen“, LVZ, 28.9.2017
- „Zahl der neuankommenden Flüchtlinge in Nordsachsen deutlich rückläufig“, TZ, 2.10.2017.

Zugleich erhebt sich ein Diskurs um die Umsetzung der durch das Integrationsgesetz ermöglichten Wohnsitzauflage. Während die Integrationsministerin des Freistaats für eine Wohnsitzauflage auf Landkreisebene plädiert, um die Großstädte des Freistaats vor der Überlastung durch einen übermäßigen Flüchtlingszuzug zu schützen:

Wenn wir nicht gegensteuern, gibt es einen enormen Zuzug in die großen Städte, allen voran Dresden und Leipzig. Damit steigt die Gefahr, dass die Sprachkurseangebote in den Städten aus allen Nähten platzen, während es im ländlichen Raum nur eine zu geringe Anzahl von Teilnehmenden gibt. („Streit um Wohnsitzauflage für Flüchtlinge“, LVZ, 17.10.2017),

ist die politische Führungsebene des Landkreises Nordsachsen gegen eine Wohnsitzauflage. Dabei führt der Landrat zwei Hauptargumente ins Feld: Zum einen sei die Einhaltung der Wohnsitzauflage kaum zu kontrollieren:

Wer soll denn kontrollieren, wo sich jemand tatsächlich aufhält? Wenn ein anerkannter Flüchtling beispielsweise in Tu. gemeldet ist, kann er ja trotzdem jederzeit in Leipzig zu Besuch sein. Und wie sollen denn Sanktionen durchgesetzt werden? (ebd.)

Zum anderen sei es nicht der Integration förderlich, wenn jemand, der „nicht auf dem Land leben will“, dort „auf Dauer festgehalten“ werde. „Integration funktioniert nur über Offenheit aller Beteiligten und nicht per Anweisung durch Gesetz“ („E. contra Köpping: Landrat gegen Wohnsitzauflage“, TZ, 28.3.2017). In seiner Einlassung nimmt der Landrat zudem auf die jüngeren Wahlergebnisse Bezug (bei der Bundestagswahl 2017 erzielte die AfD im Landkreis Nordsachsen mit einem Zugewinn von 14,3 Prozentpunkten einen Zweitstimmenanteil von 26,9 % und wurde zweitstärkste Kraft, knapp hinter der CDU) und argumentiert, dass eine nachvollziehbare und durchsetzbare Politik beim Thema Asyl notwendig sei, um das Vertrauen der Bevölkerung in die politische Handlungsfähigkeit zu fördern:

Ein Gesetz beziehungsweise Erlass muss plausibel und praktisch umsetzbar sein. Die Wohnsitzauflage für Sachsen ist es nicht. Somit dient sie nicht der Glaubwürdigkeit und lässt sich der Bevölkerung im ländlichen Raum auch nicht vermitteln. Ich hatte gehofft, dass gerade nach den Ergebnissen der Bundestagswahl andere Schlussfolgerungen gezogen werden. („Streit um Wohnsitzauflage für Flüchtlinge“, LVZ, 17.10.2017)

Die Kategorie „Ehrenamt“ umfasst ebenso wie die Kategorie „Wohnen“ 112 Einträge, davon die überwiegende Mehrheit im Jahr 2015 und 2016.

Im Jahr 2015 wird breit über die verschiedenen ehrenamtlichen Initiativen berichtet, die sich für Geflüchtete und deren Integration einsetzen, unter anderem mit Sport- und Sprachangeboten, aber auch mit Begegnungsangeboten der unterschiedlichsten Art. Häufig werden dabei einzelne Akteur*innen in einem ausführlichen Porträt dargestellt und auf diese Weise die ehrenamtliche Arbeit plastisch gemacht. Beispielsweise erscheint am 4.9.2015 ein Porträt über eine ehrenamtliche Flüchtlingspatin in Dü., die erst im Alter von 49 Jahren als Spätaussiedlerin nach Deutschland kam. Nicht nur ihre Kompetenzen als Sprachlehrerin machen die Rentnerin zu einer wertvollen Integrationshelferin, sondern auch ihre eigenen Erfahrungen mit Fremdheit im Prozess des Ankommens: „Ich kann mich sicher besser als andere in die Ankommenden hineinfühlen, weiß, mit welchen Sorgen und Problemen sie sich herumplagen.“ („D. lebt seit 2001 in der Kurstadt und weiß um die Sorgen und Fragen von Neu-Ankömmlingen“, LVZ, 4.9.2015). Anfang 2016 wird ein Porträt über den „stillen Helfer von La.“ veröffentlicht, der von sich berichtet, er sei durch Zufall zu seiner neuen Aufgabe gekommen („R. – der stille Helfer in La.“, LVZ, 6.1.2016). Der Rentner habe im Verlauf des Jahres 2014 „gemerkt, da kommen noch mehr Flüchtlinge. Damals dachte ich, ich kann und will mich einbringen. Also bin ich zu unserem Bürgermeister und wollte mehr über die Situation wissen, was hier in La. auf uns zukommt.“ Seither erteilt er Sprachunterricht und zeigt Geflüchteten, wie das Leben in Deutschland funktioniert.

„Ich fahre mit den Asylbewerbern auch mal nach De. und Ei.. Dort zeige ich ihnen, wo sich die Supermärkte und öffentliche Einrichtungen befinden. Oder wir fahren mal mit dem Bus. Wie das alles funktioniert, das versuche ich ihnen im Kurs beizubringen.“ (LVZ, 6.1.2016)

Auffällig ist, dass es sich vielfach um Rentner*innen handelt, die eher spontan initiativ wurden, ohne auf Vereinsstrukturen zurückzugreifen, wie auch im folgenden Beispiel:

„Damals, als die ersten in unsere Stadt kamen, bin ich spontan ins Rathaus und habe meine Hilfe angeboten. Dort habe ich die Anschriften bekommen und bin mit einigen anderen Frauen losgezogen. In den Wohnungen haben wir festgestellt, was alles noch fehlt. Also haben wir Gardinen, Geschirr und alles, was benötigt wurde, heranorganisiert.“ („In Dü.s [Name Wohngebiet] geht es ums Miteinander“, LVZ, 27.9.2016)

Spontaneität und Pragmatismus charakterisiert diese erste Phase des ehrenamtlichen Engagements.

Die Bereitschaft zur Hilfe ist im Jahr 2015 groß. Wie eine Quartiersmanagerin aus To. im Interview berichtet, „finden sich immer mehr Einheimische, die sich schon gut einbringen. Der Mailverteiler ist mittlerweile schon ziemlich lang, der Pool an Helfern groß.“ („Auch unter einem Kopftuch steckt ein ganz normaler Mensch“, TZ, 15.9.2015.) Dass ohne die Ehrenamtlichen die Integrationsaufgaben nicht gemeistert werden könnten, wird ebenfalls durch die Berichterstattung gespiegelt. Der Dank, so ein Artikel, kommt „mehr in Form eines Lächelns, eines Dankeschöns und eines Schulterklopfens.“ („D. lebt seit 2001 in der Kurstadt und weiß um die Sorgen und Fragen von Neu-Ankömmlingen“, LVZ, 4.9.2015).

Viele Ehrenamtliche aus dem Landkreis werden während des Jahres 2015 für ihr Engagement öffentlich geehrt. So werden mehrere Ehrenamtliche zum Bürgerfest des Bundespräsidenten ins Schloss Bellevue eingeladen („Vielfältige Formen des ehrenamtlichen Engagements“, TZ, 17.9.2015) und eine Pateninitiative aus Ei. ist eine von vier Preisträgerinnen des Sächsischen Integrationspreis („Ei.er Flüchtlingspaten erhalten Migrationspreis“, LVZ, 8.12.2015).

In den größeren Orten des Landkreises werden neue Strukturen für die Flüchtlingshilfe geschaffen, unter anderem eine Koordinierungsstelle für ehrenamtliche Flüchtlingshelfer*innen sowie mehrere Stellen im Bundesfreiwilligendienst in To., auf denen unter anderem auch zwei Geflüchtete eingesetzt werden („Treffen zur Flüchtlingspaten-Koordinierung: ‚Das Rad nicht neu erfinden‘“, TZ, 10.11.2015; „Flüchtlinge helfen Flüchtlingen“, TZ, 1.12.2015). Auch in den ersten Monaten des Jahres 2016 geht das vielfältige Engagement weiter. Verschiedene Initiativen sammeln Spenden für Geflüchtete, bieten Sprachkurse und Patenschaften an oder entwickeln Freizeitangebote für die in den Heimen untergebrachten Geflüchteten (zum Beispiel „Strickkurse und ‚Mutti-Schule‘ für Flüchtlinge“, TZ, 20.2.2016). Viele Angebote sind auch auf die Begegnung von Geflüchteten und Einheimischen ausgelegt, wie zum Beispiel ein Stadtteilstfest, das von einem Frauenverein in Dü. organisiert wird. Eine der Initiatorinnen erzählt:

Ich habe mir mit anderen Frauen zur Aufgabe gemacht, den Flüchtlingen zu helfen, hier eine neue Heimat zu finden. Seitdem haben wir unter anderem auch Begegnungsfeste gefeiert und uns bei zahlreichen Aktivitäten wie dem Badewannenrennen des Turnvereins beteiligt. Hintergrund ist, dass wir ein gemeinsames Miteinander erreichen. („In Dü.s [Name Wohngebiet] geht es ums Miteinander“, LVZ, 27.9.2016)

Im Ort Be. ist ebenfalls ein Verein damit beschäftigt, Angebote für Geflüchtete und für die Ortsbevölkerung gleichermaßen zu schaffen.

Zum einen wollen wir den jungen Männern sportliche Betätigung im Winter ermöglichen, also Tischtennis und Darts. (...) Zum anderen wollen wir für alle Bürger in Be. Angebote zum gemeinsamen Kochen und Essen oder halt für kreative Tätigkeiten bereithalten. („Nach ‚Wir Packen'S an!‘: Be.er Verein fährt zweigleisig“, TZ, 6.10.2016)

Für all diese Aktivitäten werde nun eine Räumlichkeit gesucht, sodass man auch im Winter aktiv bleiben könne.

Eine Studie zur ehrenamtlichen Flüchtlingshilfe des Jahre 2015 kommt zu dem Befund, dass zwar ehrenamtliches Engagement flächendeckend existierte, dass aber „die Ehrenamtlichen untereinander kaum vernetzt sind und durchaus profitieren könnten, wenn da mehr Austausch stattfinden würde“ („Ehrenamtliche sind kaum vernetzt“, TZ, 28.03.2017). Im Jahr 2017 kommt endlich die erhoffte hauptamtliche Integrationshilfe in Form der Kommunalen Integrationskoordinator*innen (KIKs). Elf von den sachsenweit 100 ausgeschriebenen Stellen werden im Landkreis Nordsachsen angesiedelt. Ihre Hauptaufgabe ist „die Kommunikation zwischen Behörde und Bevölkerung, das steht an erster Stelle“, wie die sächsische Integrationsministerin bei einem Auftakttreffen mitteilt. Ziel ist es, „die Bereitschaft für Integration herzustellen“, wobei „beide Seiten mithelfen“ müssten. Auch die Langfristigkeit der Integrationsaufgabe wird in dem Artikel angesprochen: „Es ist kein Sprint, sondern ein

Marathon.“ („Kein Sprint, sondern Marathon“, TZ, 1.4.2017). Ein weiterer Artikel zu der Arbeit der Kommunalen Integrationskoordinator*innen referiert auch deren Bestandsaufnahme der Hilfestruktur im Landkreis. Es wird eine hohe spontane Hilfsbereitschaft ausgemacht, die der Nachbarschaftshilfe ähnelt, während weniger Menschen bereit wären, sich längerfristig als Flüchtlingspate zu verpflichten. Manche Ehrenamtliche würden sich auch aus Frustration zurückziehen, wenn sie erleben, dass ihre Integrationsbemühungen durch die Abschiebung von Geflüchteten zunichtegemacht werden. Zudem fehle es an Begegnungsangeboten zwischen Geflüchteten und lokaler Bevölkerung. Die bereits existierenden Angebote wie etwa Begegnungscafés würde keine Breitenwirkung entfalten: „Am Ende sind da immer die gleichen Leute“ („Flüchtlinge: Helfer sind überlastet“, LVZ, 15.4.2017). Eine Begegnungsmöglichkeit bietet beispielsweise das erste Integrationsfest in der Stadt Ei., was vom örtlichen Mehrgenerationenhaus, einem Patenverein sowie den Kommunalen Integrationskoordinator*innen auf die Beine gestellt wird. Eine*r der Protagonist*innen resümiert dazu: „Wir brauchen solche Aktivitäten, um uns besser kennenzulernen. Das ist wichtiger Bestandteil einer erfolgreichen Integration. In Ei. wird das seit vielen Jahren erfolgreich betrieben“ („Ei.er Tänze und arabische Fleischspieße – Integrationsfest gefeiert“, LVZ, 17.7.2017). Eine ähnliche Aktivität wird am 25.9.2017 aus einem teils als „Brennpunkt“ titulierten Stadtteil To.s berichtet, in dem in diesem Jahr zum Auftakt der Interkulturellen Wochen ein „Fest der Begegnung“ stattfand. Obgleich die Veranstaltung bereits seit zehn Jahren existiert, sei der Begriff der „Begegnung“ erstmals gewählt worden.

Und wie sich am Samstagnachmittag zeigte, konnte dieser nicht treffender gewählt werden. (...) Verschiedene Bevölkerungsgruppen seien aufeinander zugegangen und hätten einen entspannten Nachmittag in To. Nordwest verbracht. „Ein stimmiges Programm, abwechslungsreiche Kreativangebote für jedes Alter, ein friedliches Beisammensein – To. Nordwest hat sich als offener, toleranter und geselliger Stadtteil gezeigt, in dem viele unentdeckte Möglichkeiten schlummern.“ („Gelungenes Fest der Begegnung in Nordwest“, TZ, 25.9.2017),

resümierte eine der Initiatorinnen, und eine weitere bestätigt die Fortschritte der gemeinsamen Arbeit:

Bei solchen Momenten merke ich, dass sich Integrationsarbeit auszahlt und Musik alle Nationen verbinden kann. Dieser Spaß und die Freude der Kinder und Jugendlichen sollten wir zum Anlass nehmen, weitere Musikprojekte dieser Art durchzuführen. (ebd.)

Auch der Initiator eines Projekts, das sich insbesondere um die Freizeitgestaltung von männlichen Geflüchteten in einer To.er Gemeinschaftsunterkunft kümmert, hebt die Bedeutung von Begegnung für die Integration hervor. Er geht davon aus, dass Menschen grundsätzlich mit Vorurteilen behaftet seien: „Der Mensch an sich, egal woher, ist grundsätzlich immer erstmal skeptisch.“ Dadurch seien viele Menschen empfänglich durch „große, gesteuerte Angstmache“, die über die Filterblasen sozialer Medien verstärkt würden.

Und deswegen müssen wir mit kleineren Schritten zufrieden sein. Es ist schon ein Erfolg, wenn Einheimische und Flüchtlinge zusammen Volleyball spielen. Das zeigt den ganzen Verbohrten, was alles möglich ist. Es ist ein Anfang. („Neid, Hass und Angst beeinflussen uns am meisten“, TZ, 12.8.2017)

In einem der letzten Fundstellen der Rubrik „Ehrenamt“ wird schließlich das Engagement von Geflüchteten in den Mittelpunkt gestellt, die nun ihrerseits ein Begegnungsfest ausrichten, um Vorurteile abzubauen. Einer der Initiatoren, „der aus dem Iran stammt und seit Ende der 1990er-Jahre in Deutschland lebt“, betont die Bedeutung von Begegnung zum Abbau von Vorurteilen: Die seien aber nur auszuräumen, wenn man offen sei, sich füreinander interessiert, wenn man ins Gespräch kommt und den anderen kennenlernt.“ Hierzu wolle man mit dem Begegnungsfest einen Beitrag leisten („Flüchtlinge organisieren ein Fest“, LVZ, 4.6.2019).

In der Rubrik „Diskurse, ReAktionen“ wurden im Beobachtungszeitraum 100 relevante Artikel gefunden. 61 davon wurden im Jahr 2015 veröffentlicht, danach ging die Salienz rasch zurück. Ähnlich wie in der Rubrik „Wohnen/Unterbringung“ lässt sich konstatieren, dass Meinungsverschiedenheiten und damit einhergehende durchaus kraftvoll geäußerte politische Einstellungen ausführlich in der Berichterstattung aufgegriffen werden.

Neben Presseinformationen und Reportagen wird dies auch in Form von Leserbriefen, Leitartikeln und Kommentaren praktiziert. Drei Schwerpunktthemen lassen sich identifizieren: zum einen Diskurse um die lokalen Effekte der Flüchtlingsaufnahme, kombiniert mit Kritik an der Aufnahmepolitik der Bundesregierung, zum zweiten Berichte über Veranstaltungen, in denen dem Empfinden von Fremdheit und Angst auf den Grund gegangen wird, und zum dritten Berichte, die sich mit dem öffentlichen Diskurs als solchem auseinandersetzen und die Medien und Formen des asylkritischen Diskurses beleuchten.

Die Diskurse um die lokalen Effekte der Flüchtlingsaufnahme auf lokaler Ebene sind vielfach an Diskurse um die Unterbringung von Geflüchteten gekoppelt, wie weiter oben bereits ausführlich geschildert wurde. Dabei stehen häufig die Debatten um die Größenordnung der unterzubringenden Geflüchtetenanzahl und damit die Zumutbarkeit der Unterbringung an konkreten Lokalitäten im Mittelpunkt. So zum Beispiel in der rd. 4.000 Einwohner*innen zählenden Ortschaft Kt., in deren 231 Einwohner*innen zählendem Ortsteil Zs. eine Unterkunft für 250 Asylsuchende entstehen soll. Anwohner*innen übergeben dem Bürgermeister während der Gemeinderatssitzung eine Unterschriftensammlung mit 450 Unterschriften. Weil die Ratssitzung die vielen externen Gäste nicht fassen kann, verlegt der Bürgermeister den Tagesordnungspunkt in den Hof des Gemeindezentrums:

Mit Mikrofon und über Lautsprecher informierte er die zirka 150 bis 200 Versammelten über den Stand der Unterbringung von Asylsuchenden und Flüchtlingen in der Gemeinde. Für seine Aussage auf die wichtigste Frage des Abends, dass es in Zs. keine Unterkunft für 250 Asylsuchende geben wird, erntete er Beifall. Begrüßt wurde auch, dass F. die Bürger zum jetzigen Zeitpunkt informierte. („Kt. und die Flüchtlinge: Ratssitzung platzt aus den Nähten“, LVZ, 26.9.2015)

Er verspricht, auch bei allen weiteren Entscheidungen die Bürger*innen stets sofort einzubeziehen und zu informieren (ebd.).

An manchen Orten verändert sich der öffentliche Diskurs im Verlauf der Jahre 2015/2016, als deutlich wird, dass die zuvor praktizierte dezentralisierte Unterbringung in einzelnen Wohnungen aufgrund der Anzahl der Ankommenden nicht mehr realisierbar ist. So wirbt beispielsweise der Oberbürgermeister der Stadt Ei. im März 2015 für die weitere Aufnahme von Asylsuchenden, die dem Landkreis per Verteilungsschlüssel zugewiesen würden.

Tatsächlich wolle der allergrößte Teil der Asylbewerber, die in Ei. ankommen, einfach nur seine Ruhe und sich integrieren, erklärte W.. Vorurteile gegenüber dieser Mehrheit seien deshalb nicht angebracht. (...) Bisher habe er keine Reaktion von Anliegern, die damit grundsätzlich ein Problem hätten.“ („W.: Vorurteile gegenüber Flüchtlingen nicht angebracht“, LVZ, 25.3.2015)

Dies ändert sich jedoch einige Monate später, als der im Sommer 2016 neu gewählte Oberbürgermeister „Anrufe von empörten Ei.ern“ erhält, „die aus ihrer Wohnung ausziehen wollen, weil das Landratsamt in der Nachbarschaft in angemieteten Wohnungen Flüchtlinge unterbringen will oder bereits untergebracht hat. Ein Eigentümer wolle sein Mietshaus ganz und gar veräußern.“ („Ei.s OBM Sch. zu Flüchtlingen: „So geht es nicht weiter“, LVZ, 16.3.2016) Dieser sieht deutliche Probleme durch die fortdauernde Nachfrage nach Flüchtlingsunterkünften auf sich zukommen und kritisiert, das „Problem [werde] brachial vom Bund auf Länder, Landkreise durchgedrückt“ (ebd.). Der Oberbürgermeister zeigt sich sehr besorgt über einen möglichen Kontrollverlust seitens der lokalen Behörden und ärgert sich, dass keiner seiner Amtskollegen „den Mut (hat), es auszusprechen“ (ebd.). Die Aufnahme von Geflüchteten sei von den Kommunen „nur in gewissen Größenordnungen zu schultern, bei 1 bis 2 Prozent Bevölkerungsanteil“, ansonsten drohe sozialer Unfriede (ebd.). Diese Gefahr werde von der Landkreisspitze nicht ausreichend gegenüber Land und Bund artikuliert.

Derzeit leben rund 250 Flüchtlinge in Ei. Besonders brisant sei die Lage in Ei.-Ost, wo bereits viele Flüchtlinge in Wohnungen der Ei.*er Wohnungsbau- und Verwaltungsgesellschaft untergebracht sind und wo nun Quartiere eines privaten Vermieters dazu kommen. „Das Problem wird brachial vom Bund auf Länder, Landkreise durchgedrückt. Ich sehe den sozialen Frieden in Gefahr, wenn,

ohne die Leute mitzunehmen, die Verteilung durchgesetzt wird, und letztlich daraus sogar noch Geschäftsmodelle entstehen. 90 Prozent derer, die hier sind, werden schließlich im Hartz-IV-System landen. Integration kann so nicht gelingen.“ (ebd.).

In einem Leitartikel zur Integrationspolitik im Freistaat werden ebenfalls die Rahmenbedingungen von Integration thematisiert, die „noch nicht überall optimal“ seien:

Sozialarbeiter kritisieren einen zu hohen Betreuungsschlüssel. Stellenausschreibungen brauchen zu lange, um vor Ort schnell Veränderungen, vor allem Verbesserungen bewirken zu können. (...) Auch die Kraft der Ehrenamtler, die sich weit über das Maß hinaus engagieren, ist begrenzt. („Integration läuft noch nicht optimal“, LVZ, 19.10.2016)

Ein zweiter Berichtsschwerpunkt befasst sich mit der interkulturellen Sensibilisierung der Bevölkerung und der Frage, wie die Begegnung von Geflüchteten und Alteingesessenen gelingen kann. Im Winterhalbjahr 2015/2016 bietet die Volkshochschule To. in Kooperation mit einer VHS aus Baden-Württemberg eine Fortbildungsmöglichkeit an, die unter dem stark stereotypisierenden Titel „Keine Angst vorm schwarzen Mann!“ beworben wird. Die Reihe, bestehend aus vier Diskussionsveranstaltungen, die von der Partnerorganisation durchgeführt und per Videoschleife in die VHS T. übertragen wurden, hat zum Ziel,

eine aktuelle Zustandsbeschreibung der Gesellschaft zu liefern und die Folgen zu erörtern, die aus Menschenfeindlichkeit erwachsen. Zudem soll dargestellt werden, wo die Potenziale für eine integrative Gesellschaft liegen, die von Gleichwertigkeit, nicht von Hass, geprägt ist. („Keine Angst vorm schwarzen Mann!“, TZ, 23.9.2015)

Ebenfalls im September 2015 berichtet die Torgauer Zeitung von einem interkulturellen Austausch zum Rollenverständnis der Frau in verschiedenen Kulturen, organisiert vom To.*er Stadtteiltreff. Zu dem regen Austausch, so die Zeitung, fanden sich überwiegend Frauen mit Migrationshintergrund ein, vor allem russlanddeutsche Spätaussiedlerinnen und Asylsuchende („Diskussion über Rolle der Frau“, TZ, 29.9.2015). Auch eine weitere Veranstaltung aus dem Herbst 2015 hatte offensichtlich Schwierigkeiten, alle Teile der Bevölkerung gleichermaßen anzusprechen, und die Journalisten machten „Unsicherheit, Misstrauen, Wissensdefizite (...) auf beiden Seiten“ als Ursache dafür aus:

Weder Flüchtlinge noch Anwohner ließen sich in nennenswerter Zahl blicken, trotz mehrfacher und weitreichender Einladungsversuche. Die Distanz wird gewahrt. Das ist symptomatisch auch für andere Lebenslagen. („Zu viel Distanz – auf beiden Seiten“, LVZ, 5.10.2015)

Es wird eine Parallele gebildet zu der häufig kritisierten Distanz von Politiker*innen oder „hohen Beamten“: „Die wissen ja gar nicht, wovon sie reden“, heißt es dann meist. Richtig. Wer nicht wagt, sich auf direkte Konfrontation einzulassen, verliert den Blick für Details und Zusammenhänge“ (ebd.). Eine weitere Folge der fehlenden direkten Konfrontation sei die wachsende Dominanz von Diskursblasen, zum Beispiel in sozialen Medien, in denen Meinungen sehr einseitig und Informationen ohne Verifikation verbreitet würden (ebd.).

Dies leitet über zum dritten Schlüsselthema: Berichterstattung im Bereich „Diskurse“, die sich mit der Art des öffentlichen Diskurses zu Asyl als solchem auseinandersetzen und die Medien und Formen des asylkritischen Diskurses beleuchtet. So erscheint am 6.11.2015 ein Bericht, in dem der Polizeisprecher der Leipziger Polizeidirektion zu Vorwürfen auf Facebook Stellung nimmt („Polizei kontert Vorwürfe: ‚Keine Selbstzensur im staatlichen Auftrag‘“, LVZ, 6.11.2015). Dort wurde – offensichtlich von einem Polizisten – behauptet, Straftaten von Ausländer*innen würden in den polizeilichen Lageberichten und Pressemeldungen systematisch reduziert: „Man hat Angst, dass die Stimmung sonst kippt“ (ebd.). Der Polizeisprecher wendet sich mit ausführlicher Argumentation gegen diese Anschuldigungen, die auf Facebook vielfach geteilt wurden:

Der Facebook-Post erwecke den Eindruck, die Polizeidirektion Leipzig betreibe im staatlichen Auftrag Selbstzensur, so L. „Dies weise ich entschieden zurück, da wir die in den Medien mitunter

zwanghaft dargestellte Willkommenseuphorie von Anfang an mit kritischen Tönen begleitet.“
(ebd.)

Der Polizeisprecher zählt etliche der mit „Migration verbundenen Negativfolgen“ auf, die neben dem „Willkommensdiskurs“ „ein ehrlicher Bestandteil der öffentlichen Auseinandersetzung sein“ sollten, „wenn Integration künftig besser funktionieren soll als bisher“ (ebd.). Damit wird eine direkte Verbindung zwischen Diskursen und Praktiken gezogen und für eine offene und ausgewogene Auseinandersetzung plädiert. Dies sei auch für die Polizei eine Herausforderung,

...da die Polizeibeamten fast ausschließlich mit den schlechten Beispielen in Kontakt gerieten. Die unauffälligen und integrationswilligen Flüchtlinge sehen und hören wir doch höchst selten. (...) Beide Aspekte müssen in ausgewogenem Maß berücksichtigt werden, was eben keine Selbstzensur bedeutet. (ebd.).

Auch ein weiterer Artikel befasst sich mit Diskursblasen in sozialen Medien, die „Stimmungsmache gegen Flüchtlinge“ betreiben (LVZ, 14.11.2015) und beschreibt ihre Verbreitung in der Region. So habe die Seite „Nordsachsen schaut hin“, fast 400 Nutzer*innen.

Eine in dieser Sache ebenfalls ‚kritische‘ Ee.er Initiative zählt für Politiker beunruhigende mehr als 1000 Fans. Auch Dörfer wie Wm. oder Ra. haben solch ein ‚Infoportal‘ für besorgte Bürger. So befasst sich beispielsweise die von knapp 500 Menschen mit ‚Daumen hoch‘ beurteilte ‚Bürgerinitiative Ra.‘ seit Monaten entweder mit den eigenen Besuchen bei Legida-Demos in Leipzig oder teilt per Beitrag eines tatsächlich inhaltlich weit gefächerten Infoportals aus dem Nachbarort Kt., was man sich wünscht: „Jeden Mittwoch findet in Kt. eine Demonstration gegen unkontrollierte Einwanderung statt, vorerst bis Jahresende. Lasst uns, unsere Gemeindenachbarn gemeinsam unterstützen und schaut doch einfach nächsten Mittwoch mal vorbei!“ (ebd.)

Der Artikel weist darauf hin, dass viele derartige Seiten aufgrund extremistischer Sachverhalte bereits „beim Verfassungsschutz unter Beobachtung“ stünden und weist auf die Erfahrung vor Ort hin, mit lokalen Initiativen, die aktiv für Verbesserungen vor Ort arbeiten, eine Art von Immunität gegenüber Hass im Netz aufbauen zu können:

Für die Feststellung eines Kommentators im Netzwerk, im Gegensatz zu vielen anderen Dörfern seien im Ortsteil Ho. Bemühungen zu ‚mobilisieren‘ bislang fehlgeschlagen, gibt es eine weitere einfache Erklärung: Man kämpfe dort nicht gegen, sondern lieber für etwas – seit Jahren für die Ortsumgehung, und jetzt natürlich für Integration. („Stimmungsmache gegen Flüchtlinge“, LVZ, 14.11.2015)

Mehrere Berichte thematisieren auch die Möglichkeiten, wie man mit gegensätzlichen Diskurspositionen umgehen könnte. So wird zum Beispiel in der Ankündigung einer Demonstration gegen die Einrichtung eines Heims für Geflüchtete in der Gemeinde Gp. durch die „fremdenfeindliche ‚Offensive für Deutschland‘“ gleichzeitig über die Gründung eines breit angelegten „Bürgerbündnis für Toleranz“ informiert,

...das sich den Rechten bewusst nicht in den Weg stellen, aber mit ihnen und allen anderen bei einem Bürgerbrunch ins Gespräch kommen will, um den Frieden im Dorf zu wahren (...) Schließlich stehe Gp. mit der Aufnahme einer größeren Zahl von Flüchtlingen und deren Integration vor großen Herausforderungen. „Wir müssen aber verhindern, dass sich unser Dorf über diese Tatsache entzweit und spaltet.“ Die Aufnahme der Flüchtlinge sei Neuland für alle in Gp.. „Lassen Sie uns gemeinsam darüber diskutieren, abwägen und beraten, wie wir diese große menschliche Aufgabe angehen und bewältigen“. („Bürgerbrunch gegen Ausländerfeinde“, LVZ, 12.11.2015).

Und unter dem Bericht von einer öffentlichen Diskussionsveranstaltung, zu der neben Politiker*innen aller Parteien auch führende rechtsextreme Vordenker wie Jürgen Elsässer eingeladen waren, ist ein ausführlicher Kommentar abgedruckt, in dem der verantwortliche Redakteur argumentiert, warum er den vom Veranstalter selbst verfassten Bericht abgedruckt hat: So habe der Mc.er Gemeinderat, der zuvor bereits bei einer LEGIDA

Veranstaltung „seine Meinung von einer Bühne herunter“ verkündet habe, sicherlich eine harte und auch einseitige Haltung zum Thema Asyl, die man nicht teilen müsse.

Aber akzeptieren muss man, dass es diese Meinung gibt. Es ist eben keine Option, einfach die Augen zu schließen, die Ohren anzuklappen, laut Lala zu singen und zu hoffen, der „Spuk“ möge vorüber gehen. („Haben uns über jeden Besucher gefreut“, TZ, 30.11.2015)

Mit Blick auf die eigene DDR-Vergangenheit wird der Organisator als „Oppositioneller“ bezeichnet:

So wie die Oppositionellen, die in unfreien Gesellschaften eingesperrt oder anderweitig unterdrückt werden. (...) Und warum unterdrücken unfreie Gesellschaften Oppositionelle? Weil sie Angst vor einer argumentativen Auseinandersetzung haben. (ebd.)

Die gegenwärtige Gesellschaft sei jedoch reif genug, um „Oppositionelle auszuhalten“.

Sie zieht Kraft aus dem Wettstreit der Argumente. Wir wissen, vorwärts geht es nur, wenn man sich entwickelt. Die Impulse für diese Entwicklung können vielfältig sein, können auch weh tun [sic]. (ebd.)

In einem der letzten Artikel der Rubrik „Diskurse“ wird eine Kandidatin für die Landtagswahl 2019 vorgestellt, die ihre Erfahrungen mit Bürgergesprächen während des Wahlkampfes reflektiert und unter anderem auch Gedanken zur Ursache für die „absolut verständliche Unzufriedenheit gegenüber der Politik im Allgemeinen“ äußert, die ihrer Meinung nach in enttäuschten Hoffnungen der politischen Wende zu suchen seien:

Die meisten Menschen, die wir treffen und die mich ansprechen, haben ähnliches mitgemacht. Sie hatten vor der Wende einen sicheren Job, konnten nach Feierabend mit Kollegen oder Freunden gemeinsam in der Kneipe über Gott und die Welt reden und auch mal Frust ablassen, verdienten genug zum Leben. Die, denen der Westen als golden erschien, setzten Hoffnungen darauf, mehr Freiheiten und ein kleines Stück vom Wohlstand zu bekommen in den Mauerfall. („Der Frust hat das Niveau von vor '89 erreicht“, TZ, 12.8.2019)

Nach der Wende sei jedoch die „Ernüchterung“ eingetreten und die Erfahrung gemacht worden, dass man ökonomisch kaum auf die Beine gekommen sei, entweder durch Arbeitslosigkeit oder durch prekäre Formen der Selbständigkeit. Diese kollektiven Deprivationserfahrungen würden nun wieder aufgerufen, wenn die Menschen erlebten, dass für die Unterbringung der Geflüchteten viele Investitionen in den ländlichen Gegenden plötzlich möglich seien, die sie seit Jahren gefordert und nicht erhalten hatten:

Die Frage vieler, warum der Bus nach der Einrichtung einer Flüchtlingsunterkunft plötzlich wieder von A nach B fährt, während das vorher jahrelang ein Problem war, musste sich doch förmlich aufdrängen. Dann ist es egal, aus welchen Mitteln diese Maßnahme finanziert wird – wer hier immer lebte und sein Leben um eine mangelhafte Infrastruktur samt rudimentärem ÖPNV organisieren und dafür auch noch stetig steigende Fahrkartenpreise zu tragen hatte, der wurde all die Jahre wirklich ungerecht behandelt und das hat eben überhaupt nichts mit den Geflüchteten zu tun. Und das gilt es zu erklären. (ebd.)

Somit sei die vielfach geäußerte „Angst vor Überfremdung“ vielmehr Ausdruck einer kollektiven Verlust Erfahrung.

Zusammenfassend lässt sich zu den lokalen Diskursen im Landkreis Nordsachsen, ähnlich wie für das Beispiel Landkreis Bautzen, konstatieren, dass die Motive der absoluten und relativen Deprivation und das Gefühl von Vernachlässigung und Kränkung während und seit der Wiedervereinigung Deutschlands den Resonanzboden für die diskursive Verhandlung der Geflüchteten Aufnahme darstellen. So ist für den Landkreis Nordsachsen eine starke Betonung der Berichterstattung zu lokalen Aufnahmediskursen sowie eine starke Auseinandersetzung mit asylkritischen und extremistischen Positionen auszumachen. Die diskursive Normalisierung von extremistischen Ansichten und deren Legitimierung durch die erlittene Deprivation erschweren die Position der für Integration und Teilhabe arbeitenden Ehren- und Hauptamtlichen. Dennoch ist auch für den Landkreis Nordsachsen eine

vielfältige und engagierte Ehrenamtslandschaft zu konstatieren, die insbesondere Wert auf Begegnung legt. Dort, wo bereits länger Erfahrungen mit dem Zusammenleben mit Ausländer*innen vorliegen, bzw. wo Begegnung durch engagierte ehren- und hauptamtliche Strukturen gefördert wird, sind Erfolge im Bereich der sozialen Teilhabe sowie der Abbau von Vorurteilen deutlich aus den Berichten herauszulesen. Dass das von entsprechenden Aktivitäten intendierte „Miteinander“ häufig ein „Nebeneinander“ darstellt, tut diesen Bemühungen keinen Abbruch, sondern kann im Sinne eines koexistenten Toleranzbegriffs (vgl. Glorius et al. 2019: 6) bereits als Form der positiven Rezeptivität gewertet werden.

5 Fazit und Ausblick

In diesem abschließenden Kapitel sollen nun die wesentlichen Befunde der Diskursanalyse über die sechs Landkreise hinweg auf Gemeinsamkeiten und Unterschiede verglichen werden, insbesondere was die Rahmung der Diskurse und der Problemartikulation betrifft.

Wie bereits in der quantitativen Analyse aufgezeigt werden konnte, ist eine Gemeinsamkeit die hohe Salienz der Berichterstattung in den Jahren 2015/2016, während die verhandelten Schwerpunktthemen durchaus unterschiedlich waren. Nachfolgend werden einige wesentliche Befunde in Bezug auf die Rezeptivität der lokalen Bevölkerung hin analysiert. Dabei wird zunächst die gruppenbezogene Berichterstattung analysiert und anschließend auf wesentliche Rahmungen und Koppelstellen im Diskurs eingegangen.

5.1 Gruppenbezogene Berichterstattung

5.1.1 Geflüchtete in der Berichterstattung

Übergreifend über alle untersuchten Landkreise und Medien kann konstatiert werden, dass das Bild von Geflüchteten in der Berichterstattung stark gruppenbezogen ist. Dabei werden einerseits gruppenbezogene Askriptionen aufgrund der ethnischen Herkunft und Bleibechancen getroffen (zum Beispiel Kosovo-Albaner*innen, Afrikaner*innen, Syrer*innen, Afghan*innen), andererseits in Bezug auf Gender, Alter und Familienform (zum Beispiel [junge] Männer, Familien, Frauen und Kinder). Ein ganz wesentliches Differenzmerkmal stellt dabei der muslimische Glaube dar, der vor allem in Bezug auf die Integrationsleistung von muslimischen Frauen hervorgehoben wird. Ihnen wird pauschal eine geringere Integrationsleistung unterstellt, und zwar auf Grundlage religiöser und kultureller Zuschreibungen (patriarchale Strukturen); ausgeklammert werden in dieser Problematisierung strukturelle Hindernisse, zum Beispiel fehlende Kinderbetreuung während der Sprachkurse, die eine rasche Integration von geflüchteten Frauen hemmt, oder Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt in Bezug auf das Tragen eines Kopftuchs.

Auffällig ist, dass in den meisten Diskursen zwar viel **über** Geflüchtete berichtet wird, sie selbst mit ihren Perspektiven aber kaum zu Wort kommen. Helfende (Ehrenamt, Arbeitgeber*innen) werden ungleich häufiger in den Mittelpunkt gestellt und ihre Perspektive auf ideale Integrationswege wird übernommen, ohne diese mit der Perspektive der Geflüchteten überein zu bringen.

Häufig fällt in dem Schreiben über Geflüchtete und über die Praktiken der Aufnahmegesellschaft eine starke Kulturalisierung und „Othering“ auf sowie insbesondere in den Diskursen im Landkreis Regen auch Paternalismus und Subalterisierung von Geflüchteten. Damit verbunden ist ein assimilatives Verständnis von Integration, das in fast allen Landkreisen zu konstatieren ist, mit der Ausnahme der hessischen Landkreise: So wird im Landkreis Waldeck-Frankenberg ein stark auf Teilhabe orientierter Integrationsbegriff auch in der Art und Weise der Berichterstattung reproduziert. Im Landkreis Werra-Meißner ist zudem eine Dekategorisierung der Geflüchteten in der lokalen Berichterstattung auffällig. Dies gelingt durch eine vielfältige Berichterstattung, in der Geflüchtete und das Thema der Integration durch Begegnung in den Mittelpunkt gerückt und deren Aufnahme und Integration als kollektive Aufgabe gerahmt werden. Diese Form der Berichterstattung fördert eine ganzheitliche Auseinandersetzung mit der Thematik und spricht teilweise auch die emotionalen Rezeptoren der Leserschaft an. Geflüchtete werden nicht passiviert dargestellt, sondern kommen oft als Akteur*innen zu Wort, inklusive Formen der politischen und zivilgesellschaftlichen Partizipation.

5.1.2 Haltung der Aufnahmegesellschaft in der Berichterstattung

Jenseits von der Berichterstattung über ehrenamtliche Aktivitäten ist die Haltung der breiten Bevölkerung in Bezug auf die Aufnahme von Geflüchteten in den meisten Landkreisen nicht Thema des Diskurses, sondern die Akzeptanz der Bevölkerung wird implizit angenommen. Ausnahmen gibt es lediglich in der Berichterstattung in den hessischen Untersuchungsgebieten, in denen auch extremistische und rassistische Umtriebe und die Reaktion der Zivilgesellschaft thematisiert werden, und in den sächsischen Landkreisen, in denen die Haltung der Aufnahmegesellschaft explizit Bestandteil des Diskurses ist. In diesen Diskursen erscheint eine kritische Haltung gegenüber der Unterbringung von Geflüchteten aus zwei Gründen für legitim bzw. nachvollziehbar: zum einen, wenn diese Haltung mit Kritik an der übergeordneten Aufnahmepolitik in Bund und Land verbunden ist, zum anderen, wenn die Unterstützung der Geflüchteten als Bevorzugung gegenüber der eigenen, als depriviert wahrgenommenen Lage betrachtet wird.

Das zeigt sich in der Auseinandersetzung um die Unterbringung der Geflüchteten, die vor allem im Landkreis Nordsachsen sehr intensiv geführt wird. In der Verhandlung dieses Themas kommt das Motiv der Zumutbarkeit von Flüchtlingsunterkünften zum Vorschein, das sich dann weiter vertieft zu einem Diskurs über relative Deprivation. Von diesem Diskurs gibt es eine Überleitung hin zu dem Diskurs über gesellschaftliche Spaltungsprozesse, für die die Aufnahme von Geflüchteten lediglich ein Auslöser ist. Dies kommt sehr deutlich am Beispiel der Berichterstattung im Landkreis Bautzen zum Ausdruck, in dem die Auseinandersetzungen zwischen jugendlichen Geflüchteten und rechtsextremen Deutschen auf einem Stadtplatz in B. zum Anlass für einen intensiven Diskurs über gesellschaftliche Mehrheiten und Minderheiten sowie über akzeptable und nicht-akzeptable Diskurspositionen genommen wurde. Dabei bleibt die rassistische und extremistische Durchdringung der gesellschaftlichen Mehrheit ein Tabu, sodass eine Aktivierung der Zivilgesellschaft, sich rassistischen und extremistischen Haltungen entgegenzustemmen, ausbleibt.

5.2 Diskursive Rahmungen und Koppelstellen

Die Aufnahme von Geflüchteten wird in der lokalen Berichterstattung am häufigsten in Bezug auf das Arbeitsmarktpotenzial bzw. die Arbeitsmarktintegration als Faktor von Integration verhandelt. Dabei ist eine deutliche Verknüpfung jene zwischen Arbeit bzw. Ausbildung und dem Aufenthaltsstatus.

5.2.1 Verknüpfung: Arbeit/Ausbildung – Fachkräftesicherung – Aufenthaltsstatus

In diesem Diskursstrang wird vielfach Kritik an der mangelnden Statussicherheit für Auszubildende oder junge Geflüchtete geübt, die eine Ausbildung suchen (vor allem Landkreis Neustadt/Aisch-Bad Windsheim, Landkreis Regen, Landkreis Vechta, Landkreis Bautzen). Hier wird sehr eindeutig aus der „Fachkräfteperspektive“ argumentiert sowie aus der Perspektive der Eigeninvestition, die die Gesellschaft (Arbeitgeber*innen, Ehrenamtliche) bereits geleistet hätte und die mit der Abschiebung des Geflüchteten umsonst wäre; die rechtliche Perspektive steht hingegen nicht im Vordergrund der Argumentation.

Die Debatten um eine faire Unterstützung aller geflüchteten Auszubildenden und die Notwendigkeit der Aufenthaltssicherheit für sie zeigen, dass der bundespolitisch so kontrovers diskutierte „Spurwechsel“ (also der Wechsel vom humanitären in den arbeitsmarktbezogenen Aufenthaltstitel) hier aus ganz pragmatischen Gründen bereits als wünschenswerter Zustand imaginiert wird.

Teilweise bleibt es auch nicht bei der Imagination, sondern es werden konkrete Praktiken entwickelt, mit dem der „Spurwechsel“ in Bezug auf individuelle Geflüchtete auf politischer oder behördlicher Ebene durchgesetzt werden soll. So kam es im Landkreis Neustadt/Aisch-Bad Windsheim zu einer Unternehmerresolution für einen Kurswechsel in der bayerischen Asylpolitik. Im Landkreis Regen wurden Wohnsitzauflagen als wesentliches

Hindernis für die Beschäftigung von Geflüchteten identifiziert. Der „Arbeitskreis Integration“ verfasste daraufhin eine Resolution, die auch die private Wohnsitznahme für Geflüchtete im Verfahren einfordert, damit diese eine Berufsausbildung antreten können. Auch im Landkreis Bautzen wurden Unternehmer*innen selbst aktiv, um die Potenziale, die sie in den Geflüchteten sehen, nicht zu verlieren. In einem Brief an die Ausländerbehörde bittet ein Ausbilder, die Residenzpflicht seines Auszubildenden aufzuheben:

Gastronomie ist kein Job mit festen Arbeitszeiten, die Bus- und Bahnverbindung zwischen Ta. und We. ist schlecht. Da ist es fraglich, ob S. immer pünktlich an seinem Arbeitsplatz sein kann. Das will ich geklärt wissen. (SZ, 24.5.2018)

Im Landkreis Vechta setzte sich ein Unternehmer für die Gleichstellung von Afghan*innen ein: Der Artikel „Gleiche Förderung für alle“ (NWZ, 29.5.2019) berichtet von einer Initiative aus Unternehmen und Kammern, die sich für eine Gleichstellung von afghanischen Asylsuchenden bei der Arbeitsmarktintegration stark machen und die politische Unterstützung des regionalen Bundestagsabgeordneten einfordern. Auch in diesem Appell wird die Verbindung von humanitärem Engagement und arbeitsmarktpolitischer Notwendigkeit deutlich gemacht: „Den Unternehmen geht es bei ihrem Engagement um Integration, aber auch um die Bekämpfung des Fachkräftemangels, der sich immer weiter verschärft.“

Kritisch zu konstatieren ist, dass durch die starke Verkürzung des Gesamtdiskurses auf das Thema Ausbildung und Arbeitsmarkt (zum Beispiel im Landkreis Neustadt/Aisch-Bad Windsheim) der ganzheitliche Aspekt von Integration in den Hintergrund gedrängt wird.

5.2.2 Verknüpfung: Arbeit/Integration/Abbau von Vorurteilen

Eine Ausnahme im Korpus stellt die Berichterstattung zur Arbeitsmarktintegration im Landkreis Bautzen dar, weil hier in der Berichterstattung nicht die Vorteile für den heimischen Arbeitsmarkt durch die Beschäftigung von Geflüchteten, sondern vielmehr der Abbau von Vorurteilen als Voraussetzung für die Beschäftigung von Geflüchteten dominiert. Hierzu werden Erfahrungen der gelingenden Integration in den betrieblichen Alltag dargestellt. Neben der ausführlichen Thematisierung, wie mit Sprach- und Bildungsdefiziten umgegangen werden kann, wird auch die Einstimmung der Belegschaft als wichtiges Kriterium hervorgehoben. Rassismus ist also im Bereich des Denkbaren. Das beweist auch ein Artikel, in dem die Sorge um Kundenreaktionen Unternehmen davon abhalten, Ausländer*innen zu beschäftigen.

Wichtig in den positiv dargestellten Unternehmen im Landkreis Bautzen ist deren Expertise in der Beschäftigung von Zugewanderten im Allgemeinen. Geflüchtete werden vor diesem Hintergrund lediglich als eine Teilgruppe aus der Gesamtheit der Zugewanderten gesehen, auf die man seine interkulturellen und integrativen Kompetenzen anwenden könne.

Dabei werden über die Zeit zwei Diskursstränge sichtbar: Im ersten Diskursstrang wird Integration als gemeinsame Anstrengung von Geflüchteten und Unternehmen dargestellt, an deren Ende ein gesamtgesellschaftlicher Gewinn in Gestalt einer Fachkraft für den heimischen Arbeitsmarkt steht. Parallel zu diesem „Erfolg-durch-Engagement-Diskurs“ entwickelt sich ein problemorientierter Diskurs, der kritisch auf die teils ablehnende Haltung der Residenzbevölkerung sowie auf existierende Regulierungsmuster und die Rigidität ihrer Implementierung im Feld Arbeitsmarkt und Asyl blickt.

5.2.3 Verknüpfung: Ehrenamt – Politik/Verwaltung – Verantwortungsteilung

Als zweites sehr dominantes Thema wird das ehrenamtliche Engagement in den lokalen Diskursen sichtbar; in der quantitativen Auswertung ist es mit 14,6 % der häufigste Code. Über den gesamten Korpus hinweg zeigt sich hier ein dominanter zeitlicher Diskursverlauf: Zunächst wird Ehrenamt als selbstverständliche Ressource

betrachtet und (aus-)genutzt. Die Ehrenamtlichen sehen ihre Verfügbarkeit vor allem in der Zeit der Nothilfe und für die Alltagssorgen der Geflüchteten. In Bezug auf die Übernahme langfristiger Integrationsaufgaben fühlen sie sich ausgenutzt. Während in den Jahren 2015 und 2016 in allen betrachteten Regionen eine starke ehrenamtliche Aktivität und Aktivierung zu verzeichnen war, kommt es im weiteren Verlauf zu kollektiver Erschöpfung, gepaart mit Politisierungsprozessen durch die vielen frustrierenden Erfahrungen mit Behörden, von denen sich die Ehrenamtlichen nicht genügend „unterstützt oder wahrgenommen“ fühlten. Dazu kommt die Perspektivlosigkeit, von der viele ihrer Schützlinge betroffen seien“ („Soziale Kontakte für Flüchtlinge fördern“, PNP, 18.6.2018).

In der regional vergleichenden Betrachtung fallen etliche regionale Variationen in der Berichterstattung über ehrenamtliche Flüchtlingshilfe auf: Im Landkreis Regen ist im Laufe des Jahres 2016 eine Ernüchterung bei den Ehrenamtlichen festzustellen, weil die Bedingungen des Helfens schwieriger werden angesichts des Wechsels von der Nothilfe zur langfristigen Integrationshilfe und der wachsenden Fluktuation in den Gemeinschaftsunterkünften. Auch im Landkreis Nordsachsen kommt es zu einer markanten Wendung: Während anfangs das ehrenamtliche Engagement der lokalen Bevölkerung noch als Selbstverständlichkeit dargestellt wurde (in der Selbst- wie in der Außenwahrnehmung), wird später der Ruf nach hauptamtlicher Unterstützung und auch nach politischer und gesellschaftlicher Rückenstärkung lauter. Im Landkreis Bautzen wird die Stimme der Zivilgesellschaft in der lokal/regionalen Berichterstattung eher vernachlässigt. Dies kann aus dem starken gesellschaftlichen „Gegenwind“ in Bezug auf teilhabeorientierte Haltungen resultieren, der in der Region spürbar ist. Insofern politische Akteur*innen in der Region sich davon beeinflussen lassen, dürfte dies die Entwicklung von teilhabeorientierten Politikansätzen oder die Verstetigung von Angeboten zur zivilgesellschaftlichen Stärkung hemmen. Hingegen ist die Berichterstattung zu ehrenamtlichen Aktivitäten in Hessen stark auf Teilhabe ausgerichtet und auch im Landkreis Vechta werden ehrenamtliche Aktivitäten weniger in der Dichotomie von Geben und Nehmen gerahmt, sondern eher als Begegnung auf Augenhöhe und gegenseitige Bereicherung.

5.3 Ausblick

Die hier dargestellte Auswertung des Gesamtkorpus, bestehend aus 1.382 Artikel aus Lokalzeitungen, stellt einen ersten analytischen Zugriff dar. Damit sind die analytischen Potenziale des Materials jedoch noch lange nicht ausgeschöpft. Einerseits sind thematische und standortbezogene Vertiefungen möglich, andererseits kann die Medienanalyse durch die Verzahnung der regionsbezogenen Ergebnisse mit den übrigen Befunden des zugrundeliegenden Forschungsprojekts zur Validierung und Ausdifferenzierung der Gesamtergebnisse beitragen.

Literaturverzeichnis

- Barlai M, Sik E (2017) A Hungarian trademark (a "Hungarikum"): The moral panic button. In Barlai M, Griessler C, Fähnrich B, Rhomberg M (eds) *The migrant crisis: European Perspectives and national discourses*. LIT, pp 147–168
- Berger P, Luckmann T (1966/2016) *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit*. S. Fischer
- Berg-Nordlie M (2018) New in town. Small-town media discourses on immigrants and immigration. *Journal of Rural Studies* 64: 210–219
- de Wilde P, Leupold A, Schmidtke H (2016) Introduction; the differentiated politicisation of European governance. *West European Politics* 39(1): 3–22
- Foucault M (1974) *Die Ordnung des Diskurses*. Fischer. 96p
- Glorius B, Bürer M, Schneider H (2019) *Integration von Geflüchteten und die Rolle der Aufnahmegesellschaft: Konzeptionelle Überlegungen und ihre Anwendung auf ländliche Räume*. Braunschweig: Johann Heinrich von Thünen-Institut, 41 p, Thünen Working Paper 120, DOI: 10.3220/WP1550743518000
- Goebel, S (2017) *Politische Talkshows über Flucht. Wirklichkeitskonstruktionen und Diskurs. Eine kritische Analyse*, Bielefeld, transcript
- Goebel, S (2023) *Mediendiskurse*. In: Berlinghoff M, Glorius B, Kleist O, Scharrer T (eds) *Handbuch der Flucht- und Flüchtlingsforschung*. Nomos, im Erscheinen.
- Gouma, A (2017) *Das Spektakel des Ungehorsams und das Migrationsmanagement. Deutungskämpfe in der medialen Öffentlichkeit des „Sommer der Migration“*. In: Karasz L (ed) *Migration und die Macht der Forschung*. Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, pp 163–178
- Hafez, K (2019) „Die verhängnisvolle Neigung der Medien...“ Plädoyer für einen Humanitären Journalismus. *Communicatio Socialis* 52 (4): 490–502. DOI: 10.5771/0010-3497-2019-4-490
- Hall S (1989/2012) *Die Konstruktion von „Rasse“ in den Medien*. In: Ders.: *Ideologie, Kultur, Rassismus. Ausgewählte Schriften 1*. Argument Verlag, pp 150–171
- Jäger M, Wamper R (2017a) *Von der Willkommenskultur zur Notstandsstimmung. Der Fluchtdiskurs in deutschen Medien 2015 und 2016*. In: Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung, zu finden in www.diss-duisburg.de/wp-content/uploads/2017/02/DISS-2017-Von-der-Willkommenskultur-zur-Notstandsstimmung.pdf [zitiert am 26.1.2021]
- Jäger M, Wamper R (2017b) *Verengungen, Verschiebungen und Auslassungen. Anmerkungen zum Fluchtdiskurs 2016/2016 in den Medien*. In: Gruber B, Ratković V (eds) *Migration. Bildung. Frieden. Perspektiven für das Zusammenleben in der postmigrantischen Gesellschaft*. Waxmann, pp 87–102
- Keller R (2011) *Diskursforschung. Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen*. 4. Auflage. VS Verlag
- Lüter A (2008) *Die Kommentarlage. Profilbildung und Polyphonie in medien-öffentlichen Diskursen*. VS Verlag für Sozialwissenschaften

- Neuhauser J, Hess S, Schwenken H (2017) Unter- oder überbelichtet: Die Kategorie Geschlecht in medialen und wissenschaftlichen Diskursen zu Flucht. In: Hess S, Kasperek B, Kron S Rodatz M, Schwertl M, Sontowski S (eds) *Der lange Sommer der Migration. Grenzregime III*. Assoziation A, pp 176–195
- Parkinson B (2014) Soziale Wahrnehmung und Attribution. In: Jonas K, Stroebe W, Hewstone M (eds) *Sozialpsychologie*, 6. Auflage. Springer, 65–106
- Pogliano A, Ponzo I (2020) Local narrative-making on refugees: How the interaction between journalists and policy networks shapes the media framing. In: Glorius B, Doomernik J (eds) *Geographies of asylum in Europe and the role of European Localities*. Springer, pp 113–134
- Rheindorf M, Wodak, R (2019) Grenzen, Zäune und Obergrenzen – Österreich in der „Flüchtlingskrise“: Metadiskursive Begriffsaushandlungen in der mediatisierten Politik. In: Wiedemann T, Lohmeier C (eds) *Diskursanalyse für die Kommunikationswissenschaft. Theorie, Vorgehen, Erweiterungen*. Springer VS, pp 115–146
- Schneider H, Bürer M, Glorius B (2021) Gesellschaftliche Einstellungen in ländlichen Räumen gegenüber Neuzugewanderten: Befragungsergebnisse und regionale Spezifika – Verbundprojekt "Zukunft für Geflüchtete in ländlichen Regionen Deutschlands". Braunschweig: Johann Heinrich von Thünen-Institut, 68 p, Thünen Working Paper 174, DOI: 10.3220/WP1619426837000
- Simonovits, B (2020) The public perception of the migration crisis from the Hungarian point of view: evidence from the field. In: Glorius B, Doomernik J (eds) *Geographies of asylum in Europe and the role of European Localities*. Springer, pp 155–176
- Spears R, Tausch N (2014) Vorurteile und Intergruppenbeziehungen. In: Jonas K, Stroebe W, Hewstone M (eds.), *Sozialpsychologie*, 6. Auflage. Springer, pp 507–564
- Triandafyllidou A (2018) A “Refugee Crisis” Unfolding: “Real” Events and Their Interpretation in Media and Political Debates. *Journal of Immigrant & Refugee Studies* 16(1-2), 198–216

Anhang 1: Codebuch

Code	Beschreibung (wie wird das Thema in dem jeweiligen Artikel thematisiert)
Abschiebung	Diskurse um Fälle von Abschiebung, Abschiebepolitik und die Sinnhaftigkeit der Abschiebung
Arbeit/Fachkräfte	Arbeitsmarktzugang für Geflüchtete, Möglichkeiten, Hürden, Erfahrungen, Arbeitsvermittlung, Fachkräftepotenzial
Begegnung	Direkte Kontakte zwischen Geflüchteten und Einwohner*innen, Organisation von direkten Begegnungsmöglichkeiten, Diskurse über die Bedeutung von direkter Begegnung
Diskurse, ReAktionen	Öffentliche Meinung, Umfragen, Kommentare, Debatten, Bürgerversammlungen, Proteste, Meinungsäußerungen pro/contra Geflüchtete
Ehrenamt, Engagement	Ehrenamtliches Engagement (auch von Geflüchteten), Ehrenamtliche als Hauptprotagonisten (Individuen und NGOs)
Finanzierung	Finanzierung der Flüchtlingsaufnahme, -integration, Diskurse über Finanzierung, Berichte über Fördergelder und Spenden
Gesundheit/Krankheit	Berichte über Gesundheitsprobleme der Geflüchteten, spezifische Krankheitsbilder, Traumata, Infektionsausbrüche in Gemeinschaftsunterkünften und Angst vor Ansteckung (Hepatitis, Masern, Tuberkulose, Krätze)
Gewalt, Sicherheit, Extremismus	Gewalt gegen/durch Geflüchtete, Sicherheitsbedenken, Extremismus (rechts, links, islamistisch)
Integration	Aktivitäten, die die Integration fördern sollen; Diskurse über Integration
Integration durch Sport	Aufnahme von Geflüchteten in Sportvereine als Beispiel von Integration
Islam, Religion, Kultur	Thematisierung von Islam, Religion, Kultur in Bezug auf Geflüchtete
Lokales Thema	Im Vordergrund steht ein lokales Thema, lokale Akteure, lokale Projekte, oder die Portraitierung einzelner Geflüchteter vor Ort
Lokalpolitik	lokalpolitische Ereignisse, Aktivitäten, Debatten, Akteure im Kontext der Aufnahme von Geflüchteten
Mobilität	Möglichkeiten/Schwierigkeiten der Mobilität, fehlende Mobilität als Barriere für Integration
Netzwerk	Bericht über Vernetzungsprozesse von Akteur*innen der Flüchtlingshilfe/Integration
Politik	Flucht/Asyl/Aufnahme/Integration als übergeordnetes politisches Thema ohne dezidiert lokale/regionale Betonung
Regionalpolitik	Im Vordergrund stehen regionalpolitische Ereignisse, Debatten, Akteure, zum Beispiel auf Landkreis- und Bundesländerebene
Sozialarbeit	Berichte über soziale Arbeit für Geflüchtete
Sprache, Bildung, Ausbildung	Spracherwerb, Sprachprobleme, Sprachmittler*innen, Deutschkurse, Sprachniveau, Struktur Aufbau (zum Beispiel DaZ-Klassen), Aktivitäten und Erfahrungen in Bezug auf Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten für Geflüchtete
Strukturen	Berichte über Aufbau, Umbau, Arbeitsweise, Passfähigkeit von Verwaltungs-/governance-Strukturen als Reaktion auf Ankunft von Geflüchteten
Teilhabe	Berichte über die Existenz, die Entwicklung von oder Erfahrungen mit Teilhabemöglichkeiten für Geflüchtete
Vereine	Aktivitäten von Vereinen für Geflüchtete, Aufnahme von Geflüchteten in Vereine
Wohnen/Unterbringung	Diskurse um die Aufnahme und Unterbringung von Geflüchteten, kollektiv/individuell, konkrete Lagen/Bauten, Wohnungsmarkt

Bibliografische Information:

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikationen in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter www.dnb.de abrufbar.

Bibliographic information:

The Deutsche Nationalbibliothek (German National Library) lists this publication in the German National Bibliographie; detailed bibliographic data is available on the Internet at www.dnb.de

Bereits in dieser Reihe erschiene-
ne Bände finden Sie im Inter-
net unter www.thuenen.de

*Volumes already published in
this series are available on the
Internet at www.thuenen.de*

Zitationsvorschlag – Suggested source citation:

Glorius B (2022) Lokale Diskurse zur Aufnahme von Geflüchteten – eine vergleichende Analyse von acht Landkreisen in Deutschland. Braunschweig: Johann Heinrich von Thünen-Institut, 72 p, Thünen Working Paper 205, DOI:10.3220/WP1671100450000

Die Verantwortung für die
Inhalte liegt bei den jeweiligen
Verfassern bzw. Verfasserinnen.

*The respective authors are
responsible for the content of
their publications.*



Thünen Working Paper 205

Herausgeber/Redaktionsanschrift – *Editor/address*

Johann Heinrich von Thünen-Institut
Bundesallee 50
38116 Braunschweig
Germany

thuenen-working-paper@thuenen.de
www.thuenen.de

DOI:10.3220/WP1671100450000
urn:nbn:de:gbv:253-202212-dn065741-2